

## Konfliktbereitschaft und (Selbst-)Organisation im Care-Sektor unter veränderten Bedingungen

Tove Soiland

Die Warenförmigkeit von Care – ein Emanzipationsangebot? Oder: Vom heimlichen Charme der Betriebsökonomie

Henriette Neubert

Spannungsfelder der Organisierung in der Sozialen Arbeit

Ulrike Eichinger

Möglichkeitsräume von kollektiver Selbstorganisation in Sozialer (Lohn-)Arbeit: Voraussetzungen der Organisation der Interessenvertretung in „eigener Sache“

Nadja Rakowitz & Stefan Schoppengerd

Ist Würde tarifierbar? Gewerkschaftliche Ansätze zur „Aufwertung“ von Care-Arbeit in Kitas und Krankenhäusern

Wolfgang Hien

„Man geht mit einem schlechten Gewissen nach Hause“ – Krankenhausarbeit unter Ökonomisierungsdruck

Nadja Rakowitz & Stefan Schoppengerd

Ökonomisierung und Proteste im Gesundheitswesen in den USA. Ein Interview mit Kolleginnen der New York Nurses Association

Roland Anhorn

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS)

Imke

Arbeitssuche zu Zeiten großer Nachfrage nach Sozialpädagoginnen

Forum

Meike Günther

Freiheit, Freiheit, ist die einzige, die fehlt – Überlegungen zur aktuellen Definition Sozialer Arbeit

AKS Freiburg

Wir sind die Guten!? – Soziale Arbeit in ein- und ausgrenzenden Verhältnissen



# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

37. Jahrgang, September 2017

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

**Redaktion:** Manfred Kappeler, Friedel Schütte, Arne Sprengel (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach, Uwe Hirschfeld (Dresden); Anne van Rießen (Düsseldorf); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsner (Hannover); Ellen Bareis, Thomas Wagner, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May, Arne Schäfer, Marcel Schmidt (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 146 Am Ende Inklusion? „Reform“ der Kinder- und Jugendhilfe (Dezember 2017)

Widersprüche 147 „Ihr seid das Volk!“ Neue populistische Kollektivitätsanrufungen von rechts und links (März 2018)

Widersprüche 148 Umkämpfte Sexualitäten – Die Bearbeitung des Sexuellen im Spannungsfeld von Emanzipation und Reaktion (Juni 2018)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

**Hinweis der Redaktion:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

**Redaktionsadresse:** Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

**Verlagsadresse:** Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

**Vertrieb an Einzelkunden:** Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

**Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen:** ProLit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2017 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten  
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Verlag Westfälisches Dampfboot“ bei.

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-015-8

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

# Widersprüche

145



Knochenbrüche  
Z'sammenbrüche  
Bibelsprüche  
Lehrerflüche  
Mutters Küche  
sind 'ne Menge  
Widersprüche  
(Volksmund)

## Konfliktbereitschaft und (Selbst-)Organisation im Care-Sektor unter veränderten Bedingungen

Zu diesem Heft.....3

### Schwerpunkt

*Tove Soiland*

Die Warenförmigkeit von Care – ein Emanzipationsangebot?

Oder: Vom heimlichen Charme der Betriebsökonomie ..... 13

*Henriette Neubert*

Spannungsfelder der Organisierung in der Sozialen Arbeit ..... 31

*Ulrike Eichinger*

Möglichkeitenräume von kollektiver Selbstorganisation in Sozialer  
(Lohn-)Arbeit: Voraussetzungen der Organisation der Interessenvertretung  
in „eigener Sache“..... 45

*Nadja Rakowitz & Stefan Schoppengerd*

Ist Würde tarifierbar? Gewerkschaftliche Ansätze zur „Aufwertung“ von  
Care-Arbeit in Kitas und Krankenhäusern ..... 59

<i>Wolfgang Hien</i> „Man geht mit einem schlechten Gewissen nach Hause“ – Krankenhausarbeit unter Ökonomisierungsdruck.....	71
<i>Nadja Rakowitz &amp; Stefan Schoppengerd</i> Ökonomisierung und Proteste im Gesundheitswesen in den USA Ein Interview mit Kolleginnen der New York Nurses Association .....	83
<i>Roland Anborn</i> Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) .....	89
<i>Imke</i> Arbeitssuche zu Zeiten großer Nachfrage nach Sozialpädagoginnen – ein Erfahrungsbericht.....	95

## Forum

<i>Meike Günther</i> Freiheit, Freiheit, ist die einzige, die fehlt – Überlegungen zur aktuellen Definition Sozialer Arbeit.....	99
--	----

## Rezensionen

<i>Timm Kunstreich</i> „Sozialraum“ als bürokratische Herrschaft und als Kampfarena Über: <i>Mechthild Seithe/Matthias Heintz (2014): Ambulante Hilfe zur Erziehung und Sozialraumorientierung. Plädoyer für ein umstrittenes Konzept der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Nützlichkeitsideologie</i> .....	111
--	-----

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

<i>AKS Freiburg</i> Wir sind die Guten!? – Soziale Arbeit in ein- und ausgrenzenden Verhältnissen.....	119
--	-----

## Zu diesem Heft

Mit der Fokussierung von Arbeitskämpfen, Konfliktbereitschaft und (Selbst-) Organisation im Care-Sektor setzt dieses Heft eine inhaltliche Klammer zwischen Heft 128 'Soziale Arbeit als Lohnarbeit' und Heft 134 zu 'Arbeit am Leben – Care-Bewegung und Care-Politiken'. In Heft 128 haben wir uns zum einen mit den Veränderungen in den Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit beschäftigt (Finanzierung und Trägerlandschaft), zum anderen ging es um die Möglichkeiten und Barrieren von Beschäftigten, ihre lohnarbeitsspezifischen Interessen angesichts feldspezifischer Dilemmata und Konflikte zu organisieren. Die Beiträge in Heft 134 haben versucht, den unterschiedlich konnotierten Care-Begriff zu schärfen und sein politisches Potential auszuloten. Mit Blick auf die Care-Revolution-Konferenz 2014 wurde u.a. vorgeschlagen, an konkreten Konflikten sowie Erfahrungen anzusetzen, um ein (gegebenenfalls) 'gemeinsames Drittes' zu konturieren.

In diesem Heft steht die Frage nach Bedingungen der Konfliktbereitschaft und Organisationsmöglichkeiten der Menschen im Zentrum, die als „Care-Worker“ ihre Arbeitskraft verkaufen.

Zum einen werden diesbezüglich die historisch-strukturellen Bedingungen von Sorge als warenförmige Tätigkeit mit ihren Konfliktlinien und deren Bedeutung für die Konfliktbereitschaft und (Selbst-)Organisation thematisiert. Zwar fasse theoriegeschichtlich der 'Care-Diskurs', laut Plonz (2016) „unglücklich“ (ebd.: 801), verschiedene feministische Diskussionen zusammen, die sich mit ihren Akzentuierungen einer „ökonomischen Fundierung gesellschaftlicher Kritik und ethisch-konstruktiven Argumentation“ auf „verschiedenen Flughöhen bewegen und die je andere allenfalls ausschnitthaft zu Gesicht bekommen.“ Dabei teilen beide Stränge das Anliegen, so Plonz weiter, einen Beitrag zu einer „Utopie gelebter Mitmenschlichkeit unter den krisenhaften Umständen dieser Tage“ leisten zu wollen – ein Potential und zugleich eine Crux, denen dieses Heft sich erneut widmet: Wie weit trägt der Begriff „Care“ als Klammer für die verschiedenen bezahlten und nicht bezahlten Tätigkeiten? Bildet sich das Gemeinsame erst durch die Widersprüche zwischen Ökonomisierungsprozessen einerseits und der „Stofflichkeit“ der Arbeitsprozesse andererseits, die von den Bedürfnissen der Adressat\_innen genauso geprägt sind wie von denen der Lohnarbeitenden?

Zum zweiten werden die Themen aus den vergangenen Heften erweitert. Ausgehend von dem, 'was gerade passiert (ist)', also von aktuellen Konflikten, Bewegungen und Impulsen in den verschiedenen Berufsfeldern der Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsdienste, gilt es, bereits kenntlich gemachte Dilemmata zu befragen und zu ergänzen, wie das von Wulf-Schnabel (2011) als doppelte oder gefangene Subjektivierung beschriebene. Dies ist in die spezifische, mehrwertferne, ko-produktive Care-Arbeit und deren uno-actu-Erbringung eingelassen, und zugleich in die 'neue' mit der Vermarktlichung dieses Bereiches verbundene „wettbewerbliche Subjektivierung(sanforderung)“, die die Care-Worker als 'Unternehmer\_innen ihrer selbst' anruft: Verweisen die jüngeren Arbeitskämpfe in Krankenhäusern, Sozial- und Erziehungsdiensten auf eine Erhöhung der Konfliktbereitschaft? In welchem Zusammenhang steht diese mit den gravierenden Folgen der Ökonomisierungsprozesse? Welche Rolle spielt die Arbeitsmarktsituation für individuelle und kollektive Streit-Macht? Welche Eingriffsmöglichkeiten bietet der mehr als ambivalente politische Diskurs über die gesellschaftliche Bedeutung von „Care“ zwischen Humankapitalförderung, adult-worker-model und Schuldenbremse?

Bei der Bearbeitung dieser Fragen gilt es, folgende Entwicklungen als Hintergrund im Blick zu behalten: Der sogenannte *Fachkräftemangel* im Care-Sektor lässt sich ablesen an der Entwicklung der freien Stellen im Verhältnis zu den Arbeitssuchenden. 2016 war die Relation von arbeitslos gemeldeten Erzieher\_innen zu den bei der Arbeitsagentur gemeldeten offenen Stellen 91 : 100 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016a: 18) bei den Altenpflegefachkräften waren es sogar 38 : 100 (vgl. ebd. 2016b, S. 9). Die Arbeitsmarktentwicklung für die Soziale Arbeit zeigt seit 2015 bis heute – nicht zuletzt aufgrund der Migrationsbewegungen – eine ähnliche Entwicklung: In der Gruppe so genannter sozialer Akademiker\_innenberufe ist die Zahl der bei der Bundesagentur gemeldeten offenen Stellen pro 100 Erwerbsarbeitslose im Laufe 2015 von 45 auf 114 gestiegen, hat sich also binnen eines Jahres mehr als verdoppelt. Im ersten Quartal 2016 erreichte die Entwicklung mit 225 : 100 ihren Höchststand und pendelte sich im Verlauf des Jahres 2017 bei ca. 105 : 100 ein – womit die 'soziale Akademiker\_innengruppe' die nachgefragteste ist. Vor dem Hintergrund, dass nur ein Teil der offenen Stellen bei der Bundesagentur gemeldet sind, ist aktuell von einem Verhältnis von 300 offenen Stellen zu 100 Erwerbsarbeitslosen auszugehen (vgl. Koppel 2016, 2017). In der Praxis bedeutet dies u.a., dass Einrichtungen Schwierigkeiten haben offene Stellen zu besetzen<sup>1</sup>

1 Zum 1. März 2017 war zum Beispiel nur jede sechste Stellen der insgesamt 851 Stellen der Berliner Regionalen Sozialen Diensten (RSD) (= total 735,5) (vgl. Fehler 2017) besetzt.

sowie dass Fachkräfte meist eine gewisse (Aus-)Wahl haben, wo und zu welchen Konditionen sie tätig werden wollen. Diesem Fachkräftemangel im Care-Sektor wird mit vielfältigen Strategien begegnet, die sich zwischen Professionalisierung und De-Professionalisierung bewegen (vgl. u.a. Voss 2017).

Es gibt somit aktuell eine Arbeitsmarktsituation, die als *gute Verhandlungssituation* markiert werden kann, und zwar in Berufsfeldern, die einen markanten Aufwertungsbedarf in Sachen Vergütung und Personalausstattung haben. Das *Ergebnis der Tarifverhandlungen* zum TVÖD (SuE) 2015 wurde von den Beschäftigten teils ernüchternd quittiert: So stimmten lediglich 57 Prozent der bei ver.di Organisierten dem Ergebnis zu, von den bei der GEW organisierten Mitgliedern waren es hingegen 72 Prozent (vgl. GEW 2015). Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass die Gewerkschaften im Gesundheits- wie Sozial- und Erziehungsdienst zunehmend erfolgreich für Arbeitskämpfe mobilisieren. Zwar kann meist kein ökonomischer Druck aufgebaut werden, dennoch gelingt es, durch den gewerkschaftlich institutionell (und finanziell) abgesicherten Möglichkeitsraum Interessen zu artikulieren. Hierbei wird deutlich erkennbar, dass das Organisationsfeld Soziale Arbeit mit spezifischen Handicaps zu kämpfen hat, da es darin z.B. seltener große Betriebseinheiten wie Krankenhäuser gibt bzw. keine großen halbwegs homogenen Arbeitsfelder wie die Kindertagesbetreuung sowie kaum Nutzer\_innengruppen, die ihre Interessen als potentielle Bündnispartner\_innen organisieren. Diese Spezifik zeigt sich zwar bisher nicht in einer geringeren Mobilisierbarkeit der Beschäftigten, allerdings in einem Mangel an (gewerkschafts) öffentlicher Wahrnehmung. Dies legt zumindest das Label der gemeinsamen Arbeitskämpfe im SuE als „Kita-Streik“ nah. Die Zuspitzung spiegelt sich auch im Verhandlungsergebnis bzw. auf den Lohnzetteln der Berufsgruppen wider. Dies hat neben Solidarisierungs- auch Frustrationspotential (vgl. Amendt 2016). Angestrebt wird von Gewerkschaftsseite ab 2020 eine neue Entgeltordnung zu verhandeln. Wer sich an der Diskussion zu Eingruppierungsmerkmalen etc. beteiligt, wird sich zeigen – notwendig für einen ernstzunehmenden (Ent-)Wurf ist wohl eine breite Allianz.

Ob Diskussionen zu einem *allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag* hierbei an Relevanz erlangen, erscheint offen. Seit ca. drei Jahren gibt es wieder Initiativen, u.a. von Wohlfahrtsverbänden auf Landesebene und teils Bundesebene, für einen Branchentarifvertrag 'Soziales' oder 'Gesundheit und Soziales' (vgl. Arbeiterwohlfahrt 2014, Schlüter, Bernzen 2013). Gewerkschaftsvertreter\_innen unterstützen das Vorhaben grundsätzlich, verweisen aber auf die Blockadehaltungen von kirchlichen Trägern (vgl. Bühler 2017: 219). Sollte die Diskussion doch noch an Fahrt gewinnen, ist aufmerksam zu beobachten, welches Tarifniveau an-

visiert wird und ob zugleich die damit verknüpfte notwendige Zahlungsfähigkeit von Kommunen sowie Pflegekassen verhandelt wird. Ein Branchentarifvertrag kann sowohl eine Anpassung 'nach unten' rund um Mindestniedriglöhne sowie 'nach oben' im Sinne eines soliden flächendeckenden Standards bedeuten. Ein konkreter Vorstoß für einen Branchentarifvertrag 'Soziales' in Brandenburg für die Altenpflege ist Ende 2016 erst einmal – wohl nicht zuletzt mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 – gescheitert (vgl. RBB 2016). Um berufsgruppenübergreifende, kreative sowie partizipative Mobilisierungs- sowie Streikstrategien (vgl. Schmalstieg 2013) zu entwickeln, die der Spezifik des Care-Sektors – sowohl aus makro-ökonomischer sowie der durch Beziehung und hohe inhaltliche Identifikation mit der Aufgabe geprägte Mikro-Perspektive Rechnung trägt, braucht es weitere kleinteilige Bemühungen.

Hinter oder neben den Zahlen und konkreten Kämpfen stehen auch die zunehmende gesellschaftliche und soziale Bedeutung, die Arbeitsfeldern wie Pflege, Gesundheitsversorgung oder frühkindliche Bildung in den politischen Debatten immer wieder zugewiesen wird. Die Aufwertung des Care-Sektors wird sowohl im Sinne der Förderung des Humankapitals im Rahmen des investiven Sozialstaates und ihrer Bedeutung für die Ökonomie thematisiert als auch mit der sozialethischen Betonung dieser gesellschaftlichen Bereiche für den „Zusammenhalt“ der Gesellschaft. Dabei stellt sich auch die Frage, ob und wie sich die Spannung zwischen behaupteter Aufwertung des Care-Sektors und dem gleichzeitigen Drang zu seiner Verbilligung auf der einen Seite und subjektiven Ansprüchen an die Arbeit in einem emanzipatorischen Sinn entwickeln kann. Lässt sich die klassische sozialreformerische Forderung nach mehr finanziellen Ressourcen auch praktisch verbinden mit verbesserten Arbeitsbedingungen? Inwieweit durchkreuzen gesellschaftlich wirksame Programme und Praxen der Mobilisierung von unbezahltem Engagement im „welfare-mix“ das Konfliktfeld Care?

## Zu den Beiträgen im Einzelnen

*Tove Soiland* erbringt in ihrem Beitrag den Nachweis, dass sich auch im Rahmen der Modernisierung des Arbeitsmarktzugangs von Frauen, von Vereinbarkeit zwischen beruflicher Arbeit und unbezahlter Care-Arbeit, von „work-life“-Balancen nach wie vor Geschlechterhierarchien durchsetzen. Sie analysiert, weshalb bezahlte Care-Arbeit unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen ein Niedriglohnssektor ist. Dabei nimmt sie auch den Wechsel von fordistischen Geschlechterarrangements mit ihrer Privatisierung der sogenannten „wertschöpfungsschwachen Arbeiten“ im Haushalt hin zu ihrer Vermarktlichung in eine Wachstumsbranche

Care-Sektor in den Blick, an dem es starke privatwirtschaftliche Interessen gibt. Die Divergenz der Produktivitäten zwischen klassischer Güterproduktion und Care-Sektor führt, so ihre These, zu einer Externalisierung von Reproduktionskosten und zu neuen gesellschaftlichen und sozialen Widersprüchen. Was als „Ökonomisierung“ von Care nicht zuletzt durch staatliche Steuerung beschrieben werden kann, ist für Tove Soiland ein „heimliches Strukturanpassungsprogramm“ für die soziale und individuelle Reproduktion. Die Restrukturierung des Care-Sektors sieht sie als widersprüchliches und problematisches Angebot, die klassischen Abwertungen so genannter weiblicher Tätigkeiten zu überwinden: Modernisierung und Enteignung.

*Henriette Neubert* analysiert in ihrem Text die Spannungsfelder der Organisation in der Sozialen Arbeit, die sich vor dem Hintergrund ihrer Ökonomisierung zeigen. Die Spannungsfelder können den sich organisierenden Professionellen nur dann größere Handlungsspielräume verschaffen, wenn materielle Interessen in einen Zusammenhang mit der fachlichen Arbeit gesetzt werden, so die zentrale These. Der Text basiert auf eigenen Forschungsarbeiten und geht auf drei Spannungsfelder tiefer ein: Erstens das Spannungsfeld zwischen der Auseinandersetzung um die Identität als Sozialarbeiter\_innen und der Klärung der zu vertretenden Interessen. Zweitens geht es um die Frage nach den Räumen, in denen sich die Organisation vollzieht, Gewerkschaften, außergewerkschaftliche Zusammenhänge, gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Das dritte Spannungsfeld ist die Öffentlichkeit als Konfliktfeld, in dem um die Anerkennung und den Wert Sozialer Arbeit gestritten wird. Perspektivisch fragt Henriette Neubert in ihrem Text danach, inwiefern Community Organizing eine Form bieten kann, in der fachliche und materielle Interessen politisch wirksam formuliert werden können.

Nach den Voraussetzungen der Organisation der Interessenvertretung in eigener Sache fragt auch *Ulrike Eichinger* und untersucht das häufig vorgebrachte Argument des niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades in der Sozialen Arbeit. Dabei plädiert sie für eine offensive Situationsbeschreibung als Basis der gewerkschaftsinternen wie externen Verständigung unter den Professionellen. Des Weiteren analysiert sie Beiträge aus der Wissenschaft Sozialer Arbeit nach Anschlüssen an die Arbeitnehmer\_innenperspektive von Professionellen. Inwieweit wird der Lohnarbeitsstatus der (zukünftigen) Professionellen im wissenschaftlichen Diskurs überhaupt zum Thema und u.a. hierüber in der Lehre potentiell auch zum Gegenstand? Insgesamt konstatiert sie, dass die ihrer Position nach zentrale Frage nach der praktischen Relevanz professionellen Wissens/Könnens in Beziehung zu den Lohnarbeitsbedingungen noch sehr randständig verhandelt wird.

Deshalb sind Reflexionsangebote in Lehre und Praxis geboten, die Konfliktlinien und Handlungsmöglichkeiten zwischen fachlichen Motiven und existenziellen Fragen thematisieren.

*Nadja Rakowitz und Stefan Schoppengerd* fragen in ihrem Artikel „Ist Würde tarifierbar?“ nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Arbeitskämpfen im Kita-Bereich und in Krankenhäusern. Sie betrachten die Hintergründe und den Verlauf der Konflikte im Sozial- und Erziehungsdienst („Kita-Streik“) um die Aufwertung der dortigen Tätigkeiten und den prominenten Streik der Kolleg\_innen in der Berliner Charité über einen Tarifvertrag zur Personalbemessung. In beiden Bereichen finden sie unterschiedliche ökonomische Bedingungen und unterschiedliche Möglichkeiten der betrieblichen Machtentwicklung. In beiden Bereichen besteht die Notwendigkeit der Mobilisierung von Dritten, seien es Eltern, Patient\_innen und ihre Angehörigen und soziale Bewegungsakteure. In beiden Bereichen werden sozial- und berufsethische Fragen aufgeworfen und die Kämpfe berühren Fragen der gesellschaftlichen Organisation und Finanzierung. In beiden Konflikten zeigen sich auch Kämpfe um Formen gewerkschaftlichen Engagements, in denen es nicht zuletzt darum geht, wie in den Arbeitskämpfen Räume geschaffen werden können, in denen sich gerade in der Durchbrechung von Alltagsroutinen utopische Überschüsse entwickeln.

*Wolfgang Hien* beschreibt und reflektiert in seinem Beitrag die Rolle von Arbeitswissenschaftler\_innen im Rahmen von Gefährdungsbeurteilungen in der Krankenhausarbeit. Er resümiert die gesundheitlichen Folgen der Arbeit in Krankenhäusern für die Beschäftigten und stellt die Ergebnisse zweier teilnehmender Beobachtungen in unterschiedlichen Krankenhäusern und Abteilungen dar. Dabei wird sowohl deutlich, wie die Beschäftigten in der Hierarchie der Arbeitsteilung je besonders belastet sind und wie parteiliche Arbeitswissenschaft vom Management delegitimiert wird. Vor diesem Hintergrund erinnert Wolfgang Hien an emanzipatorische Traditionen einer betroffenenorientierten Wissenschaft, die sich die kritische Anfrage an ihr Expertentum gefallen lassen muss. Es wird deutlich, dass auch im Falle der arbeitswissenschaftlichen Begutachtung von Arbeitssituationen sich notwendigerweise grundsätzliche Fragen nach der gesellschaftlichen Organisation des Gesundheitswesens stellen.

In zwei Kurzbeiträgen wird über Bewegungen auf unterschiedlichen Ebenen in der Sozialen Arbeit reflektiert. *Imke*, die anonym bleiben möchte, berichtet von ihren Suchbewegungen auf dem aktuellen Arbeitsmarkt für Sozialpädagog\_innen zwischen Gelassenheit angesichts der Auswahlmöglichkeiten und der Realität von Niedriglohnangeboten und Dequalifizierung. *Roland Anhorn* beschreibt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der theoretischen und organisatorischen

Bewegungen, die sich hinter dem Kürzel „AKS“ verbergen. Er benennt zeitdiagnostisch das Theorie-Klima und Gesellschaftsklima, in dem Akteur\_innen der Sozialen Arbeit sich auf ihre Wege der Kritik machten und warnt vor Überfrachtung mit politischen Ansprüchen.

## Ausblick

‘*Blicke über den nationalen Tellerrand*’ sind angesichts der in diesem Heft versammelten Beiträge perspektivisch eine wesentliche Option, um die Debatte weiterzuführen. Kelle u. Hipp (2017) stellen in ihrer europaweiten Studie zum Care-Sektor übergreifend fest, dass es trotz sehr unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsregime viele Ähnlichkeiten bzgl. der Beschäftigungsverhältnisse und -konditionen gibt. Wobei andere Länder z.B. durch bereits vorhandene Standards für Personalbemessung im Pflegedienst von Krankenhäusern Bezugspunkte bergen (vgl. Simon, Mehmecke 2017). Artus (2017) macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass die Konjunktur von nationalen Arbeitskämpfen auch sensibel vor dem Hintergrund des erstarkenden Rechtspopulismus zu betrachten ist, da die „Re-Politisierung der sozialen Frage [...] eben auch offen für rassistische und patriarchal geprägte Situationsdeutungen“ ist, die „Besitzstandswahrung und -mehrung in exklusiver Weise“ für „die drinnen“ gegen „die draußen“ begünstigen kann. Ein ernstzunehmender Einwand auch angesichts von internationalen Sorgeketten von ‘haushaltsnahen’ bzw. ‘-internen’ bezahlten Sorgetätigkeiten (vgl. DGB 2016).

*Dieses Heft ist in Kooperation der Redaktion der Widersprüche mit Kolleg\_innen des express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit entstanden.*

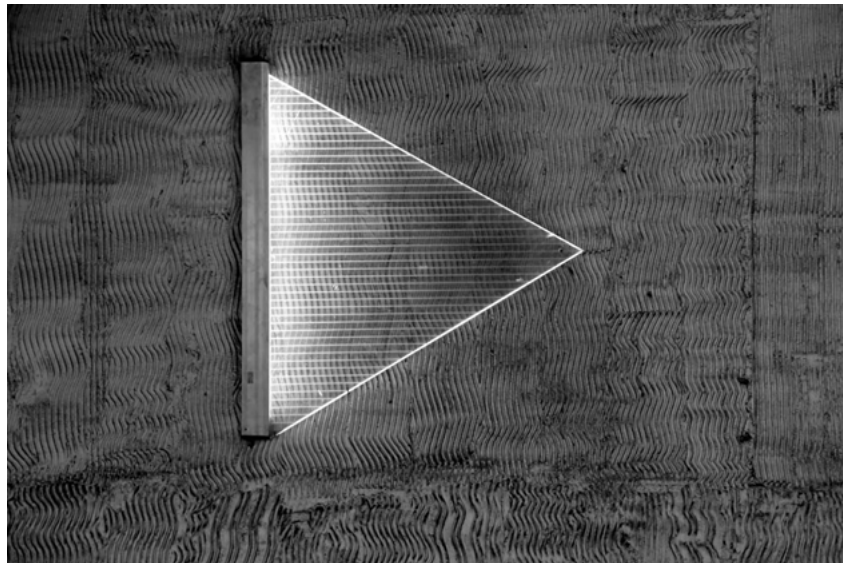
## Literatur

- Amendt, Jürgen 2016: „Ich wünsche mir mehr Geld“. In *Erziehung und Wissenschaft*, H. 03, 6-7 [https://www.gew.de/eundw/publikationen/list/?tx\\_aapublications\\_publications%5B%40widget\\_0%5D%5BcurrentPage%5D=2&cHash=f00950ad5c31e90032b282952ba86736](https://www.gew.de/eundw/publikationen/list/?tx_aapublications_publications%5B%40widget_0%5D%5BcurrentPage%5D=2&cHash=f00950ad5c31e90032b282952ba86736)[20.06.17]
- Bundesagentur für Arbeit 2016a: Blickpunkt Arbeitsmarkt: Fachkräfte in der Kinderbetreuung und -erziehung. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Kindererziehung-2016.pdf> [20.06.17].
- 2016b: Arbeitsmarkt Altenpflege – Aktuelle Entwicklungen. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Altenpflege-2015.pdf>[20.06.17]. Deutscher Gewerk-

- schaftsbund 2017: <http://www.faire-mobilitaet.de/++co++aad7ecc8-efae-11e1-8a24-00188b4dc422> [20.06.17].
- Fehler, Ronny 2017: „Wir haben nicht die Zeit, um jeder Meldung nachzugehen.“ In: Berliner Bildungszeitschrift Juni 2017, 16-17. [https://www.gew-berlin.de/17832\\_18683.php](https://www.gew-berlin.de/17832_18683.php) [20.06.17].
- GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) 2015: Tarifergebnis im Sozial- und Erziehungsdienst mit deutlicher Mehrheit angenommen. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/tarifergebnis-im-sozial-und-erziehungsdienst-mit-deutlicher-mehrheit-angenommen/> [20.06.17].
- Koppel, Oliver 2016: Soziologen sind die neuen Ingenieure. <https://www.iwd.de/artikel/soziologen-sind-die-neuen-ingenieure-264833/> [20.06.2017]
- 2017: Antwort auf Nachfrage der Reaktion
- Plonz, Sabine 2016: Mitmenschliche Praxis und politische Ethik heute – ein utopisches Projekt. Editorial. In *Das Argument*, 230. S. 799-801.
- Schlüter, Bernd, Bernzen, Christian 2013: Gutachten Wege zu einem Branchentarif Gesundheit und Soziales. [http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/gutachten\\_wege\\_zu\\_einem\\_branchentarif\\_gesundheit\\_und\\_soziales\\_april\\_2013.pdf](http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/gutachten_wege_zu_einem_branchentarif_gesundheit_und_soziales_april_2013.pdf) [20.06.17].
- Schmalstieg, Catharina 2013: Rein-Raus. Flexibel streiken. In *LuXemburg*, Juni/2013. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/rein-raus-flexibel-streiken/> [20.06.17].
- Rundfunk Berlin Brandenburg 2016 <https://www.rbb-online.de/wirtschaft/beitrag/2016/11/verhandlungen-ueber-muster-tarifvertrag-fuer-pfleger-in-brandenburg.htm?listall=on/print=true.html> [20.06.17].
- Voss, Dorothea 2017: Strategien zur Sicherung der Facharbeit in der Altenpflege und frühkindlichen Bildung. In *WSI-Mitteilungen*, H. 3/2017. S. 211-217.
- Wulf-Schnabel, Jan 2011: Reorganisation und Subjektivierungen von Sozialer Arbeit. Wiesbaden

*Die Redaktion*





Tove Soiland

## Die Warenförmigkeit von Care – ein Emanzipationsangebot? Oder: Vom heimlichen Charme der Betriebsökonomie

### Einleitung: Eine Vignette

Als Inhaberin der Klara-Marie-Faßbinder-Gastprofessur stehe ich für eine Fachrichtung, die sich Frauen- und Geschlechterforschung nennt.<sup>1</sup> Der eine oder, wohl eher vereinzelt, die andere mag sich fragen, was eine solche Fachrichtung an einer Hochschule macht, die sich auf Management, Marketing und Consulting, kurz auf Betriebsökonomie sowie Sozial- und Gesundheitswesen spezialisiert hat. Die Vertreterinnen von Letzterem, des Fachbereichs IV, werden mir zustimmen: Es muss etwas mit Geschlecht zu tun haben, denn bei ihnen hat es vor allem Frauen.<sup>2</sup> Da wird auch der Modulverantwortliche für Personalmanagement des Fachbereichs II nicht hintanstehen wollen: Auch er findet es eine Verschwendung von Humanressourcen, wenn Frauen nur wegen ihrer Kinder dem Arbeitsmarkt fernbleiben. Daher sei in seiner Abteilung auch ein Helpdesk für *Life-Work-Balance* eingerichtet worden. Auch sei er sehr dafür, dass man nun endlich gezielt gegen den

- 
- 1 Der vorliegende Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung im Rahmen der internationalen und interdisziplinären Klara Marie Faßbinder-Gastprofessur für Frauen- und Geschlechterforschung im Wintersemester 2016/17 an der Hochschule Ludwigshafen im Fachbereich IV: Soziale Arbeit und Gesundheitswesen. Ich danke dem Land Rheinland-Pfalz, der LaKoF Rheinland-Pfalz und der Hochschule Ludwigshafen für die Vergabe der Gast-Professur. Mein ganz besonderer Dank gilt Prof. Dr. Ellen Bareis, Barbara Weiler und Prof. Dr. Elke Raum, die mit ihrem großen Einsatz diese Gastprofessur und mir damit einen sowohl inhaltlich wie kollegial unvergesslichen Aufenthalt ermöglicht haben.
  - 2 An der Hochschule Ludwigshafen sind die betriebsökonomischen Fachrichtungen den Fachbereichen I-III zugeordnet, die am Hauptstandort stehen, Soziale Arbeit und Gesundheitswesen dem Fachbereich IV, der an einem eigenen Standort untergebracht ist.



leidigen *Gender pay gap* vorgehe; an seiner Abteilung gebe es dazu auch schon ein Pilotprojekt „Lohntransparenz“, das sich der Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verschrieben habe. Im Übrigen kümmere sich seine Frau ganz rührend um ihre Schwiegermutter und sie werde dabei auch tatkräftig von Alenka, ihrer polnischen Hilfe, unterstützt. Das alles seien in der Tat zentrale Themen. Er habe lediglich eine Frage: Brauche es dazu wirklich eine ganze Professur?

So oder ähnlich wird das Gespräch verlaufen sein, das ich mir mangels konkreter Einblicke ausgemalt habe, um mir ein Bild davon zu machen, was mich an der Hochschule Ludwigshafen in etwa erwarten könnte. Die Vertreterin von Abteilung IV und der Manager sind sich nämlich bald einmal einig geworden, an jenem Mittagessen, an dem dieses Gespräch vermutlich stattgefunden hat, indem sie darin übereinkamen: Machen wir aus Care-Arbeiten einen Job wie jeden andern und wir haben die leidige Geschlechterhierarchie überwunden!

Nun war es in der Tat ein zentrales Anliegen der Zweiten Frauenbewegung, nicht nur Frauen von der Gratisarbeit zuhause zu entlasten, sondern ihnen im selben Zug auch Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Heute wissen wir, dass die Zweite Frauenbewegung zwar dieses Ziel, Frauen aus der Abhängigkeit von einem männlichen Ernährer zu befreien, erreicht hat: aus unentgeltlicher Sorge-Arbeit zuhause wurden tatsächlich Jobs. Dies ging aber paradoxerweise nicht mit einer realen Gleichstellung, sondern mit der Entstehung eines Niedriglohnssektors im Care-Bereich einher, in dem dieselben Frauen, nun zwar befreit, aber hochgradig prekariert, wiederzufinden sind. Ein letztes Mal wird der Fachbereichsleiter von *Management, Controlling und Health Care* einwenden, dass doch gerade dafür der Fachbereich IV eingerichtet worden sei: Die zunehmende Professionalisierung in den Berufen der Sozialwirtschaft werde auch aus diesen leistungsstarke, wettbewerbsfähige Dienstleistungen machen, die sich nicht nur auf dem Markt bewähren, sondern durch ihre gesteigerte Effizienz auch steigende Löhne garantieren könnten ...

Nun, auch hier müssen wir im Rückblick auf die Geschichte der Professionalisierung, die in der Sozialen Arbeit seit rund vierzig Jahren und in den Gesundheitsberufen forciert seit den 1990ern vorangetrieben wird, feststellen, dass dem offenbar nicht so ist. So zeigt Linda McDowell für England, wie seit den 1950ern das kontinuierliche Ausweiten personenbezogener Dienstleistungen mit einem gleichzeitig ebenso kontinuierlichen Absinken des Lohnniveaus einherging, was zur Entstehung eines Niedriglohnssektors geführt hat, in welchem mit großer Mehrheit Frauen arbeiten (2009: 38f). Für die Soziale Arbeit in Deutschland stellen Dahme und Wohlfahrt fest, dass die Löhne seit Beginn der 2000er Jahre kontinuierlich sinken (2007: 24/32): Laut Mikrozensus 2010 erreichen weit

über die Hälfte der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit, wiederum mehrheitlich Frauen, kein Einkommen über 1500.- Euro pro Monat (Nodes/Wohlfahrt 2012: 122-124).

„Das Dienen gibt der Emanzipation der Frauen ein Rätsel auf“, schreibt Geneviève Fraisse 2009 im Vorwort zur Neuauflage ihres in den 1970er Jahren erschienen, damals viel beachteten Buches *Service ou servitude. Essai sur les femmes toutes mains* (2009: 12-14).<sup>3</sup> Sie reagiert damit auf genau diesen Umstand, dass die Hoffnung der Frauen, aus dem „Dienen einen Job wie jeden andern zu machen“ und damit die Hierarchie zwischen den Geschlechtern zu überwinden, offenbar enttäuscht worden sei. Warum das so ist, warum mit andern Worten trotz modernster Managementmethoden aus dem Care-Sektor gerade kein Hochleistungssektor mit entsprechendem Ansehen und Löhnen geworden ist und warum sich dort Frauen ebenso beharrlich wiederfinden, wie es ein Niedriglohnssektor bleibt, dies zu verstehen ist das Anliegen dieses Beitrages.

Das in meiner fiktiven Fallvignette zum Ausdruck Gebrachte soll dabei als Leitplanke dienen, etwas ins Blickfeld zu bekommen, das ebenso ungreifbar wie in unserem Berufsalltag omnipräsent ist: Nennen wir es eine Art Modernisierungs-*Common sense*, zu dem die meisten von uns weder eindeutig ja, aber eben auch nicht einfach nein gesagt haben und das sich als eine Art ökonomisches Tribunal manifestiert, vor dem wir uns permanent zu rechtfertigen haben, ohne dass so klar würde, wer es eigentlich vertritt.

## 1. Welche Ökonomie? Feministische Einwände

Michel Foucault hat darauf hingewiesen, dass das wichtigste Kennzeichen gegenwärtiger Regierungsrationalität, die wir als Neoliberalismus bezeichnen, in einer Verallgemeinerung der ökonomischen Form des Marktes besteht, und zwar in dem Sinn, dass diese Form gerade „jenseits der monetären Tauschhandlungen als Prinzip der Verständlichkeit, als Prinzip der Deutung sozialer Beziehungen und individueller Verhaltensweisen“ dient (Foucault 2004: 336). In der Weiterführung des ordoliberalen Gedankengutes durch den amerikanischen Neoliberalismus geht es darum, dieses Marktprinzip „im ganzen Gesellschaftskörper und im ganzen Sozialsystem, das sich gewöhnlich nicht durch monetäre Tauschhandlungen vollzieht“, zu verallgemeinern.

<sup>3</sup> Heißt in etwa: in etwa: Dienstleistung oder Dienen. Ein Essay über die Dienstmädchen

„Das bedeutet, dass die Analyse in Begriffen der Marktwirtschaft, oder anders gesagt: in Begriffen von Angebot und Nachfrage als Schema dienen wird, dass man auf nicht-wirtschaftliche Bereiche anwenden kann. Und aufgrund dieses Analyse-schemas, dieses Rasters der Verständlichkeit wird man in den nicht-wirtschaftlichen Prozessen, in den nicht-wirtschaftlichen Beziehungen, in den nicht-wirtschaftlichen Verhaltensweisen eine Reihe von verstehbaren Beziehungen sichtbar machen können, die andernfalls nicht auf diese Weise erschienen wären – eine Art ökonomischer Analyse des Nicht-Ökonomischen“ (Foucault 2004: 336f).

Damit wird verständlich, warum in dieser Sichtweise auch die Sozialwirtschaft, also Sorge- resp. Care-Arbeit, keinen Sonderplatz einnehmen kann. Wenn, wie Foucault einen frühen Vertreter der Neoklassik zitiert, „die Ökonomie die Wissenschaft des menschlichen Verhaltens ist“ (ebd., 310), wird dieses „Raster der Verständlichkeit“ jedes menschliche Verhalten in Begriffen von Angebot und Nachfrage überführen können.

Nun werde ich nicht argumentieren, dass diese Ausweitung des Marktprinzips unethisch ist. Dass es also unethisch wäre, mit ökonomischen Kriterien an Dinge wie Pflege, Kinder und sozial Randständige heranzugehen, was man natürlich könnte. Ich werde argumentieren, dass dies nicht unbedingt ökonomisch ist. Was wir nämlich allgemein als Ökonomisierung des Sozialen bezeichnen, hat sehr viel weniger mit einer Ökonomisierung als vielmehr mit einer systematischen Ausblendung makroökonomischer Zusammenhänge zu tun. So stellt die Umstellung auf marktliche Steuerungsmechanismen im Care-Bereich, also auch dort, wo kein Markt existiert, eine bewusste Abstraktion von makroökonomischen Zusammenhängen dar, insofern Quasimärkte und künstliche Wettbewerbe diese Rahmenbedingungen lediglich simulieren. Insofern damit das Sozialmanagement systematisch von realen Rahmenbedingungen abstrahiert, lässt es gesamtwirtschaftliche Problemlagen als auf betrieblicher Ebene lösbar erscheinen. Wir haben es also nicht mit einer Ökonomisierung zu tun, sondern mit einer Reduktion von Ökonomie auf Betriebswirtschaftslehre. Und diese Reduktion ist das Problem.

Denn diese makroökonomischen Rahmenbedingungen wären zentral, um zu verstehen, warum der Care-Sektor, wenn er unter den gegebenen makroökonomischen Bedingungen lohnförmig organisiert werden soll, zwangsläufig ein Niedriglohnsektor bleiben muss. Es geht also nicht darum, Ökonomie als solche abzulehnen, sondern darum, sich gegen eine bestimmte Reduktion dessen, was Ökonomie und ökonomisches Denken sei, zur Wehr zu setzen. Was ich von der Feministischen Ökonomie und hier insbesondere von der Mascha Madörin gelernt habe, ist, dass Feministische Ökonomie primär Makroökonomie sein muss (Madörin 2017: 32f). Dabei geht es nicht nur darum, die volkswirtschaftlich gesehen

große Bedeutung der unbezahlten Care-Arbeit zu betonen. Mit dem Begriff der Care-Ökonomie<sup>4</sup> sucht Madörin darüber hinaus, das Wechselverhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit zu erfassen, um damit die Möglichkeit bereitzustellen, diese sowohl von den ökonomischen Dynamiken wie von den Größenordnungen her mit dem übrigen Teil der Wirtschaft in Beziehung zu setzen (2014, S. 179-181; 2017, S. 36-39). Keine Volkswirtschaft einer weitentwickelten westlichen Gesellschaft ist heute zu verstehen, ohne diesem Wechselverhältnis zwischen dem Care-Sektor mit seiner ökonomischen Eigenlogik und dem übrigen Teil der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Wenn ich also aus einer feministischen Perspektive über ökonomische Fragen spreche, so bearbeite ich kein Spezialgebiet und auch sonst keine speziellen „Frauenfragen“ – z.B., warum Frauen *par tout* so unvernünftig sind, dass sie, zumindest der Mehrheit nach, lieber keine Karriere machen wollen –, sondern ich spreche von makroökonomischen Zusammenhängen und den zentralen Dynamiken, wie sie in allen weitentwickelten westlichen Gesellschaften heute anzutreffen sind. So betrachtet kann man, zumindest was fortgeschrittene Nationalökonomien betrifft, heute ohne eine solche feministische Perspektive nicht mehr sinnvoll über Ökonomie sprechen, weil man eine ihrer zentralen Dynamiken nicht versteht.

## 2. Die Krise des Fordismus und ihre Bedeutung für die Care-Arbeit

Um zu verstehen, warum es gerade der Care Sektor ist, der heute einer starken Prekarisierung ausgesetzt ist, sind wirtschaftsgeschichtliche Überlegungen notwendig. Ich möchte dazu auf einige Überlegungen der Regulationsschule zurückgreifen, die Mitte der 1970er Jahre mit dem Anliegen entstand, jenen historischen Umbruch in der kapitalistischen Akkumulationsweise theoretisch zu erfassen, der heute allgemein als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus bezeichnet wird (Hirsch/Roth 1986: 10-45). Die Regulationsschule geht somit davon aus, dass man nicht ahistorisch von *dem* Kapitalismus sprechen kann, sondern dass verschiedene Epochen des Kapitalismus zu unterscheiden sind. Diese Aussage hat besondere Relevanz für die Weise der Reproduktion: Mit den historisch je unterschiedlichen Akkumulationsweisen gehen immer auch je andere Formen der Reproduktion einher, und es ist davon auszugehen, dass gerade in der Weise, wie Menschen sich reproduzieren (müssen), gegenwärtig die größten Umbrüche

<sup>4</sup> Der Care-Begriff löst in gewisser Weise den älteren Reproduktionsbegriff marxistisch-feministischer Ansätze ab, da in der Care-Ökonomie explizit auch die bezahlte Care-Arbeit enthalten ist.

stattfinden (Chorus 2007a: 44-100). Um die Bedeutung der Fordismuskrise für diese Transformation zu verstehen, müssen wir uns zunächst die ökonomischen Gründe für diese Krise vor Augen führen.

Historisch gesehen hat der Kapitalismus seine Profite mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung erzielt. Das ist der Grund, warum die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich den Lebensstandard für einen Großteil der Bevölkerung anheben konnte. Produktivitätssteigerung heißt, dass mittels technischer Innovationen oder der Rationalisierung von Arbeitsabläufen die Produktion der Stückzahl pro Zeiteinheit erhöht wird. So ist die Prosperitätsphase des Fordismus im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass durch den Taylorismus und weitere technische Innovationen die Güter des täglichen Bedarfs immer billiger wurden. Die damit einhergehende immense Ausdehnung des Produktionsvolumens stand am Beginn jenes historischen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeiterschaft, die der Fordismus prägte: Steigende Profitraten ermöglichten es den Unternehmen, gute Löhne zu zahlen, was wiederum die Arbeiterschaft dazu befähigte, die Güter, die so produziert wurden, auch tatsächlich zu kaufen und damit die Nachfrage zu sichern (Dörre 2009: 46-54).

Genau diese historische Gleichung ist in der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre zusammengebrochen. Ein Hauptgrund dafür waren die seit den 1960er Jahren sich verlangsamenden Produktivitätszuwächse und in der Folge das Sinken der Profitraten (Hirsch/Roth 1986: 78-82). Was wir heute als Neoliberalismus bezeichnen, ist als Reaktion auf diese Krise der Versuch, die Produktivitätszuwächse mit anderen Mitteln wieder herzustellen: dem generellen Absenken des Lohnniveaus, der Brechung der Macht der Gewerkschaften und im Gegenzug das Angebot neuer Formen der Arbeitsorganisation, die weniger auf Hierarchie denn auf Selbstorganisation beruhen (Dörre 2009: 57-68). Für uns zentral ist, dass mit diesen Restrukturierungen in erster Linie auch ein Abkommen vom Modell des männlichen Ernährers verbunden war – eine ökonomische Notwendigkeit, die sich gleichzeitig aber auch mit einer Forderung der Frauenbewegung verband.

Ein Effekt dieser so gewollten, gleichzeitig aber auch erzwungenen Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen war, dass damit ein Teil der vormals von ihnen gratis verrichteten Arbeit in die Lohnförmigkeit überging. Dieser Umstand ist deshalb so zentral, weil dies eine ganz neue ökonomische Dynamik ins Spiel bringt: Mit der immensen Ausweitung bezahlter Care-Arbeit und damit der Entstehung eines bedeutsamen Care-Sektors wächst heute jener Anteil an der Lohnarbeit laufend, der für das Bestreben der Kapitaleigner, Profite mittels Produktivitätssteigerung zu generieren, wenig interessant ist. Denn genau diese Möglichkeit zur Produktivitätssteigerung ist allen Arbeiten des Care-Sektors

nur sehr begrenzt gegeben: Weder wachsen und entwickeln sich Kinder mittels technischer Innovationen schneller noch kann das Zuhören oder gar Verstehen einer Klientin mit der Rationalisierung der Arbeitsabläufe wesentlich effizienter gestaltet werden. Was für die Güter der Güterproduktion und der allgemeinen Dienstleistung stimmt, gilt, wie Mascha Madörin (2007: 148-153; 2011: 57-63) betont, aufgrund der Eigenlogik personenorientierter Dienstleistungen für die Dienstleistungen des Care-Sektors nicht. Rasante Gewinne werden hier wegen der diesen Dienstleistungen anhaftenden Eigenart, als Produkt keine technisch herzustellende Ware, sondern ein Element von Intersubjektivität oder Beziehung anzubieten, nie zu erzielen sein.

Ökonomisch gesehen lässt sich deshalb sagen, dass das fordistische Arrangement des Ernährermodells mit der Hausfrau diese sogenannte wertschöpfungsschwachen Arbeiten aus dem Bereich der Produktion und Lohnarbeit fernhalten konnte (Chorus 2007a: 49/54/57f). Die fordistische Produktionsweise war *deshalb* eine Prosperitätsphase, weil die Produktion hier zu einem wesentlichen Teil *Industrie*produktion war. So betrachte hat sich aber das Problem, zu dessen Lösung der neoliberale Umbau beitragen wollte, durch diese 'Lösung' weiter zugespitzt: Durch die Ausweitung jenes Sektors, der nur wenige Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung hat, verschärft sich genau jenes Problem der sinkenden Produktivitätsraten gesamtwirtschaftlich, das am Ursprung der Fordismuskrise stand. Chorus spricht deshalb in diesem Zusammenhang von einem „doppelten Produktivitätsdilemma“ (2007b: 209ff; 2007a: 64-68).

Wir sind damit heute vermutlich in einer für die kapitalistische Produktionsweise historisch völlig neuen Situation: Der Anteil an der Realwirtschaft, der für die private Kapitalverwertung gute Profitmöglichkeiten bereithält, schrumpft im Verhältnis zu jenem Teil, in dem dies nicht wirklich funktioniert, laufend. Linda McDowell (2009: 37) und Mascha Madörin (2007: 146f) berechnen für England und die Schweiz, dass dieser Anteil heute ca. 30% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Verschärft wird diese Tendenz dadurch, dass der Care-Sektor in weitentwickelten westlichen Gesellschaften neben den Finanz- und allgemeinen Dienstleistungen gegenwärtig das größte Wirtschaftswachstum aufweist. Die von Unternehmensseite oftmals erzwungenen staatlichen Programme zur Restrukturierung des Care-Sektors, wie sie als neoliberale Restrukturierungen in allen europäischen Wohlfahrtsstaaten in Erscheinung treten, müssen deshalb wesentlich auch als Antworten auf dieses Dilemma verstanden werden. So betrachtet ist es nicht zufällig, dass neoliberale Programme heute vorrangig in diesem Bereich, das heißt, im wertschöpfungsschwachen Bereich der personenorientierten Dienstleistungen intervenieren: Der Care-Sektor ist deshalb zu einem

ökonomisch hochbrisanten *Battleground* geworden, weil er am zentralsten die privatwirtschaftlichen Profitinteressen tangiert.

Jedenfalls kann hier und damit genau in jenem Bereich, wo heute mehrheitlich Frauen erwerbstätig sind, die goldene Regel des historischen Klassenkompromisses – die Gleichzeitigkeit von steigenden Profiten *und* guten Löhnen – nicht länger greifen. Woran es uns heute fehlt, sind nicht Handys und Kühlschränke, die mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung billiger hergestellt werden können. Woran es uns fehlt, ist die Zeit, die Großmutter zu besuchen oder gar umfassend für ihre Pflege aufzukommen, wenn sie diese braucht. Aber es fehlt auch das Geld, sich diese Dienste am Markt zu kaufen. Der Mangel liegt heute also, anders als in der Zeit des Fordismus, nicht mehr im Bereich der Güter des täglichen Bedarfs, sondern im Bereich jener Dienstleistungen, die mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung nur sehr bedingt profitabler oder billiger gemacht werden können.

Dieses Divergieren der Produktivitäten zwischen wertschöpfungsstarken und wertschöpfungsschwachen Sektoren ist ein Phänomen, das in allen weitentwickelten Gesellschaften als Effekt des technologischen Fortschrittes zwangsläufig auftritt (Baumol 2012: xvii-xix, 22-32).<sup>5</sup> Rein privatwirtschaftlich organisiert muss der wertschöpfungsschwache Sektor zwangsläufig ein Niedriglohnsektor bleiben. Nur wenn wirtschaftspolitische Maßnahmen diesem Problem der „divergierenden Produktivitäten“ Rechnung tragen, indem sie den Care-Sektor mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausstatten, kann verhindert werden, dass der Care-Sektor ein Niedriglohnsektor bleibt (Madörin 2011: 57, 61-63; 2017, S. 46-52). Die als neoliberal bezeichneten Reformen tragen aber genau diesem Umstand keine Rechnung, sondern geben vor, ihn als Problem mangelnder Effizienz behandeln zu können. Faktisch gesehen handelt sich bei der so angestoßenen Ökonomisierung des Sozialen aber nicht um eine Effizienzsteigerung, sondern um eine Externalisierung von Kosten. Es sind letztlich Reformen, die es der Privatwirtschaft ermöglichen, sich der tendenziell immer teurer werdenden Reproduktionskosten teilweise zu entledigen, ohne dass dies sichtbar wird.

5 Wertschöpfungsschwach werden all jene Branchen genannt, deren Arbeiten wenig Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung haben. Die Produktivität ist ein Quotient, der die Produktion pro Zeiteinheit misst. Wertschöpfungsstarke Branchen sind demnach solche, die starke Produktivitätszuwächse verzeichnen wie z.B. die IT-Branche. Die Wertschöpfung ist der Umsatz abzüglich aller Vorleistungen. Die Wertschöpfung aller privater Unternehmen und aller anderer Betriebe zusammengerechnet ergibt das BIP eines Nationalstaates (Strahm 2010: 128-132). Allgemeine Dienstleistungen (z.B. Finanzwesen, Versicherungen) sind im Allgemeinen auch wertschöpfungsstark, weil dort Produktivitätssteigerungen möglich sind.

### 3. Ein historisch neuer Widerspruch

Während es also historisch gesehen dem Kapitalismus möglich war, die Reproduktionskosten durch technische Innovationen zu senken, ist dies heute nicht mehr möglich, weil ein zunehmend größerer Teil der Reproduktionskosten aus diesen wertschöpfungsschwachen personenbezogenen Dienstleistungen besteht, die tendenziell nicht billiger, sondern teurer werden. Ich meine deshalb, dass die gegenwärtigen Sozialstaatsreformen nur vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Dynamiken verstanden werden können und so betrachtet als Reaktion auf die zwangsläufige, von der neoliberalen Doktrin maßgeblich selbst mitangestoßene, Ausweitung des wertschöpfungsschwachen Sektors zu werten sind.

Dies erklärt auch, warum heute nicht alle Erwerbstätigen unter Druck geraten, sondern vorrangig diejenigen, die in irgendeiner Weise im Care-Sektor, bezahlt wie unbezahlt, tätig sind. Der neue Widerspruch verläuft heute folglich nicht mehr generell zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen den im wertschöpfungsschwachen und den im wertschöpfungsstarken Sektor Beschäftigten, indem die Care-Arbeiter\_innen mit ihrem Lohn, der mehrheitlich unter ihrem eigenen Reproduktionsniveau liegt, dafür sorgen, dass der Rest der Bevölkerung nicht den größten Teil seines Lohnes für diese Dienstleistungen ausgeben muss. Damit Menschen im wertschöpfungsstarken Sektor hochproduktiv arbeiten können, sind sie in großem Umfang auf bezahlte wie unbezahlte Care-Arbeit angewiesen, für die sie ökonomisch gesehen nicht in vollem Umfang aufkommen. So betrachtet kann man sagen, dass der Care-Sektor den Hochleistungssektor „subventioniert“, nicht umgekehrt!

Ich habe andernorts ausgeführt (Soiland 2016: 204-208; 2017), dass diese Subventionierung auch eine Form von „Neuer Landnahme“ oder „primitiver Akkumulation“ darstellt, jener anderen Form von Enteignung also, die nicht in der von Marx beschriebenen Mehrwertakkumulation aufgeht. An dieser Stelle beschäftigt mich eine andere Frage. Ich möchte verstehen, wie diese verstecktere Form von Ausbeutung sich akzeptabel macht. Anders formuliert: Warum tritt dieses Dilemma der divergierenden Produktivitäten nicht als solches in Erscheinung, sondern als, etwas überspitzt formuliert, Problem mangelnder Professionalisierung von Krankenschwestern, Kleinkinderbetreuerinnen oder Sozialarbeitenden? Bei dieser Frage leitet mich die Annahme, dass wir es heute mit einer neuen ideologischen Konstellation zu tun haben, in der die Warenförmigkeit von Care insofern eine zentrale Rolle spielt, als sie als Modernisierungsangebot eine Art formverwandelter Patriarchat darstellt, das nach wie vor Frauen negativ tangiert, ohne jedoch als *backlash* adäquat verstanden zu sein. Vielmehr stellt es

als Professionalisierung ein Angebot für Frauen dar, sich von ihrer angestammten Tätigkeit zu emanzipieren.

#### 4. Die Warenförmigkeit von Care als Regierungstechnologie

Zunächst wird vor dem Hintergrund des bisher Gesagten verständlich, warum gegenwärtige Sozialpolitiken vorrangig Geschlechterpolitiken sind. Allerdings sind dies gerade keine Geschlechterpolitiken mehr, die sich an traditionellen Geschlechterleitbildern orientierten. Das heutige Geschlechterregime regiert über ein komplexes Ineinandergreifen einer vor allem auf junge Frauen und ihre Förderung gerichteten Politik und einer De-Thematisierung von Geschlecht, die unter dem Deckmantel der Chancengleichheit den gesamten Reproduktionsbereich neu organisiert. Ich bezeichne diesen Umbau deshalb als heimliches Strukturanpassungsprogramm für den Bereich der sozialen und individuellen Reproduktion, weil die gegenwärtigen Restrukturierungen alle darauf zielen, eine Warenförmigkeit von Care herzustellen oder sie in einem komplexen Wechselspiel mit der unbezahlten Arbeit zurück in die privaten Haushalte zu verschieben. Dies so zu formulieren macht deutlich, dass es bei dieser Warenförmigkeit nicht einfach oder jedenfalls nicht ausschließlich um die Frage der Privatisierung und des damit verbundenen Sozialabbaus geht. Denn paradoxerweise ist es heute der Staat selbst, der zum vorrangigen Promotor der Warenförmigkeit von Care geworden ist, indem er unabhängig von allen Privatisierungsbestrebungen im Rahmen des *New Public Management* Quasimärkte und künstliche Wettbewerbe auch dort einführt, wo kein Markt ist – im Care-Sektor.

Es ist deshalb zentral zu sehen, dass es sich bei der Einführung dieser Instrumente über die eigentlichen Sparmaßnahmen hinaus um eine neue Form politischer Steuerung handelt (Dahme/Wohlfahrt 2012: 12ff). Während nämlich Kommerzialisierungsbestrebungen und die damit verbundenen Sparmaßnahmen sowohl in der Öffentlichkeit wie bei den Arbeitenden selbst auf Ablehnung oder zumindest Widerstand stoßen, findet die mit der marktähnlichen Steuerung einhergehende Warenform sehr viel mehr Akzeptanz, weil sich mit diesen Instrumenten in mehr oder weniger diffuser Weise eine Vorstellung von Modernisierung verbindet.

Wettbewerbliche Steuerungsformen erweisen sich als modern, weil sie nicht länger über Normen operieren, sondern über scheinbar rein prozedurale Verfahren. Indem marktliche Steuerungsinstrumente von den Anbietern verlangen, ihre Leistung als klar definiertes Produkt zu designen, stellen sie nicht nur Transparenz und damit Vergleichbarkeit her, sondern sorgen auch dafür, das sich das Produkt mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis durchsetzen kann. Und dies erscheint

auf den ersten Blick gerecht. Es bedient damit auch ein altes Misstrauen gegenüber den Ungerechtigkeiten staatsbürokratischer Strukturen, wo nicht die Leistung, sondern informelle Netzwerke zählen (Harris/Unwin 2009: 13f/24f). Die Vorstellung ist hier also leitend, dass das durch die Nachfrage gesteuerte Marktprinzip, selbst dann, wenn es künstlich induziert ist, sowohl zu einem effizienteren Einsatz der Mittel wie gleichzeitig zu einer Optimierung der Qualität führt (Binswanger 2010: 44-51). Gegen eine so induzierte permanente Optimierung können wir kaum etwas einwenden. Zudem legt ein klar definiertes Produkt die Vorstellung einer rationalen Handhabbarkeit nahe und weist damit einen Weg aus den Unwegsamkeiten zwischenmenschlicher Beziehungen, die allen Care-Arbeiten anhaften. In durchaus ambivalenter Weise scheint die Umwandlung einer Tätigkeit: *to care* in ein klar definiertes Produkt namens *Care*, das in der Folge als Ware angeboten werden kann, für Frauen ein Angebot darzustellen, aus ihrem angestammten Platz zwischenmenschlicher Verstrickungen einen (angeblich) professionellen Ausgang zu finden. Und dies ist der Punkt, an dem die feministische Hoffnung sich mit dem Management verbindet.

Nun könnte man kritisch zurückfragen, was eigentlich dagegen einzuwenden ist. Können wir allen Ernstes gegen Transparenz und Optimierung sein? Müssen nicht auch im Care-Sektor Tätige Wirtschaftlichkeit, eine unternehmerische Haltung und Effizienz auf ihr Banner schreiben? Gewiss. Doch wiederum stellt sich die Frage, was Wirtschaftlichkeit im Care-Sektor eigentlich ist bzw. ob diese von den Instrumenten des Sozialmanagements tatsächlich gewährleistet werden kann. Denn diese Instrumente entstammen allesamt der Güterproduktion.

So waren es tatsächlich Ingenieure der Flugzeugfertigungsindustrie, die in den 1960er Jahren in den USA die DRGs entwickelt hatten, und zwar zuhause in den öffentlichen Krankenhäusern, die für ihre *Medicare*-Leistungen – dem staatlichen Versorgungssystem für chronisch Kranke und ältere Personen – ein Abrechnungssystem wollten, das ihre Leistungen gegenüber den Kostenträgern klar ausweisen und damit legitimieren könnte (Samuel et al. 2004: 256-259). Die Wirtschaftsingenieure konzipierten dabei die Leistungen eines Krankenhauses bewusst als „Produkt“, da eine solche Konzeption die Vergleichbarkeit der Leistungen gewährleisten und die Krankenhäuser damit vom Vorwurf der Ineffizienz oder Willkür entlasten konnte. Diese Vorstellung eines „Produktes“ steckt im Kern jeder Fallpauschale und liegt somit dem gesamten prospektiven Abrechnungssystem zugrunde. DRGs, also Fallpauschalen, wie sie auch in Deutschland seit 2003 als offizielles Abrechnungssystem für Krankenhäuser eingeführt wurden, können deshalb als Prototyp aller prospektiven Abrechnungssysteme betrachtet werden, wie sie heute Standard im gesamten Care-Sektor sind. Diese

Umstellung auf prospektive Abrechnungsverfahren ist keine reine Formalität, sondern hat gravierende Auswirkungen für die Leistungsträger, insofern darin nicht mehr die real erbrachten Arbeitsleistungen in Rechnung gestellt werden können, sondern lediglich ein „kohärentes Produkt“, das sich, wie im Falle der DRGs, über die Verknüpfung eines homogenen „Ressourcenkonsum-Profiles“ mit einer Diagnose, der „klinischen Kohärenz“, definiert.<sup>6</sup> Dabei wird bewusst davon abstrahiert, dass der „Ressourcenkonsum“ von Fall zu Fall nicht nur sehr unterschiedlich sein kann, sondern vor allem auch, dass die Wirkung seines Einsatzes, also das eigentliche „Produkt“, nicht definitiv vorhersagbar ist. Was für die Güterproduktion zutrifft, dass ein Produkt klar angebbare Eigenschaften hat, die sich somit vergleichen lassen, ist für Care-Dienstleistungen gerade nicht der Fall, insofern es sich hierbei zwangsläufig um fiktive „Produkte“ handelt. Es ist deshalb alles andere als klar, was für die Güterproduktion sachdienlich ist, tatsächlich auch für den Care-Sektor eine Errungenschaft darstellt. Ich will dies anhand des Qualitätsbegriffs, wie er sich gegenwärtig als Qualitätsmanagement im Care-Sektor durchsetzt, erläutern.

Es ist eines der Hauptargumente der Feministischen Ökonomie, dass care-ökonomische Tätigkeiten im Unterschied zur Güterproduktion sich dadurch auszeichnen, dass die aufgebrauchte Zeit ein integraler Bestandteil der Qualität der erbrachten Leistung ist (Madörin 2010: 281-283; Baumol 2011: 23). Genau dies ist bei einem Produkt der Güterproduktion nicht der Fall. Es gibt jedoch einen zweiten, noch gravierenderen Unterschied. Ob eine Pflegefachperson eine Blutabnahme bei einer verunfallten Sportlerin oder bei einem an Altersdemenz leidenden bettlägerigen Mann vornimmt, ist ein großer Unterschied und erfordert nicht beide Male dieselbe Tätigkeit. Im prospektiven Abrechnungssystem erscheint es aber immer als dieselbe Position. Kurz: Die Variabilität ist hier – anders als in der Güterproduktion – gerade Ausdruck der Qualität und nicht deren Minderung.

Dies verweist auf das schwierige Problem einer stillschweigenden, aber fundamentalen Neuauslegung dessen, was Qualität meint. Was in der Güterproduktion stimmt, dass statistische Abweichungen auf ein Qualitätsdefizit verweisen, stimmt für die Leistungen des Care-Sektors gerade nicht, weil die personenbezogenen Dienstleistungen es mit einer zumindest statistisch nicht einholbaren Komplexität zu tun haben resp. ihre Qualität sich gerade daraus definiert, dieser Komplexität individuell, von Fall zu Fall, gerecht zu werden. Die Variabilität wäre hier also ein Merkmal von Qualität. Doch genau dies wird unter dem Zeichen eines

6 Samuel et al. 2004: 260. Daraus ergibt sich der Name *Diagnostic related groups* (DRG).

Qualitätsmanagements, das aus der Güterproduktion stammt, in sein Gegenteil verkehrt, indem nunmehr die Variabilität als eine Abweichung von einem „professionellen Standard“ erscheint.<sup>7</sup> Das Terrain des professionellen Handelns wird damit fundamental umgestaltet und auf eine sachfremde Logik kalibriert (Samuel et al. 2004: 252).

Es ist dieser Umstand, der Mascha Madörin von einer anderen ökonomischen Logik oder einer ökonomischen Eigenlogik des Care-Sektors sprechen lässt (2010: 85f). In Anlehnung an Susan Donath fordert sie deshalb, dass man nicht von einer einzigen ökonomischen Rationalität ausgehen kann, sondern dass man zwei unterschiedliche ökonomische Logiken unterscheiden muss (Donath 2014). So betrachtet kann man sagen, dass es sich bei der Anwendung des New Managements oder der Übertragung seiner Instrumente auf soziale Einrichtungen um den – letztlich vergeblichen – Versuch handelt, die personenbezogenen Dienstleistungen an die Logik der Güterproduktion, und damit an eine sachfremde Logik und gerade nicht an eine Ökonomisierung anzupassen. Es geht also nicht darum, dass Care-Arbeiterinnen partout nicht wirtschaftlich denken wollen oder dass es ihnen an einer unternehmerischen Haltung fehlt. Vielmehr ist, was wirtschaftlich ist, aus der Sicht der Care-Ökonomie etwas anderes als in der Perspektive der Güterproduktion und der allgemeinen Dienstleistungen.

Dies verweist auf den Punkt, dass „professionelle Einschätzung“ im Zuge der Restrukturierung des Care-Sektors eine fundamentale Neuausrichtung erfährt, indem diese Einschätzung, der immer etwas Subjektives und damit Unkalkulierbares anhaftet, auf eine völlig neue Logik eines „professionellen Standards“ umgestellt wird (Samuel et al. 2004: 256-258). Genau dies scheint mir auch der Punkt zu sein, wo das feministische Anliegen, Care-Berufe vom Stigma des „typischen Frauenberufs“ zu befreien, sich in einer Art aufgeklärten Entfremdung auf diese neue Logik hin öffnete, indem der reine Formalismus dieser Management-Instrumente als Angebot wahrgenommen wird, sich von den nun als unprofessionell wahrgenommenen, angeblich „weiblichen Skills“ zu distanzieren.

So beschreibt Eva Maria Krampe für die Pflege, wie der Diskurs der Professionalisierung „gegen das in der Pflegepraxis diagnostizierte emotionale, intuitive Handeln und die diffusen, kaum beschreibbaren Tätigkeiten“ „rationale messbare und transparente Arbeitsabläufe“ etablieren wollte, in denen die „Erfüllung pflegerischer Aufgaben nicht auf Intuition gründen“ sollte, sondern auf wissenschaft-

7 Dies ist auch das Hauptproblem von Evidenz-basierter Praxis, die an der Einführung dieses Qualitätsbegriffs zentralen Anteil hat. Vgl. dazu für die Soziale Arbeit Ziegler (2006); Harris/Unwin (2009: 13-20).

licher Erkenntnis und ökonomischen Prinzipien. Die Anrufung wirtschaftlicher Rationalität als Gegenpol zur diffusen „weiblichen“ Arbeitsweise mache verstehbar, so fasst Krampe ihre Ergebnisse zusammen, warum die Professionalisierung zu einer „faktischen Unterstützung der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien“ werden konnte (2014: 186f).

So betrachtet stellen die Restrukturierungen im Care-Sektor der letzten 40 Jahre ein Angebot zur Versachlichung und Handhabbarkeit für die 'leidigen' zwischenmenschlichen Belange und deren Unwegsamkeiten dar, mit denen Frauen aus historischen Gründen verknüpft sind, indem sie aus diesen zunächst eine „normale“ Dienstleistung und dann ein Produkt zu machen versprechen, das sich auf einem Markt behaupten kann. Dass darin alles, was nicht formalisierbar ist oder in Standards abgebildet werden kann, auf der Strecke blieb – und damit in gewisser Weise der Kern der Care-Arbeit selbst –, nahmen die Fürsprecherinnen dieses Prozesses nicht nur in Kauf, sondern verbanden damit die Hoffnung, die den typisch „weiblichen“ Berufen anhaftenden Stigmata wie „Intuition, Emotionalität und Irrationalität“ und die damit einhergehende Entwertung abwehren zu können.

Es muss jedoch betont werden, dass die hier beschriebenen Probleme keinesfalls dem Umstand der Bezahlung geschuldet sind. Sie sind vielmehr die Folge künstlich hergestellter Knappheit, die sich politischer Entscheidungen verdankt. Genau diese Rahmenbedingungen jedoch werden in einer so verstandenen Professionalisierung systematisch ausgeblendet, indem die Managementinstrumente in ihrer Mikrozentriertheit strukturelle Zwänge so übersetzen, dass sie individuell handhabbar erscheinen. Und es ist dieses Element der Handhabbarkeit, das sich mit dem an sich schon schwer zu durchschauenden emanzipatorischen Angebot verknüpft, das der Neoliberalismus in einer verwickelten Kombination von Modernisierung und Enteignung Frauen macht.

## 5. Ein Lehrstuhl für Feministische Ökonomie an der HLU

Klara Marie Fassbinder war sich als Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin bewusst, dass es nicht einfach darum gehen kann, Frauen in das bestehende System zu integrieren. Dass die Stimme der Frauen das System selbst verändern muss, war in ihrem Fall, dem Fall von Krieg und Frieden, evident. Heute ist dies nicht anders. Um in meinem Bild vom Beginn meines Vortrages zu bleiben: Streng genommen müssten die wirtschaftlichen Konzepte und das ökonomische Wissen heute von Fachbereich IV ausgehen. Und damit wende ich mich explizit an die Vertreter\_innen dieses Fachbereichs, die Lehrenden und die zukünftig im Care-

Sektor Tätigen: Treten Sie mit dem Bewusstsein auf, dass Sie nicht einfach ein Anhängsel der Wirtschaft sind, sondern im Zentrum des gegenwärtigen ökonomischen Geschehens oder jedenfalls an einem der volkswirtschaftlich gesehen zentralsten Knotenpunkte gegenwärtiger Nationalökonomien stehen. Nicht nur tragen Sie mit Ihren zu tiefen Löhnen und der an Ihnen haften gebliebenen unentgeltlichen Sorgearbeit dazu bei, dass ein immer kleiner werdender Teil der Wirtschaft hochproduktiv arbeiten kann, sondern Sie verfügen mit Ihrer Praxis auch über ein ökonomisches Wissen, dessen es dringend bedürfte, um zu verstehen, welche Dynamiken weitentwickelten Ökonomien wie der unsrigen heute zu schaffen machen und dass die bisher angewendeten Mittel diese nicht wirklich bewältigen können.

Wenn Sie mich also nach den internationalen Impulsen fragen, die von der Frauen- und Geschlechterforschung für eine Wirtschaftshochschule ausgehen sollen, so kann ich Ihnen nur antworten, dass man den Transfer von Konzepten umkehren muss: Die Konzepte der von der Feministischen Ökonomie so bezeichneten „Anderen Wirtschaft“ müssten die Impulsgeberin einer neuen Volkswirtschaftslehre sein, die die Probleme heutiger Ökonomien auch tatsächlich angehen könnte.

## Literatur

- Binswanger, Mathias 2012: Sinnlose Wettbewerbe. Warum wir immer mehr Unsinn produzieren. Freiburg/Breisgau
- Baumol, William J. 2012: The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. Yale University Press.
- Chorus, Silke 2007a: Ökonomie und Geschlecht? Regulationstheorie und Geschlechterverhältnisse im Fordismus und Postfordismus. VDM Verlag.
- 2007b: Who Cares? Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenarbeit. Regulationstheoretische Sekorkorrekturen. In: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 25, Nr. 2, 202-216.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2007: Vom Korporatismus zur Strategischen Allianz von Sozialstaat und Sozialwirtschaft: Neue 'Sozialpartnerschaft' auf Kosten der Beschäftigten: In: Dahme, Heinz-Jürgen/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Arbeit im sozialen Diensten: Flexibel und schlecht bezahlt? Zur aktuellen Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor (= Soziale Arbeit Aktuell Bd. 7). Baltmannsweiler, 22-34
- 2012: Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit in nationaler und internationaler Perspektive. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit in Europa (= Soziale Arbeit Aktuell Bd. 19). Baltmannsweiler, 7-32
- Donath, Susan 2001: The Other Economy. A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics. In: Feminist Economics, vol. 6, no. 1, 115-123, (dt. Übersetzung in: Bi-

- schel, Iris et al. 2014: Kritik des kritischen Denkens (= Denknetz Jahrbuch 2014). Zürich, 167-177)
- Dörre, Klaus 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/M, 21-86.
- Foucault, Michel, 2004: Geschichte der Gouvernementalität Bd. II: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt/M
- Fraisse, Geneviève 2009: Service ou servitude. Essay sur les femmes toutes mains. Paris.
- Harris, John/Unwin, Peter 2009: Performance Management in Modernised Social Work. In: Harris, John/White, Vicky (eds.): Modernising Social Work. Critical considerations. Bristol, 9-30
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg.
- Krampe, Eva Maria 2014: Professionalisierung der Pflege im Kontext der Ökonomisierung In: Manzei, Alexandra/Schmiede, Ruedi (Hg.): 20 Jahre Wettbewerb im Gesundheitswesen. Theoretische und empirische Analysen zur Ökonomisierung von Medizin und Pflege. Wiesbaden, 179-198
- McDowell, Linda 2009: The Rise of the Service Economy. In: dies: Working Bodies. Interactive Service Employment and Workplace Identities. Wiley-Blackwell, 25-48.
- Madörin, Mascha 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung. Jahrbuch 2007. Zürich, 141-162.
- 2010: Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine/Cağlar, Gülay (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 81-103
- 2011: Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: Denknetz (Hg.): Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform. Jahrbuch 2011. Zürich, 56-70.
- 2017: Überlegungen zur Zukunft der Care-Arbeit. In: Diefenbacher, Hans/Held, Benjamin/Rodenhäuser, Dorothee (Hg.): Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende? Arbeiten in einer Postwachstumsgesellschaft. Marburg, 31-64.
- Nodes, Wilfried/Wohlfahrt, Norbert 2012: Aktuelle Entwicklungen der Produktion Sozialer Arbeit in Deutschland. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit in Europa (= Soziale Arbeit Aktuell Bd. 19). Baltensweiler, 113-132
- Samuel, Sajay/Dirsmith, Mark W./McElroy, Barbara 2005: Monetized medicine: from the physical to the fiscal. In: Accounting, Organizations and Society 30, 249-262
- Soiland, Tove 2016: A feminist approach to primitive accumulation. In *Rosa Luxemburg – a Permanent Challenge for Political Economy. On the History and the Present of Luxemburg's 'Accumulation of Capital'*, eds. Judith Dellheim, Otto Frieder Wolf, 185-217. London: Palgrave Macmillan

- 2017: New modes of enclosures: A Feminist Perspective on the Transformation of the Social. In *European Social Work – A Compendium*, eds. Fabian, Kessl, Walter Lorenz, Michael Preston-Shoot, Hans-Uwe Otto. Im Erscheinen. (Dt. Fassung unter: Dies. Landnahme der individuellen und sozialen Reproduktion: eine feministische Perspektive auf die Transformation des Sozialen: <http://www.theoriekritik.ch/?p=3180>).
- Strahm, Rudolf 2010: Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. Bern
- Ziegler, Holger 2006: Evidenzbasierte Soziale Arbeit: Über managerielle PraktikerInnen in neo-bürokratischen Organisationen. In: Schweppe, Cornelia/Sting, Stephan (Hg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung. Weinheim/München, 139-156

Tove Soiland, Rothstrasse 9, CH-8057 Zürich  
E-Mail: [tove.soiland@bluewin.ch](mailto:tove.soiland@bluewin.ch)

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Silke Chorus

### Care-Ökonomie im Postfordismus

Perspektiven einer integralen Ökonomietheorie

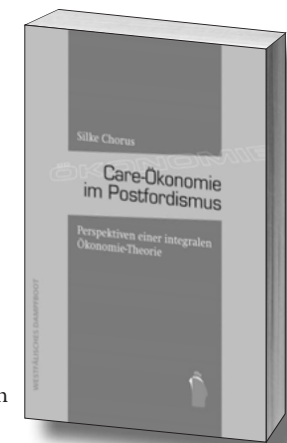
2012 - 305 Seiten - € 29,90

ISBN: 978-3-89691-915-1

Silke Chorus zeigt, dass die zunehmend privatwirtschaftliche Organisation von Fürsorge, Pflege und Betreuung von erheblicher ökonomischer und gesellschaftlicher Relevanz ist.

„Es handelt sich eindeutig um einen weiterführenden und herausfordernden Beitrag zur politik-ökonomischen, feministischen und sozialpolitischen Forschung zu Care-Arbeit und Care-Ökonomien.“

Prof. Margit Mayer, JFK der FU Berlin







Henriette Neubert

## Spannungsfelder der Organisation in der Sozialen Arbeit<sup>1</sup>

In diesem Artikel werden zentrale Spannungsfelder der Organisation von Sozialarbeiter\*innen diskutiert. Meine Annahme ist, dass eine Organisation zentral ist, um die Handlungsspielräume in der Sozialen Arbeit zu erweitern und Instrumente zur Bewältigung und Gestaltung der gegenwärtigen Beschäftigungssituation zu entwickeln.

Nach einem Überblick über die gegenwärtige Organisation und Arbeitsbedingungen Sozialer Arbeit und einem Einblick in den Stand der Forschung zur Organisation von Sozialarbeiter\*innen werden eigene Forschungsergebnisse dargelegt. Zum einen eine Analyse der derzeitigen Organisation von Sozialarbeiter\*innen und zum anderen vier Expert\*inneninterviews, aus deren Analyse die vorgestellten Spannungsfelder entstanden sind. Mit Blick auf die Frage, wie Organisation gelingen kann, wird abschließend das Konzept des Community Organising als eine Option für die Soziale Arbeit skizziert.

### Prekarisierung der Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter\*innen

Die Analyse der Arbeitsverhältnisse von Sozialarbeiter\*innen verweist auf eine zunehmende Prekarisierung, die mit der Ökonomisierung des Sozialen (u.a. Lessenich 2012; Sommerfeld/Haller 2003) verbunden ist. Die Ökonomisierung greift in das fachlich-professionelle und politische Selbstverständnis der Sozialen Arbeit und in die materiellen Arbeitsbeziehungen ein. Soziale Arbeit als Dienstleistung

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf meiner Masterthesis „Zwischen Tarifpolitik und gesellschaftlicher Anerkennung – Eine Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter\*innen und die Entwicklung von Organisierungsmöglichkeiten auf Grundlage einer qualitativen Forschung“ (2016). Alle Belege sind aus dieser Studie entnommen.

in der vorherrschenden neoliberalen Logik stellt ein Angebot dar, das an die Stelle der Parteilichkeit tritt.

Die Auswirkung der Ökonomisierung auf die Arbeitsbedingungen zeigt sich zudem in der Zunahme der Prekarisierung. Die bekannten Stichworte hierzu sind: Unterschreitung der tariflich vereinbarten Gehälter, Deregulierung und Fragmentierung der Beschäftigungsverhältnisse, Anstieg von Teilzeitbeschäftigung, befristeten Arbeitsverhältnissen und Honorarverträgen. Die „Kostenkrankheit“ der personenbezogenen Dienstleistungen, also die Nicht-Wirtschaftlichkeit der Care-Arbeit, führt zu einem permanenten Lohndruck, besonders auf Frauen\* (Soiland et al. 2013: 109 und in diesem Heft).

### Warum und wie nach Organisation fragen?

Trotz dieser prekären Situation, die sich sowohl fachlich als auch materiell auf die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter\*innen auswirkt, ist bisher kaum kollektiver Widerstand zu verzeichnen. Als eine Möglichkeit den Herausforderungen zu begegnen, wird angenommen, dass die – hier breit verstandene – Organisation von Sozialarbeiter\*innen Handlungsspielräume erweitern kann. Dabei geht es nicht nur um die Organisation aufgrund von Arbeitsbedingungen, sondern um das Knüpfen von Beziehungen über die eigene Arbeitsstelle hinaus als Interessensstärkung und Lobbyarbeit. Die Organisation von Interessen beinhaltet immer auch eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Konflikten, gesellschaftlichen Herausforderungen und sozialen Bezügen. Dieses Verständnis bezieht sich unter anderem auf eigene Erfahrungen bei der Community Organising Organisation 'Citizens UK' in London und das Verständnis von Organising als Selbstermächtigung und Selbstorganisation.

Auffällig ist, dass es aus Perspektive der Sozialen Arbeit keine konkreten Untersuchungen zur Organisation von Sozialarbeiter\*innen gibt. Die Forderung, dass sich Soziale Arbeit einzumischen und zu organisieren hat, steht dagegen vielfältig im Raum (bspw. Rose/Wulf-Schnabel 2013). Rose und Wulf-Schnabel erklären den Mangel an praktischem Widerstand mit Besonderheiten der Sozialen Arbeit, v.a. dass in der Sozialen Arbeit der Entzug der Ware Arbeitskraft, also Streik, signifikant erschwert ist, da Soziale Arbeit als personenbezogene Arbeit auf die Kooperation mit den Adressat\*innen angewiesen ist (ebd.: 98).

Eichinger beschreibt die Entwicklung der kollektiven Interessenvertretung von Sozialarbeiter\*innen zwischen „Aufschwung und Bedeutungslosigkeit“ (Eichinger 2009: 122). Sie konstatiert, dass sich die Fachwelt anstelle der Thematisierung von gesellschaftlichen Bedingungen, Handlungsmöglichkeiten sowie -behinderungen,

primär mit dem „spezifischen, normativen Professionszusammenhang“ beschäftigt (ebd.: 72). Das Ziel dieser Diskussion ist die Gewinnung von Sicherheit in der Identitätsfrage. Aber gerade diese Frage der Identität psychologisiert das materielle Problem und verkennt die gesellschaftliche Dimension der Ökonomisierung und Aktivierungspolitik. Eichinger beschreibt Identitätspolitik daher als eine Form „(defensiver) Berufspolitik“ (ebd.: 71), in denen Lohnarbeitsbedingungen dethematisiert würden.

Die Potenziale und Konflikte einer Organisation von Sozialarbeiter\*innen habe ich deshalb anhand zweier qualitativer Forschungsansätze in den Blick genommen.

Unter der Fragestellung, wie Sozialarbeiter\*innen bisher organisiert sind, habe ich Selbstdarstellungen und Positionspapiere zum Tarifkampf und der dazugehörigen gewerkschaftlichen Aufwertungskampagne der Sozial- und Erziehungsdienste (SuE) 2015 von den Gewerkschaften ver.di (2015), GEW (2015) und DBSH (Böhme/Leinenbach 2015), dem Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS 2015) und dem Hamburger Netz der Care Revolution (Netzwerk Care Revolution 2015) untersucht. Diese Analyse hat ergeben, dass Sozialarbeiter\*innen sich mit unterschiedlichen Zielen und aus verschiedenen Motivlagen heraus zusammenschließen. Legen Gewerkschaften ihren Fokus auf eine materielle Aufwertung, wie es ihrem originären Auftrag entspricht, kommen im Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) und im Netzwerk Care Revolution vor allem fachliche Beweggründe zum Tragen. Dennoch zeigen sich Überschneidungspunkte, wenn Gewerkschaften Kampagnen zum Mehrwert der sozialen Dienste führen oder das Netzwerk Care Revolution sowie ver.di explizit die Arbeitsverhältnisse von Frauen\* thematisieren.

Diese Analysen zeigen, dass es weitere Organisierungsmöglichkeiten für Sozialarbeiter\*innen geben muss, um Instrumente zur Bewältigung und Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu entwickeln, was zum zweiten Ansatz meiner Forschung führt. Vier Interviews mit Expert\*innen (Meuser/Nagel 2009) aus den Bereichen Gewerkschaft, gewerkschaftliches Organising und Community Organising dienten der Beantwortung der Fragen nach einer gelingenden Organisationsstrategie und nach den Möglichkeiten eines kollektiven Zusammenschlusses. Da es dazu relativ wenig Material gibt, erschien eine explorative Annäherung und das Explorieren von Expert\*innen- bzw. Sonderwissen zu den Arbeits- und Rahmenbedingungen, Motivationen und Handlungsweisen sinnvoll, um eine Problemstrukturierung vorzunehmen und Lösungsansätze zu skizzieren (ebd.: 471).

Gewerkschaften als gesellschaftlich anerkannte Akteure, die Arbeitsverhältnisse in Unternehmen, Organisationen und auf nationaler Ebene problemati-

sieren können, nehmen einen Schwerpunkt in der Forschung ein (Brinkmann et al. 2008: 147). Da angenommen wird, dass nur wenige Sozialarbeiter\*innen in Gewerkschaften organisiert sind<sup>2</sup>, wird davon ausgegangen, dass diese mit neuen Formen der Organisation auf die gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren müssen. Brinkmann et al. sprechen hier von „bewegungsorientierte[n] Gewerkschaftsmodelle[n]“ (ebd.: 145). Dabei wird davon ausgegangen, dass die traditionelle gewerkschaftliche Organisation keine Option für die Organisation von Sozialarbeiter\*innen bietet.

### Spannungsfelder

Meine Forschung hat zum Ergebnis, dass sich die Organisation der Interessen von Sozialarbeiter\*innen in einem Spannungsfeld zwischen der Tarifpolitik und einem Diskurs um die Qualität der Arbeit und ihrer gesellschaftlichen Anerkennung bewegt. Wird eine Aufwertung der Arbeit angestrebt, ist ein Zusammendenken und -führen beider Pole notwendig. Für eine gelingende Organisation der Sozialarbeiter\*innen sind äußere und innere Bedingungen relevant. Das Selbstverständnis von Sozialarbeiter\*innen in ihrem Beruf und ihrem Auftrag ist die innere Bedingung. Zu den äußeren Bedingungen gehören erstens der Raum, in dem Organisationen und Auseinandersetzungen stattfinden können, und zweitens die Öffentlichkeit – zum einen als Adressat\*in und zum anderen als Konfliktfeld im Arbeitskampf.

Zudem steht in der Sozialen Arbeit das Wohl des Kindes oder, allgemeiner gefasst, das Wohl der Adressat\*innen, stets an erster Stelle. Ein Streik im Dienstleistungsbereich führt viel schneller zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, denn die Öffentlichkeit ist z.T. direkt betroffen und die Einzelnen selbst abhängig von den Dienstleistungen: „Dann gibt’s eine Auseinandersetzung ganz schnell darum, wenn diese Dienstleistung verschwindet, (...) also jetzt im Streik, was passiert eigentlich, wenn die Dienstleistung verschwindet“ (Expert\*in für gewerkschaftliches Organising).<sup>3</sup>

2 Eine Zahl der tatsächlich gewerkschaftlich organisierten Sozialarbeiter\*innen konnte trotz Anfrage bei den Gewerkschaften ver.di und GEW nicht herausgefunden werden. Etwa 80% der organisierten Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen sind bei ver.di und 20% bei der GEW (Schweitzer 2015: 36). Laut Seithe (2012: 420) sind nicht einmal 10 % der Sozialarbeitenden organisiert.

3 Direkte Interviewzitate sind von mir anonymisiert, gekürzt und geglättet.

### Spannungsfeld: Interesse & Identität

Die Spannung im Selbstverständnis von Sozialarbeiter\*innen beinhaltet zentral zwei Punkte. Zum einen geht es um die Auseinandersetzung mit der Identität als Sozialarbeiter\*innen, zum anderen müssen Beschäftigte über eine eindeutige Subjektposition in ihrer Arbeit verfügen, um in der Auseinandersetzung um Tarif und Anerkennung ihre Position vertreten und dafür einstehen zu können. Spannungen ergeben sich, da es von der Haltung der zu Organisierenden abhängig ist, ob sie ihre Arbeit als gesellschaftlich relevant bewerten und sich aufgrund dessen für ihre Belange (und die ihrer Adressat\*innen) einsetzen wollen.

Ein\*e Expert\*in aus dem Bereich des Community Organising ordnet die Organisation der Interessen von Sozialarbeiter\*innen nicht nur als einen Kampf um eine tarifliche Höherbewertung ein, sondern auch als die „Entwicklung eines Selbstbewusstseins von Sozialarbeitern in der Vermittlung ihrer eigenen Fähigkeiten oder ihrer eigenen Stellung in der Gestaltung dieser Gesellschaft sozusagen“.

Wie die Ergebnisse der Organisierungsmöglichkeiten und das Ergebnis der Aufwertungsrunde der SuE 2015 zeigt auch die wissenschaftliche Debatte, dass die Identität Sozialer Arbeit nicht ausreichend entwickelt ist und Sozialarbeiter\*innen ihre Rechte und Forderungen nach Anerkennung nicht offensiv genug vortragen (Heite 2008: 81). Die gesellschaftliche Anerkennung hat ihren Preis, wenn in der Sozialen Arbeit die Tendenz und Bereitschaft, sich den ökonomischen Anforderungen und Logiken der neosozialen Politik zu unterwerfen, besteht (ebd.: 175).

Um die einzelnen zu kollektiven Akteur\*innen Sozialer Arbeit zusammenzuführen, müssen zunächst die Interessen der Sozialen Arbeit und der darin Tätigen bestimmt und von hegemonial durchgesetzten Interessen unterschieden werden (Wulf-Schnabel 2011: 281). Weiterhin sind die heterogenen Ziele und Interessen, etwa zwischen den Leitungs- und Ausführungsebenen, zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen zu klären (ebd.: 282). Heite (2008: 81) schreibt, dass der Kampf um Anerkennung Sozialer Arbeit über den Status als Profession als Identitätspolitik verstanden werden kann. Ihre Überlegungen beziehen sich auf die Frage, wie sich die Soziale Arbeit mit dem Topos professionelle Identität Anerkennung verschaffen kann. Dazu führt sie verschiedene Ansatzpunkte ins Feld, bei denen die Kategorien Geschlecht und Klasse eine strukturierende Rolle einnehmen.

Unter dem Aspekt Semi-Profession wird beispielsweise verhandelt, dass es an einer positiven Öffentlichkeitsarbeit mangelt, dass Leistungen der Sozialarbeiter\*innen nicht dargestellt werden können, dass fachliche Standards

aufgeweicht werden bzw. es an ausreichender Dokumentation mangelt usw. (ebd.: 83). Besonders der Punkt der mangelnden Repräsentation nach außen wurde von den Interviewten als zentral herausgestellt.

Professionalität und Selbstverständnis werden auch unter der Perspektive der „engagierten Rollendistanz“ verhandelt (ebd.: 85). Hierbei wird Soziale Arbeit als Tätigkeit charakterisiert, die besonderes Engagement und Selbstreflexion der Tätigen verlangt, wenn es um das Aushandeln der Beziehung mit den Adressat\*innen geht. Professionalisierungsprozesse sind hier also auch Prozesse der Subjektivierung.

Besonders bei freien Trägern, die selbstverwaltet organisiert sind, zeigt sich der Zwiespalt der Subjektivierungseinflüsse:

„Also wenn man jetzt zum Beispiel an solche Betriebe, die im Grunde genommen aus der Initiativen Landschaft kommen und du hast das Problem da natürlich einer hohen Identifikation mit dem Projekt und dann steht die Lohnfrage natürlich hinten an“ (Expert\*in gewerkschaftliches Organising).

Zum einen haben sie eine hohe Identifikation mit der Arbeit, zum anderen tragen sie Anteile der Institution selbst in sich, zugleich geht es aber auch um ihre eigenen Interessen als Arbeitende. Eichinger betitelt dies als „Trägerpatriotismus“ (Eichinger 2009: 113).

### Spannungsfeld: Räume der (Selbst-)Organisierung

Zu den äußeren Bedingungen für eine Organisierung gehört der Raum. Es wird deutlich, dass sich die Organisierung von Sozialarbeiter\*innen in einem Raum zwischen Institutionen, außergewerkschaftlichen Zusammenhängen und der Gesellschaft bewegt. Sozialarbeiter\*innen können nicht ‘einfach nur’ mehr Lohn fordern, dies ist nur in Verbindung mit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung möglich.

Dem liegt eine soziale Raumvorstellung zu Grunde, in der Räume durch das aktive Verknüpfen von Menschen gestaltet werden und gleichzeitig einen Ortsbezug beinhalten (Kessl/Reutlinger 2010). Stabile Räume sind notwendig, um eine Organisierung gelingend und solidarisch (selbst) zu organisieren. Diese sind nicht einfach *vorhanden*, sondern müssen sich von den jeweiligen Akteur\*innen selber *genommen* werden.

Inhaltlich geht es in den gewerkschaftlichen Kampagnen und Arbeitskämpfen zwar um eine gesellschaftliche und materielle Aufwertung, entscheidend ist am Ende aber der Abschluss eines Tarifvertrages. Deshalb wird in der Organisierung vor allem den öffentlich Angestellten Raum in der Organisierung gegeben:

„Ich merke im Moment sind mir diejenigen, die im öffentlichen Dienst arbeiten sozusagen besser dran, weil sie nicht ganz so ausbeutbar sind, weil die haben in einem großen Personalkörper mit 60.000 Beschäftigte einen Arbeitsvertrag [...] und man kann ihnen so schnell nichts“ (Expert\*in Gewerkschaft).

Es sind aber gerade die Beschäftigten bei freien Trägern, die den prekären Arbeitsverhältnissen und Bedingungen des Quasi-Marktes ausgesetzt sind. Die dezentrale Struktur erschwert das Zusammenbringen der Sozialarbeiter\*innen (Eichinger 2009: 117). Ein\*e Expert\*in sieht hier die überbetriebliche Organisierung als Möglichkeit. Die Räumlichkeit als absolutes Konstrukt muss überwunden werden, um eine breite, soziale Basis aufbauen zu können. Nach Alzaga (2007: 223) ist es den Mitgliedern der Gewerkschaft möglich, etwas zu verändern. Sie können „ihre Gewerkschaft in Besitz nehmen“, denn der Hauptzweck der Gewerkschaften ist, dass „die organisierten Arbeiter ihre eigenen Interessen durch gemeinsames Handeln verteidigen“ (ebd.: 224). Die Gewerkschaft kann ein Medium für Veränderung darstellen, denn *kollektive* Aktionen und *kollektives* Handeln als Gewerkschaftsmitglieder machen dieses möglich.

Ein\*e Expert\*in zum gewerkschaftlichen Organising sagt dazu:

„Wenn sich alle organisieren würden, im Sinne von einem breiteren Begriff von Organisierung, dann (...) hätten sie Ansprüche an diese Gewerkschaft. (...) die Leute, wenn sie einmal mobilisiert sind, dass sie nicht irgendwie einfach nur funktionieren im Sinne von dieser Gewerkschaftspolitik“.

Diese Art von Raumnahme erfordert allerdings ein gemeinsames Ziel, ein Interesse, das kollektiv verfolgt wird, um die gesellschaftliche Dimension von Sozialer Arbeit auf die Tarif- und Betriebspolitik beziehen zu können.

Weitere Räume, die nur im Ansatz untersucht wurden, sind die außergewerkschaftlichen Zusammenschlüsse von Sozialarbeiter\*innen, wie zum Beispiel die Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit und das Netzwerk der Care Revolution. Diese Zusammenschlüsse haben in Bezug auf die direkte Durchsetzung von materiellen Interessen durch Tarifabschlüsse keine Möglichkeit zu agieren. Sie verfügen aber über klare Selbstverständnisse und Motive sich zu organisieren und nehmen sich den Raum dafür. Die interviewten Expert\*innen sehen des Weiteren die Ausbildungsstätten von Sozialarbeiter\*innen in der Verantwortung, Raum zur Organisierung zu schaffen. Hier kann sowohl ein Selbstverständnis ausgebildet, auf Arbeits(markt)bedingungen vorbereitet und gleichzeitig Partizipation und Organisierung erfahrbar gemacht werden.

Der Ort der Auseinandersetzung, das ‘Da-Zwischen’ im Spannungsfeld aufgewerteter Tarifverträge und gesellschaftlicher Anerkennung, bedarf neben weiterer Forschung auch Praxis: „aber man kann jetzt auch noch drei Bände Widersprüche

zu Kämpfen Sozialer Arbeit machen, das würde mit den Kämpfen nicht viel tun, außer dass man sie besser analysieren kann“ (Expert\*in gewerkschaftliches Organising).

### *Spannungsfeld: Die Öffentlichkeit*

Sowohl aus Sicht der Forschung als auch aus Sicht der Expert\*innen, kann in Arbeitskämpfen der sozialen Dienste nur unter Einbezug der Öffentlichkeit politischer Druck auf die Finanzierungsebene der Sozialen Arbeit ausgeübt werden (Kutlu 2013).

Als Beispiel berichtet ein\*e Expert\*in aus den Erfahrungen der letzten Aufwertungskampagne 2015:

„Wo wir, so glaube ich, auch gut in der Öffentlichkeit erreicht haben, dass die Menschen wissen, die Eltern wissen, die Presse weiß, ja, diese Arbeit ist wichtig. Einfacher ist es noch darstellbar in den Kitas, schwieriger wird's schon bei diesen kleinen Bereichen von Sozialer Arbeit, da wissen die Menschen zum Teil gar nicht, was heißt, z.B. Streetworker“.

Die politische Einmischung und das Hinaustreten in die Öffentlichkeit von Sozialarbeiter\*innen sind erforderlich, um die Relevanz ihrer Forderungen nach Anerkennung deutlich zu machen. Der gegenwärtige Qualitätsdiskurs fragt nach einem wirtschaftlichen Erfolg der Hilfestellungen, die zunehmend auf „messbare und sich ökonomisch auszahlende Leistungen“ begrenzt werden (Seithe 2012: 220). In diesem Qualitätsdiskurs werden aber u.a. nicht die gegenwärtigen prekären Arbeitsbedingungen adressiert, welche die Wirksamkeit der Arbeit beeinflussen und die Professionalität der Sozialen Arbeit unterlaufen (ebd.: 216; Otto et al. 2014: 51). Dazu muss die Berufsgruppe in der Lage sein, die Wirkung ihrer Arbeit zu beschreiben und zu belegen, so die interviewten Expert\*innen. Dabei gilt es, die jeweiligen Kontexte und Verknüpfungen der einzelnen Elemente und Prozesse in der Hilfestellung mit einzubeziehen und Ergebnisse nicht zu verallgemeinern (Seithe 2012: 217). Soziale Arbeit muss also in der Öffentlichkeit eine Diskussion um die Qualität ihrer Arbeit anregen.

Die Öffentlichkeit als Konfliktfeld mit heterogenen Interessen zu betrachten, unterstützt eine kontroverse gesellschaftliche Diskussion über die Qualität, den Wert und die Wirkung von Sozialer Arbeit. Aufgrund der Dreiecksbeziehung von Adressat\*innen, Professionellen und Kostenträger\*innen muss dieser Dialog sich noch weiter ausdifferenzieren. Nimmt die Finanzierungsebene ein Monopol in der Vergabe von finanziellen Zuwendungen ein, sollten Adressat\*innen und Professionelle sich miteinander solidarisieren, um Druck ausüben zu können.

Adressat\*innen oder deren Angehörige sind gleichzeitig aber auch Mitträger\*innen der Kosten aufgrund der Steuern, die sie zahlen. Ein Transparent-Machen von Handlungen, Wirkungen und der dafür notwendigen finanziellen Mittel obliegt der Professionalität der Sozialarbeiter\*innen.

Die Interaktion mit der Öffentlichkeit und mit einer Solidarisierung von sozialen Bewegungen bedarf noch weiterer Ausarbeitung. Hier fehlen Ansätze, Medien, um einen Austausch möglich zu machen. Sind es öffentliche Veranstaltungen, die bspw. der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit organisiert? Oder ist es die Demonstration eines Bündnisses, die in der Innenstadt einer großen Stadt stattfindet? Ein Dialog ist schließlich nur als eine Kooperation zwischen den Beteiligten möglich und kann nicht einseitig von Professionellen arrangiert werden (Kunstreich 2011: 8).

### **Ausblick**

Zusammenfassend muss eine Aufwertungsforderung also zunächst über die Legitimation der Qualität und des Wertes Sozialer Arbeit gehen und beinhaltet eine fachliche und politische Positionierung. Zudem muss die Anerkennung der eigenen Professionalität in das Habituskonzept der Sozialarbeiter\*innen übergehen, bevor eine Forderung nach materieller Höherbewertung Gehör finden kann. Dafür braucht es stabile Räume und den Dialog im hierarchischen Gefüge der Gesellschaft.

Wurde bereits zu Beginn ein breites Organisationsverständnis herausgestellt, welches sich u.a. auf die Ansätze des Community Organising (CO) bezieht, wird dieser Ansatz nun herangezogen, um eine Möglichkeit der Organisierung anzudeuten.

Dabei wird das aktuell praktizierte gewerkschaftliche Organising, welches Ansatzpunkte, Impulse und Techniken aus dem CO für die gewerkschaftliche Arbeit übernommen hat, nicht weiter betrachtet. Die inflationäre Übernahme der Strategie des Organising, die häufig nur der „Revitalisierung der Gewerkschaften“ diente (Birke 2010: 55; Brinkmann et al. 2008), führte dazu, dass gewerkschaftliches Organising heute „zwischen Managementtechnik und Mitmachgewerkschaft“ rangiert (Birke 2010: 12).

In den untersuchten Organisationsansätzen ist die Selbstorganisation der Beschäftigten bzw. der Community ein wichtiger Faktor. Feststellen lässt sich, dass je größer die Institutionalisierung der Organisierung ist, desto geringer der Grad an Entscheidungs- und Handlungsmacht für die Beschäftigten. Eine soziale Basis, die sich nicht nur stellvertreten lässt und einen Arbeitskampf auf eine Art

und Weise führen kann, die sie selber entwickelt hat, braucht dafür einen Ort und ausreichend Zeit. Im Organising sind es im Idealfall die Beschäftigten selbst, die sich dieses Mitspracherecht selbstorganisiert nehmen. Dafür benötigt es Professionelle, die sich um die Beziehungsarbeit kümmern: Beziehungen zum Organisier, Beziehungen innerhalb der Community, wie auch Beziehungen zu anderen Communitys werden in einem intensiven Prozess aufgebaut. Dabei nimmt die Emotionalität eine wichtige Rolle ein. Das Erzählen von persönlichen Geschichten dient im CO als Triebfaktor und Bezugspunkt, um auch andere Menschen von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Organisierung zu überzeugen.

Im Community Organising findet ein Aushandeln von Interessen statt. Eine Community entsteht durch das öffentliche 'in Beziehung setzen' der einzelnen Personen (Müller/Szynka 2014: 17). Nur durch die Verbundenheit und das Vertrauen ineinander, kann die Community als Handlungsinstrument ihre Lebensbedingungen mitgestalten. Die heterogenen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit müssen dafür untereinander in Beziehung gesetzt werden, um den „im Kern individualistisch[en]“ Sozialcharakter, der aufgrund der beruflichen Sozialisation entsteht, aufzubrechen (Bredehorst et al. 2007: 121).

Dieses Modell ließe sich auf die Soziale Arbeit übertragen, wenn diese als Community begriffen wird, die sich durch Community Organising bildet und zusammenschließt. Auch die Community um die Sozialarbeiter\*innen herum, die Adressat\*innen und deren Angehörige könnten mit einbezogen werden – so kann eine positive Öffentlichkeit aufgebaut und ein Solidarisierungsprozess angestoßen werden. In der Sprache des Community Organising geht es um die Entwicklung eines 'Handlungsfähigen-Wirs' (Müller/Szynka 2014: 17). In der Form des transformativen Community Organising, das sich auf gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wie Geschlecht und Herkunft bezieht, lassen sich für die Zuschreibung eines weiblichen Arbeitsvermögens Anknüpfungspunkte finden (Maruschke 2014: 55).

Um die Konzeptualisierung einer professionellen Community noch vervollständigen zu können, wird an dieser Stelle auf den weiteren Forschungsbedarf von Organisierungszusammenhängen hingewiesen. Untersuchungen von organisierten Sozialarbeiter\*innen im AKS und anderen Bündnissen würden ggf. Schlüsse ermöglichen, wie die Bildung von Beziehungen und die Arbeit an einem Selbstverständnis aussehen kann. Ein\*e Interviewte\*r weist darauf hin, dass das Reden über den Charakter von Sozialer Arbeit, z.B. im AKS, zu einem Organisierungsprozess beitragen kann. Die Gewerkschaft, die sowohl als Lobby für die Beschäftigten fungieren kann, wie ein\*e Expert\*in beschreibt, und die den Ansatz der Selbstorganisation jenseits von eigenen Interessen forciert, kann der Politisierung der Sozialarbeiter\*innen einen Raum geben.

„Dass es so ein Zerschneiden der sozialen Fragen ist, die sich stellen, wenn man als Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter arbeitet, aber nicht über die eigenen Arbeitsbedingungen spricht (...). Und dann nicht nur reden, sondern es ging dann auch darum (...) Bezugspunkte zu finden“ (Expert\*in gewerkschaftliches Organising).

Es ist deutlich geworden, dass ausschließlich auf fachliche bzw. ausschließlich auf materielle themenbezogene Organisierungszusammenhänge keine Aufwertung der Profession Soziale Arbeit bewirken können. Die Auswirkungen und Herausforderungen der Ökonomisierung auf *fachliche* und *materielle* Arbeitsverhältnisse sind demzufolge auch nicht voneinander zu trennen und müssen mit der *Form* des Zusammenschlusses zusammengedacht werden, um eine gelingende Organisierung der Interessen von Sozialarbeiter\*innen zu realisieren.

### Literatur

- AKS 2015: Der „Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit“ (AKS). <http://www.kritischesozialarbeit.de/>; Rev. 04.07.2015
- Alzaga, V. 2007: Organizing an der Basis. Reflexion über die Kampagne zur Organisierung der Wach- und Sicherheitsleute in Hamburg. In: Bremme, P. (Hrsg.), Never work alone: Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften (S. 218-239). Hamburg
- Birke, P. 2010: Die große Wut und die kleinen Schritte: gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt. Berlin
- Böhme, G./Leinenbach, M. 2015: Mitgliedervotum zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes vom DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.). [https://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/gewerkschaft/20150625\\_Stellungnahme\\_Mitgliedervotum.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/gewerkschaft/20150625_Stellungnahme_Mitgliedervotum.pdf); Rev. 01.07.2015
- Bredehorst, M., Immer, N., Liedgens, H., Mergner, U., Schmieder, L., & Uellenberg-van Dawen, W. 2007: Sozialpolitische Diskurse zur Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit. In: Enggruber, R. & Mergner, U. (Hrsg.), Lohndumping und neue Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit (S. 97-124). Berlin
- Brinkmann, U., Choi, H.-L., Detje, R., DÄrre, K., Holst, H., Karakayali, S. 2008: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden
- Eichinger, U. 2009: Zwischen Anpassung und Ausstieg: Perspektiven von Beschäftigten im Kontext der Neuordnung Sozialer Arbeit (1. Aufl.). Wiesbaden
- GEW 2015: Die Mitglieder haben das Wort. Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen. Newsletter Nr. 6., Juni 2015. <http://www.gew.de/kita/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-mitglieder-haben-das-wort/kommentar/new/>; Rev. 01.07.2015
- Heite, C. 2008: Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung: professionstheoretische Perspektiven. Weinheim
- Kessl, F., & Reutlinger, C. 2010: Sozialraum. Eine Einführung (2. Auflage). Wiesbaden
- Kunstreich, T. 2011: Partizipation im Dialog – einiges von dem, was wir von Martin Buber und Paulo Freire lernen können. Unveröffentlichtes Manuskript.

- Kutlu, Y. 2013: Partizipative Streikführung: Der Erzieherinnenstreik. In: Schmalz, S.; Dörre, K. & Müller, M. (Hrsg.), Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven (S. 226-241). Frankfurt am Main
- Lessenich, S. 2012: Theorien des Sozialstaats zur Einführung. Hamburg
- Maruschke, R. 2014: Community Organizing: zwischen Revolution und Herrschaftssicherung; eine kritische Einführung (1. Aufl.). Münster
- Meuser, M., & Nagel, U. 2009: Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Pickel, S. (Hrsg.), Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: neue Entwicklungen und Anwendungen (1. Aufl., S. 465-480). Wiesbaden
- Müller, C., & Synka, P. 2014: Community Organizing – was ist das? In: Stiftung Mitarbeit & Forum für Community Organizing (Hrsg.), Handbuch Community Organizing: Theorie und Praxis in Deutschland (S. 16-20). Bonn
- Netzwerk Care Revolution 2015: Hamburger Netzwerk: Soli-Erklärung. Dieser Streik geht alle an. Solidarität mit den Arbeitskämpfenden in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Erklärung vom 17.06.2015. <http://care-revolution.org/aktuelles/hamburger-netzwerk-soli-erklaerung/>; Rev. 04.07.2015
- Neubert, H. 2016: Zwischen Tarifpolitik und gesellschaftlicher Anerkennung - Eine Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter\*innen und die Entwicklung von Organisierungsmöglichkeiten auf Grundlage einer qualitativen Forschung. Unveröffentl. Masterthesis. Hamburg
- Otto, H.-U., Ziegler, H., Böllert, K., Dahme, H.-J., & Wohlfahrt, N. 2014: Monitoring sozialer Dienste. Endbericht. Bielefeld
- Rose, B., & Wulf-Schnabel, J. 2013: Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen. Widersprüche, (128), 87-110.
- Schweitzer, H. 2015: Nach dem Streik ist vor dem Streik. Sozial Extra: Zeitschrift Für Soziale Arbeit, (6), 36.
- Seithe, M. 2012: Schwarzbuch Soziale Arbeit (2., durchges. und erw. Aufl.). Wiesbaden
- Soiland, T., Müller, I., Bischel, I., Maurer, M., Amsler, S., Johannsen, S., Dormann, S. 2013: Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung. In: Denknetz (Hrsg.), Jahrbuch 2013. Zürich
- Sommerfeld, P., & Haller, D. 2003: Professionelles Handeln und Management. Oder: Ist der Ritt auf dem Tiger möglich? Neue Praxis, (1), 61-89.
- Ver.di 2015: Die Mitglieder haben das Wort. Newsletter 06 vom 07.07.2015. <http://www.soziale-berufe-aufwerten.de/w/files/medien/07/newsletter-sue-06-2015.pdf>; Rev. 07.07.2015
- Wulf-Schnabel, J. 2011: Reorganisation und Subjektivierungen von sozialer Arbeit (1. Aufl.). Wiesbaden

Henriette Neubert, Mokrystraße 3, 21107 Hamburg  
E-Mail: [henriette.neubert@posteo.de](mailto:henriette.neubert@posteo.de)



Forum Wissenschaft 2/2017

## Die autoritäre Herausforderung

Demokratie zwischen Verfall und Aufbruch

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

[www.bdwi.de](http://www.bdwi.de) · [service@bdwi.de](mailto:service@bdwi.de)  
Tel.: (06421) 21395

Die demokratischen Gesellschaften stehen mittlerweile offen autoritären Herausforderungen gegenüber. Die Tonlage in öffentlichen Debatten wird zunehmend rauer und roher. Erkennbar ist dies vor allem – aber nicht nur – in den Kommentarspalten und sogenannten sozialen Netzwerken im Internet.

Bei der Suche nach den Ursachen ist auch danach zu fragen, welchen Anteil am Demokratieabbau die politischen Eliten haben. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zur Anpassung der demokratischen Verhältnisse an »marktkonforme« Bedingungen führt zur Verfestigung sozialer Ungleichheit, bedroht die Mittelschichten mit sozialem Abstieg und erhöht damit das Risiko einer autoritären Wende. Augenfällig ist zudem die Selbstentmachtung der repräsentativen Demokratie.

Demgegenüber artikuliert sich aber ein wachsendes Bedürfnis nach »mehr« oder direkter Demokratie und nach einer »anderen«, menschlicheren Politik. Dies zeigen die breiten Basisbewegungen in Griechenland, Spanien oder Portugal ebenso wie die auf kommunaler Ebene gelegentlich praktizierten partizipativen Ansätze, beispielsweise in spanischen Städten.



Ulrike Eichinger

## Möglichkeitenräume von kollektiver Selbstorganisation in Sozialer (Lohn-)Arbeit: Voraussetzungen der Organisation der Interessenvertretung in „eigener Sache“

I „You can get it if you really want ...“ (J. Cliff)?

Das Verhältnis der Profession(alisierung) Sozialer Arbeit und der Umstand ihrer (Lohnarbeits-)Bedingungen gilt als „widersprüchlich und umkämpft“ (Widersprüche 2013: 4f, vgl. Sachße 1986: 287f.). Dass seit den Anfängen der professionellen Sozialen Arbeit die Frage, ob und welche Interessenvertretung notwendig und angemessen ist, kontrovers diskutiert wird, deutet an, dass es sich hierbei nicht um einen Nebenschauplatz, sondern um einen latenten und gelegentlich auch manifesten Konflikt handelt (vgl. Kunstreich 2016). Immerhin sind zwei Drittel in der Sozialen Arbeit mit ihrem Gehalt gar nicht oder nur in geringem Maße zufrieden, was von drei Viertel als eher starke Belastung wahrgenommen wird (vgl. Henn, Lochner, Meiner-Teuber 2017: 28f). Ein solch kritischer Blick auf die Bezahlungspraxis kann jedoch einhergehen mit einem sogenannten „Zufriedenheitsparadoxon“ (vgl. Voges 2008:77 n. Schroeder 2017; 192): „Es entsteht zumeist dann, wenn die Verbesserung der Lebenslage nicht als realistisch betrachtet wird und stattdessen die eigenen Ansprüche verringert werden“. Schroeder (ebd.: 190) stellt unter Bezug auf arbeitssoziologische Diskurse fest, dass es im Care-Sektor für eine kollektive Selbstorganisation eine Stärkung der sogenannten ‘schwachen Interessen’ – durch die fehlenden einschlägigen Erfahrungen – braucht, um diese „Momente des ‘unvollständigen Lohnarbeitsverhältnisses’ aufzulösen“ und eine „professionelle Arbeitnehmerperspektive“ (ebd.: 195) zu etablieren.

In diesem Beitrag werden daher die Voraussetzungen der Interessenvertretung in ihrer Feldspezifik Gegenstand. Dafür werden einleitend die politisch-institutionellen Möglichkeitenräume<sup>1</sup> beleuchtet und vor diesem Hintergrund zwei Aspekte

---

<sup>1</sup> Holzkamp (1985: 352ff) spricht aus seiner subjektwissenschaftlichen Perspektive der Vermittlung von gesellschaftlichen Bedingungen und individuellen Gestaltungsspiel-



vertieft: erstens das oft bemühte Narrativ des (zu) niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrads in der Sozialen Arbeit, das zwar etabliert, aber mit Blick in die Empirie weder unmittelbar plausibel noch tauglich für eine Erzählung ist, die eine kollektive Interessenvertretung zu stärken vermag. Zweitens wird ein Streifzug durch *Beiträge aus der Wissenschaft Sozialer Arbeit vorgenommen*, indem die dortigen (Reflexions-)Angebote gesichtet werden, um zu sehen, welche Anchlüsse für eine „professionelle Arbeitnehmer\_innenperspektive“ in Lehr- und Professionspraxis daran möglich sind.

Bei der Betrachtung der politisch-institutionellen Möglichkeitsräume gilt es, die verschiedenen Interessensträger, ihre Gestaltungsmacht sowie die jeweiligen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, anzudeuten, um die Spezifik, vor deren Hintergrund Arbeitskämpfe in der Sozialen Arbeit stattfinden, berücksichtigen zu können. Hierzu gehört eine durch einen fordistisch gezeichneten Industriekapitalismus etablierte Arbeitspolitik und das an ihr orientierte Arrangement von Arbeitsbeziehungen. Trotz der Veränderungen des Kapitalismus gilt dieses Arrangement nach wie vor als bedeutend und zugleich hemmend für die Entwicklung von Arbeitsbeziehungen im Care-Sektor. Studien (vgl. Evans/Kerber-Clasen 2017: 182f, Blank 2017:177f) zu den Arbeitsbeziehungen betonen daher, wie wesentlich die Stärkung sowohl der Organisationmacht von teils auch „willfähigen Gewerkschaften“ (vgl. Bühler 2017: 220)<sup>2</sup> als auch von desorganisierten Arbeitgeberverbänden/Trägern<sup>3</sup> sowie der sogenannten schwachen Interessen der Beschäftigten ist (vgl. Schroeder 2017). Die staatlichen Steuerungsstrategien wie eine investive Sozialpolitik (vgl. Lessenich 2008) bei gleichzeitiger Austeritätspolitik zeigen sich u.a., so Steinke und Fehrecke-Harpke

---

räumen von einem „allgemeinen Verhältnis[.] zwischen *historischer Relativität* und *menschlicher Universalität der »Freiheit« subjektiver Möglichkeitsräume*“. Schmalstieg (2015: 232f) knüpft in ihrer Studie zu prekärer Beschäftigung und gewerkschaftlichem Handeln an dieser Konzipierung von Möglichkeitsräumen als politischer Raum an und untersucht die politisch-institutionellen Kräfteverhältnisse: „Die Strategiefindung all dieser [Gewerkschaften, Organisationen, Einzelpersonen UE] erfolgt nicht isoliert, sondern in Auseinandersetzung mit den Bedingungen eines sozialen Raums, zu dem auch andere Akteure gehören“ (ebd. 232).

2 Die Willfähigkeit bezieht sich so die Bühler (ebd.) auf die Bereitschaft von Gewerkschaften, insbesondere in Ostdeutschland Tarifverträge auf niedrigem Niveau abzuschließen.

3 50% Organisationsgrad sind wohl notwendig auf Seiten der Arbeitgeberverbände für Branchen umfassende Tarifverträge, auch hier zeigt sich aktuell ein Mitgliederrückgang (vgl. Haipeter 2013).

(2017: 223), in einer „chronischen Projekt- und Mangelfinanzierung“ auf der Ebene der Kommunen. Nutzer\_inneninteressen werden zwar teils durch größere und kleinere Lobbygruppen (wie Sozialverband VDK; Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V., Careleaver e.V. etc.) vertreten, doch gibt es im Bereich der Sozialen Arbeit kaum systematische bzw. öffentlich wahrnehmbare Allianzen im Kontext von Arbeitskämpfen. Zudem setzten sich die Aktivitäten rund um die „Care-Revolution“ dafür ein, dass die spezifischen Konflikte selbst im Kontext – feministischer – sozialer Bewegungen nicht derart randständig bleiben wie in der Vergangenheit. Durch diese knappen Hinweise zu politisch-institutionellen Möglichkeitsräumen, die Evans/Kleber-Clasen (2017: 183) als „organisierte Machtlosigkeit“ umschreiben, werden die Voraussetzungen von Arbeitskämpfen in der Sozialen Arbeit erkennbar (vgl. ebd.: 185), die sich in folgenden Fragen zuspitzen lassen:

- Welche Ausstattung der Daseinsvorsorge findet aktuell gesellschaftliche Zustimmung?
- Welche Ausstattungsdetails sind neben Entlohnung und Gesundheitsschutz überhaupt tariflich verhandelbar? Was wollen die Beschäftigten „eigentlich“? (vgl. ebd.)
- Was wollen die einschlägigen Gewerkschaften? (Gute) Tarifiergebnisse oder auch Einfluss auf politische Regulierungsweisen durch Kritik an der Austeritätspolitik (vgl. ebd. 186) ?
- Gibt es Bündnispartner\_innen im Sinne eines (selbstorganisierten) Verbraucherschutzes oder/und anschlussfähige soziale Bewegungen?

„Eine integrative Strategie der Aufwertung von Care-Arbeit wäre dringend notwendig, erscheint aktuell aber unmöglich“ (vgl. ebd. 186). Paradoxaerweise braucht es gerade daher Narrative, die für prospektive Strategieentwicklungen im Lichte realer Möglichkeitsräume taugen, da ein ‘weiter wie bisher’ sich auf eine Praxis der Mangelverwaltung beschränkt. Argumentationsansätze verweisen daher auch auf die volkswirtschaftliche Relevanz des Sektors, auf den Schutz von Dienstleistungsnutzer\_innen und -erbringer\_innen oder auf Visionen einer ‘guten Gesellschaft’, die die Norm des ‘adult worker models’ hinterfragen (vgl. Blank 2017: 174). Mit solchen Argumentationen versuchen zum Teil auch Gewerkschaften wie Ver.di und die GEW sich inhaltlich zu positionieren, um politischen Druck aufzubauen (vgl. ebd.: 178).

## II (Zu) niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad – bezogen auf was eigentlich?

Ein 'Evergreen' in der Debatte um kollektive Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit ist die Befassung mit dem Umfang eines (zu) niedrigen formalen Organisationsgrads in gewerkschaftlichen/berufsverbandlichen Interessenvertretungen (vgl. u.a. Rose, Wulf-Schnabel 2013: 89). Die Kontinuität liegt wohl auch darin begründet, dass hiermit explizit oder implizit die Frage nach der Organisationsfähigkeit/-macht von Professionellen und zugleich die Frage nach der Organisationsfähigkeit/-macht der Interessenvertretungen verhandelt werden. Um folgende Zahlen kreisen die Debatten: Lingesleben (1968: 111) erhebt in den 1960ern einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 70%. Zahlen aus den 1990er Jahren nennen einen Organisationsgrad von ca. 30% (vgl. Karges, Lehner und Wegemann 2000: 41f., Bornhöft 2001: 191). Erhebungen um 2000 herum kommen zu einem Organisationsgrad zwischen 14 und 22% (vgl. Paulini 2010: 90). Karges (2011: 22) ermittelt 10 Jahre später einen Organisationsgrad von 28,7%. Aktuell kursieren Zahlen um die 25% als Organisationsgrad auf der Basis von Anfragen bei den Gewerkschaften Verdi und GEW (vgl. Heinze 2016: 75). Um sagen zu können, ob dieser historisch-spezifische Organisationsgrad hoch oder niedrig ist, braucht es eine Referenz. Aktuelle Untersuchungen zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeitnehmer\_innen in Deutschland geben an, dass 18% (vgl. Fulton 2013) bzw. 20,6 der Arbeitnehmer\_innen nach einem Tiefstand 2006 heute Mitglied in Gewerkschaften sind (vgl. Anders, Biebeler, Hagen 2015). Somit stehen die bekannten Zahlen zum aktuellen Organisationsgrad in Sozialer Arbeit eher für einen leichten, aber immerhin überdurchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, welcher der allgemeinen Entwicklung folgend zudem langsam, aber kontinuierlich zu wachsen scheint.

Angesichts dieser Referenzen scheinen daher pauschale Hinweise bzw. sogar Klagen über einen (zu) niedrigen Organisationsgrad, ohne dass ein anderer schlüssiger Bezug hergestellt wird, wenig nützlich zur Stärkung kollektiver Selbstorganisation. Durch den reinen Fokus auf den formalen Organisationsgrad geraten die Fragen nach den gewerkschaftsinternen wie -externen Möglichkeitsräumen in den Hintergrund. Folgt man wiederum der etablierten Logik, wäre zu verdeutlichen, was durch einen (noch) höheren Organisationsgrad für die Fachkräfte zu erreichen wäre. Hieraus könnten sich gegebenenfalls auch Motive für eine aktive (Neu-)Mitgliedschaft entwickeln, denn es braucht für die Realisierung kollektiver Handlungsfähigkeit, die auf Verfügungserweiterung zielt, nicht nur diese hypothetische Option, sondern auch die Überzeugung, dass es nützlicher

ist sie zu nutzen, als es nicht zu tun (vgl. Schmalstieg 2015: 237). Auch Fox Piven (2011) betont, dass Einmischen nicht ohne das Eingehen von Risiken zu haben ist und nicht ohne die Aussicht, hierdurch etwas zu erreichen.

Daher noch ein Blick darauf, wer aktuell gewerkschaftlich organisiert ist, um einen Eindruck davon zu bekommen, welche Interessen aktuell als gewerkschaftlich anschlussfähige Motivlagen zu identifizieren sind. Allgemein sind von den 20,7% organisierten Arbeitnehmer\_innen 26,1% Männer gegenüber 14,2% Frauen, zudem sind von der Grundgesamtheit 22,5% Vollzeit und 13,1% in Teilzeit beschäftigt (vgl. Anders, Biebeler, Lesch 2015: 21).<sup>4</sup> Betrachtet man die oben erwähnten Studien aus der Sozialen Arbeit, zeichnen sich auch dort Tendenzen ab, dass es immer dann attraktiv ist, sich kollektiv in Gewerkschaften zu organisieren, wenn es institutionell auch aussichtsreiche Möglichkeiten gibt, dass sich gewerkschaftlich begleitete Arbeitskämpfe führen und gewinnen lassen, da auch hier eher Beschäftigte aus größeren Betrieben, vor allem im öffentlichen Dienst, die eine gute Entlohnung haben (z.B. verbeamtet sind und in Leitungsposition) und somit letztlich mehr Männer organisiert sind als Frauen (vgl. u.a. Lingesleben 1968, Karges 2011: 22). Interessant ist es, hierzu Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung aus der Pflege hinzuzuziehen, dort gaben nicht gewerkschaftlich organisierte, überproportional Teilzeitbeschäftigte sowie Frauen an, noch nie von Gewerkschaften angesprochen worden zu sein (vgl. Schroeder 2017: 194).

Resümieren lässt sich, dass diese Organisationsstrategien, sei es von Seiten der Gewerkschaften oder von Beschäftigten, angesichts der institutionell etablierten Möglichkeitsräume schlüssig sind. So zeigt sich, dass aus der Perspektive der Professionellen kollektive Organisation dann realisiert wird, wenn ein mittelbarer Nutzen erwartbar ist. Ähnliches gilt für die Strategien der Interessenvertretungen, die sich darauf zu konzentrieren, was 'gewerkschaftlich machbar' erscheint angesichts der eigenen begrenzten Ressourcen bzw. Fragmentierung der Interessenorganisationen (vgl. Evans, Kleber-Clasen 2017: 184). Jedoch wird durch derartige quasi 'naheliegende' Strategien im besten Fall lediglich der Status Quo stabilisiert, was eben auch bedeutet, bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren. Derartige offensive Situationsbeschreibungen als Ausgangspunkt gewerkschaftsinterner wie -externer sozialer Selbstverständigung unter den Professionellen der Sozialen Arbeit könnte nützlich sein, um die eigenen Erfahrungen in und mit

4 Ähnliches Ungleichgewicht zeigen auch Untersuchungen zur betriebsinternen Interessenvertretung in Betriebsräten Frauen, Migrant\_innen sowie befristet Angestellte seltener aktiv beteiligt sind (vgl. Baumann, Brehmer 2016).

Gewerkschaften als „eine Geschichte des Verhältnisses von Selbstermächtigung und individueller Ohnmacht in einer Großorganisation“ (Bürgin 2016: 98) spezifischer ausbuchstabieren zu können. Geschieht dies, gelingt es vielleicht leichter, gemeinsame Strategien mit Beschäftigten aus der Pflege oder dem Kita-Bereich einzugehen. Dies erscheint alleine aufgrund der geringen Beschäftigtenzahlen in der Sozialen Arbeit im Vergleich zu andern Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst sinnvoll (vgl. Henn, Lochner, Meiner-Teuber 2017: 21), um z. B. angesichts des Frauenanteils von durchschnittlich 80% (bzw. 70% in der Sozialen Arbeit vgl. ebd. 55) gemeinsam über geschlechtergerechtere Bezahlungsmaßstäbe zu diskutieren (vgl. u. a. den ‘Comparable-Worth-Index’ bei Lillemeier 2016). Auch Studierende Sozialer Arbeit als zukünftige Fachkräfte organisieren sich z. B. als studentische Beschäftigte<sup>5</sup> und setzen Entwicklungsimpulse an Hochschulen in einem gewerkschaftlich ebenfalls unterentwickelten Feld und vielleicht perspektivisch darüber hinaus (vgl. Heinze 2016).

### III Lohnarbeit – (k)ein Thema in professionstheoretischen Diskursen

Wenn Hochschulen ebenfalls als Orte in den Blick genommen werden, an denen kollektive Selbstorganisation sich bereits formieren kann (und sieht man von vereinzelt Aktivitäten zu aktuellen Fragen ab<sup>6</sup>) stellt sich die Frage, worin ein systematischer Beitrag der Wissenschaft/Disziplin bei der Etablierung einer professionellen Arbeitnehmer\_innenperspektive bestehen könnte. Eine Sichtung des 2016 von der ‘Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit’ verabschiedeten Kerncurriculums Soziale Arbeit, das Orientierung bei der Weiterentwicklung von Studiengängen bieten soll, zeigt zwei sogenannte Studienbereiche als explizit hier anschlussfähig:

- „*Fachwissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit* [...] Verberuflichung und Professionalisierung des Helfens und von Bildungsaktivitäten im Lichte älterer und neuerer Professionalisierungstheorien; Berufsstatistik und Arbeitsbedingungen im Feld Sozialer Arbeit“ (2016: 5).
- „*Entstehung, Wandel und aktive Veränderung der gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit* [...] Politik Sozialer Arbeit:

5 <https://tvstud.berlin/2017/05/arbeitskampf-an-der-ash-nimmt-fahrt-auf/>[23.06.17].

6 Z. B. einer AG des Fachbereichstags Soziale Arbeit zur Weiterentwicklung der Eingruppierungsmerkmale im TVÖD, Stellungnahmen zu laufenden Tarifverhandlungen oder Mindeststandards für Rahmenbedingungen in Arbeitsfeldern von einzelnen Hochschullehrer\_innen oder Hochschulen.

Öffentlichkeit als Ort der Debatte über Bedürfnisse, Ansprüche, Rechte und Pflichten; Organisationsprozesse und (Selbst)Empowerment der Profession“ (2016: 6f).

Die Fähigkeiten zur kollektiven Selbstorganisation der Professionellen als Lohnabhängige werden hier markiert, die elementar wichtig sind sowohl für ‘top down’ wie ‘bottom up’ Entwicklungen.<sup>7</sup> Im Folgenden werden nun diese professionstheoretischen Diskurse durchstreift, um der Frage nachzugehen, inwiefern sie konzeptionelle Anknüpfungspunkte für ein Professionsverständnis Sozialer Arbeit bieten, das die Lohnarbeitsverhältnisse miteinschließt und somit ein Reflexionsangebot beinhaltet, um eine ‘professionelle Arbeitnehmerperspektive’ zu unterstützen.<sup>8</sup> Berufs- bzw. professionstheoretische Diskurse sind so alt wie die moderne Soziale Arbeit selbst; allerdings zeichnen sie sich durch unterschiedliche Akzentuierungen im zeitlichen Verlauf aus. So standen in den 1970er Jahren die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Professionalisierung im Fokus. Diese professionssoziologisch gerahmte Debatte diente auch dem berufspolitischen Anliegen, die herausgehobene Stellung des Berufs herauszuarbeiten, die eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung rechtfertigte und Gestaltungsspielräume in bürokratischen Organisationslogiken reklamierte (vgl. Cloos 2010; Thole, Cloos 2000). Hierbei ging es wie insgesamt in der bisherigen Berufs- und Professionsgeschichte nicht nur um den Status für mehr Anerkennung und Aufwertung, sondern auch um angemessene Gehälter (vgl. Paulini 2001). Professionstheoretische Diskurse ab den 1980er Jahren akzentuierten stärker die Handlungskompetenzen Sozialer Arbeit und die empirisch ermittelbaren Spielräume, die es zu gestalten gilt (was kann man, wo?). Durch die Neuakzentuierung im Professionsdiskurs gelang es u. a., Paradoxien und strukturelle Konflikte deutlicher zu benennen, wobei der Umgang mit der Lohnarbeitstatsache insgesamt wenig behandelt bzw. flankierend diskutiert wurde (vgl. u. a. Schütze 2000). Heiner (2004) betont in ihrem Professionalisierungsmodell nicht den Status (Bezahlung, Ansehen, Kompetenzdomäne), sondern die spezifische Expertise im Sinne von Wissen, Können, Haltung (vgl. ebd. 155f). Dennoch benennt sie lohnarbeitspezifische Interessenslagen wie „gute Bezahlung bei begrenzter Belastung“ (ebd. 166), die bei der Weiterentwicklung der

7 Dies lässt sich gut am Thema von rechtlich verankerten Ansprüchen zum betrieblichen Gesundheitsschutz nachvollziehen, der für einen flächendeckenden verbesserten Gesundheitsschutz die betrieblichen Akteur\_innen und deren Durchsetzungsfähigkeit braucht.

8 Vorliegende Studien zu (prekären) Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit werden aus Platzgründen hier nicht verhandelt.

institutionellen Rahmenbedingungen als allgemeine professionelle Anforderung ebenfalls Ausgleich verlangen<sup>9</sup>.

Die Perspektive der Professionellen als Beschäftigten ließe sich auch im Kontext des Dienstleistungsansatzes (vgl. u.a. Schaarschuch 2010) entfalten, indem den Aneignungsprozessen der Professionellen Rechnung getragen würde. Hierdurch könnten sie, neben den Nutzer\_innen, als Mit-Produzent\_innen ihrer institutionellen sowie organisationalen Erbringungskontexte auch im Lichte ihrer eigenen Selbstentwicklung und Lebensführung konzeptionell berücksichtigt werden. Dies Potential sehe ich ebenso in weiteren Ansätzen „Jenseits von Status und Expertise [...] einer Pädagogik des Sozialen“ (vgl. May 2010): Hier wird u.a. an die „Tradition runder Tische“ (ebd. 2005: 43) erinnert, an denen Vertretungen der Selbstorganisation der Adressat\_innen sowie Trägervertreter\_innen über die Weiterentwicklung bestehender sozialstaatlicher Angebote verhandeln. An diesen runden Tischen sollten m.E. jedoch auch überbetriebliche Vertreter\_innen der Selbstorganisation der Beschäftigten nicht fehlen, oder anders gewährleistet werden, dass die expliziten Beschäftigteninteressen neben den Organisationsinteressen sichtbar werden. Ein aktueller Beitrag zum Ansatz der reflexiven Professionalität erweitert aus einer wissenssoziologischen Perspektive das Konzept des Professionswissen von bisher systematischem Wissenschafts- und Handlungswissen, unter Rückgriff auf den Neo-Institutionalismus, um Organisationswissen (vgl. Dewe, Peter 2016: 152). Hiermit könnten die oben skizzierten Arbeitsbeziehungen auf organisationaler Eben untersucht werden.

Der m.E. nach zentrale Kern, die Frage nach der praktischen Relevanz von professionellem Wissen, Können etc. in seiner jeweiligen Relation zu den Lohnarbeitsbedingungen, ist jedoch insgesamt noch deutlich randständig – insbesondere hinsichtlich ihrer handlungspraktischen Relevanz. Hier nachzuarbeiten erscheint mir ausgesprochen notwendig, alleine als Reflexionsangebot für Praxisbegleitseminare. Sehr wegweisenden Beiträge haben hierfür Bader (1984/2005) sowie Kunstreich (1975/2014) vorgelegt. Beide problematisieren an professionsspezifischen institutionellen Konflikten, wie sie z.B. anhand des sogenannten „doppelten Mandats“ diskutiert werden, dass u.a. die Fachkräfte als Subjekte hierin suspendiert würden und undeutlich bliebe, dass es sich bei Sozialer Arbeit um eine Dienstleistung in

9 Auch erwähnen z.B. Thiersch, Grunwald und Königeter (2010: 188), dass das Prinzip Einmischung einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit angemessene Arbeitsbedingungen der Professionellen miteinbeziehe.

Form von Lohnarbeit (inkl. hieran geknüpfter Interessenslagen) handle.<sup>10</sup> Bader (1984: 64) spitzt dies mit dem Hinweis zu, dass der Bezug zu Inhalten von Fachkräften aufgrund des Lohnarbeitscharakters nicht zwingend gegeben ist. Kunstreich (2014: 52ff) führt aus, dass Professionelle in Sozialer Arbeit ganz „ohne Mandat“ politisch, aber auf der Basis eigener Gründe mit anderen politisch produktiv werden können. Beiden gelingt es immer wieder, die Bandbreite von Umgangsweisen von Professionellen herauszuarbeiten sowie dahinterliegende Motivlagen sichtbar zu machen. Auch eigene Ergebnisse subjektwissenschaftlicher Praxisforschung zeigen die Relevanz der Lohnarbeitstatsache beim Entwickeln von praktischen Umgangsweisen von Professionellen, z.B. in Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften von Geflüchteten (vgl. Eichinger, Schäuble i.E.). Eine andere Studie zeigt, dass es in der Sozialen Arbeit Gestaltungsspielräume zwischen den Polen Anpassung oder Ausschluss/Kündigung bei nonkonformem Handeln gibt. Beim Abwägen bzw. dem Akzentuieren von Optionen wurde allerdings immer wieder die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz als ein relevanter Aspekt deutlich (vgl. Eichinger 2017).

#### IV. „Rome was not built in a day [...] But you must try“ (J. Cliff)

Professionelle als handelnde Subjekte zu denken heißt somit nicht nur, aber auch ihren Status als lohnabhängig Beschäftigte systematisch in Professionstheorie- und -forschung mit einzubeziehen. Die Lohnarbeitstatsache bzw. die konkreten Arbeitsbedingungen sind aus einer subjektwissenschaftlichen Perspektive zumindest immer dann bedeutend, wenn sie handlungsleitende Relevanz erhalten, wenn sie aus welchen (individuellen) Gründen auch immer als un/-wichtig thematisiert und abgewogen werden.<sup>11</sup>

Soll in Lehre<sup>12</sup> und Praxis die Option einer ‘professionellen Arbeitnehmer\_innenperspektive’ diskutiert werden, sind hierfür adäquate konzeptionelle (Refle-

10 Beide Einwände können problemlos auch für Konzepte wie das „eine Mandat“ (Lutz 2011), das „Trippel-Mandat“ (Staub-Bernasconi 2007) sowie für das „Vierfach-Mandat“ (Röh 2006) in Anschlag gebracht werden.

11 Eine Befristung des Arbeitsverhältnisses kann wesentlich und unwesentlich sein – unwichtig z.B. da große Bereitschaft besteht, auch den Job zu wechseln. Oder anders herum: kann ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis veranlassen zum „still bleiben“, da es mehr zu verlieren gibt als die Angst, den verschiedensten Mandatsauffassungen zuwider zu handeln.

12 Auf eigene Erfahrungsräume kollektiver Selbstorganisation als professionelle Arbeitnehmer\_innen kann jedoch auch nicht leicht Bezug genommen werden. Zumindest

xions-)Angebote nötig. Sie sind z.B. daran zu messen, ob es mit ihnen gelingt die je spezifischen Voraussetzungen von – auf Verfügungserweiterung – zielenden Handeln zu begreifen. Es müssen Konfliktlinien auch zwischen fachlichen Motiven und existenziellen Bedürfnissen von Lebensführung thematisierbar sein können, insbesondere solange es keine kollektive Bewegung der Selbstorganisation gibt. Dies ist auch aus einer feministischen Perspektive angezeigt, da es angesichts des hohen Frauenanteils in der Sozialen Arbeit und der Tatsache der nach wie vor ungleichen Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit vor oder nach Feierabend ganz praktisch gelingen muss, die hierfür nötigen Ressourcen vorzuhalten. Es braucht diese Sensibilität für die konkreten Möglichkeitsräume, um gemeinsame Motive wie geteilte Risiken ausfindig zu machen für eine Praxis 'kollektiver Handlungsfähigkeit'.

### Literatur

- Anders Carsten, Biebeler Hendrich, Lesch Hagen (Hrsg.) 2015: Gewerkschaftsmitglieder Mitgliederentwicklung und politische Einflussnahme: Die deutschen Gewerkschaften im Aufbruch? Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) IW-Trends 1.2015
- Bader, Kurt 1984: Individualisierungstendenzen bei Sozialarbeitern und Sozialpädagogen. In: Forum Kritische Psychologie 14, S. 82-109
- 2005: Institution: Ver-regelt – Profis: Ver-riegelt. In: Störch, K. (Hrsg.), Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit. Hamburg, 191-203
- Baumann Helge, Brehmer Wolfram 2016: Die Zusammensetzung von Betriebsräten. Ergebnisse aus der WSI-Betriebsrätebefragung 2015. In WSI-Mitteilungen, H.3
- Blank, Florian 2017: Aufschwung mit Hindernissen – professionelle Sorgearbeit in Deutschland. In WSI-Mitteilungen, H. 3, S. 173-179
- Bühler, Sylvia 2017: Markt und Gewinnstreben im Sozialsektor: Wirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen und die Qualität der Versorgung aus gewerkschaftlicher Sicht. In WSI-Mitteilungen, H. 3, S. 218-220
- Bürgin, Julika 2016: Gewerkschaftliche Bildung und die Organisation der Alltagspraxis. In: Widersprüche, H. 142, S. 95-102
- Cloos, Peter 2010: Soziale Arbeit als Profession – Theoretische Vergewisserungen und Perspektiven. In: Hammerschmidt P., Sagebiel, J. (Hrsg.): Professionalisierung im Widerstreit. Zur Professionalisierungsdiskussion in der Sozialen Arbeit – Versuch einer Bilanz. Neu-Ulm, S. 25-42
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit 2016: Kerncurriculum Soziale Arbeit [https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/DGSA\\_Kerncurriculum\\_final.pdf](https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/DGSA_Kerncurriculum_final.pdf) [23.06.17]

---

gibt es auf der Ebene von Hochschulen nur in Hamburg und Bremen die Institutionalisierung von Personalräten.

- Dewe Bernd, Peter C. 2016: Professionelles Handeln. Relationierungen von Professionswissen und organisationalen Strukturen. Dargestellt am Fallbeispiel der Familienhilfe im Kontext der Sozialen Arbeit. In: Busse, S. et al. (Hrsg.) Professionalität und Organisation. Wiesbaden, S. 127-157
- Eichinger, Ulrike 2018: „Was ging, was geht, was ist möglich?“ Praktische und konzeptionelle Herausforderungen im Kontext Sozialer (Lohn-)Arbeit. In: Anhorn, R. et al. (Hrsg.): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Bd. 1. Wiesbaden, S. 345-354
- , Schäuble Barbara (i.E.). Gestalten unter unmöglichen Bedingungen? Soziale Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften. In: Prasad, N. (Hrsg.) Lehrbuch zur Kritischen Sozialen Arbeit im Kontext von Flucht. Leverkusen, Opladen
- Evans, Michael, Kerber-Clasen, Stefan 2017: Arbeitsbeziehungen in der Care-Arbeit: Blockierte Aufwertung? In: WSI-Mitteilungen, H. 3, S. 180-188
- Piven Fox, Frances 2011: Kann Macht von unten die Welt verändern? In: Bruch, M. et al. (Hrsg.) Organisation und Kritik. Münster, S. 74-104
- Fulton, L. 2013: Arbeitnehmervertretung in Europa. Labour Research Department und ETUI. Erstellt mit Unterstützung des SEEurope Netzwerks. Online-Publikation, verfügbar unter <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Quer-durch-Europa/Gewerkschaften> [23.06.17]
- Heinze, André 2016: Kollektive Interessensorganisation in der Sozialen Arbeit. Ursachen geringer berufspolitischer Organisation. Wiesbaden
- Holzcamp, Klaus 1985: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt, New York
- Heiner, Maja 2004: Professionalität in der Sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven. Stuttgart
- Haipeter, Thomas 2013: SCHWÄCHELNDE GEGENSPIELER. In Magazin Mitbestimmung 10/2013. [https://www.boeckler.de/44324\\_44346.htm](https://www.boeckler.de/44324_44346.htm) [01.06.17]
- Henn Sarah, Lochner Barbara, Meiner-Teuber Christiane 2017: Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung Sozialer Arbeit. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt.
- Karges, Rosemarie, Lehner Ilse M., Wegmann H. 2000: Erste Ergebnisse der Befragung: Beruflicher Alltag der Sozialen Arbeit. Zwischen dem Anspruch von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen und gesellschaftlichen Bedingtheiten. Forschungsbericht. Katholische Fachhochschule Berlin
- Karges, Rosemarie 2011: Ergebnisse einer Online-Befragung zur Beschäftigungssituation von Sozialarbeitenden. Vortrag bei der Berliner Arbeitstagung „aufstehen widersprechen einmischen“ Kritische Soziale Arbeit 17. – 18. Juni 2011. [http://www.einmischen.info/resources/Karges+Vortrag+bei+Berliner+Arbeitstagung+aufstehen+widersprechen+einmischen\\_16\\_07\\_11.pdf](http://www.einmischen.info/resources/Karges+Vortrag+bei+Berliner+Arbeitstagung+aufstehen+widersprechen+einmischen_16_07_11.pdf) [23.06.17]
- Kunstreich, Timm 2016: Partizipation als Regulierung. Konflikte in der Sozialen Arbeit. In: Forum Wissenschaft, H. 1/16, S. 21-24
- 2014: „Ohne Mandat – aber politisch produktiv.“ Perspektiven einer kritischen Sozialen Arbeit. In: Bütow, B.; Chassé, K. A.; Lindner, W. (Hrsg.). Das Politische im Sozialen:

- Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit. Opladen, Berlin, Toronto, S. 51-64
- 1975: Der institutionalisierte Konflikt. Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge. Offenbach
- Lillemeier, Sarah 2016: Der Comperable-Worth-Index als Instrument zur Analyse des Gender Pay Gap. WSI-Working-Paper Nr. 205. [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_wp\\_205.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_wp_205.pdf) [23.06.2017]
- Lutz, Ronald 2011: Das Mandat der Sozialen Arbeit. Wiesbaden
- Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- Lingesleben, Otto 1968: Brandt, Leo (Hrsg.). Die Berufssituation der Sozialarbeiter. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Nr. 1907 Köln, Opladen
- May, Michael 2010: Aktuelle Theoriediskurse Sozialer Arbeit. Eine Einführung. 3. Aufl. Wiesbaden
- Paulini, Christa 2001: Der Dienst am Volksganzen ist kein Klassenkampf. Die Berufsverbände der Sozialarbeiterinnen im Wandel der Sozialen Arbeit. Siegerner Studien zur Frauenforschung, Opladen
- 2010: Zur Bedeutung der Berufsverbände für die Professionalisierung Sozialer Arbeit. In: Hammerschmidt P., Sagebiel, J. (Hrsg.): Professionalisierung im Widerstreit. Zur Professionalisierungsdiskussion in der Sozialen Arbeit – Versuch einer Bilanz. Neu-Ulm, S. 77-94
- Schmalstieg, Catharina 2015: Prekarität und kollektive Handlungsfähigkeit. Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnsektor. Das Beispiel USA. Hamburg
- Sachße, Christoph 1986: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929. Frankfurt
- Schaarschuch Andreas 2010: „Nutzerorientierung – der Weg zur Professionalisierung Sozialer Arbeit?“ In: Hammerschmidt P., Sagebiel, J. (Hrsg.): Professionalisierung im Widerstreit. Zur Professionalisierungsdiskussion in der Sozialen Arbeit – Versuch einer Bilanz. Neu-Ulm, S. 149-160
- Schütze, Fritz 2000: Schwierigkeiten bei der Arbeit und Paradoxien des professionellen Handelns. Ein grundlagentheoretischer Aufriss. In: ZBBS, 1. Jg., H. 1, 49-96.
- Thiersch Hans, Grunwald Klaus, Königeter Stefan 2010: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In Thole, W. (Hrsg.). Grundriss Soziale Arbeit. 3. Aufl. Wiesbaden, S. 175-196
- Thole Werner, Cloos Peter 2000. Soziale Arbeit als professionelle Dienstleistung. In: Müller S., Sünker H. u.a. (Hrsg.) Soziale Arbeit zwischen Politik und Dienstleistung. Neuwied, S. 535-556
- Röh, Dieter 2006: Soziale Arbeit, Gerechtigkeit und das gute Leben. Eine Handlungstheorie zur daseinsmächtigen Lebensführung. Wiesbaden
- Rose Barbara, Wulf-Schnabel, Jan 2013: Soziale Lohnarbeit. In: Widersprüche 128, S. 87-109

- Schroeder Wolfgang 2017: Altenpflege zwischen Staatsorientierung, Markt und Selbstorganisation, In: WSI Mitteilungen, H. 3, S. 189-196
- Staub-Bernasconi Silvia 2010: Soziale Arbeit und soziale Probleme. In Thole, W. (Hrsg.). Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 267-282
- Steinke Joss, Fehrecke-Harpke Benjamin 2017: Markt und Gewinnstreben im Sozialsektor: Wirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen und die Qualität der Versorgung aus gewerkschaftlicher Sicht. In: WSI-Mitteilungen, H. 3, S. 221-223
- Widersprüche Heft 2013: Soziale Arbeit als Lohnarbeit, H. 128

Ulrike Eichinger, Alice Salomon Hochschule Berlin,  
Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin  
E-Mail: [eichinger@ash-berlin.eu](mailto:eichinger@ash-berlin.eu)



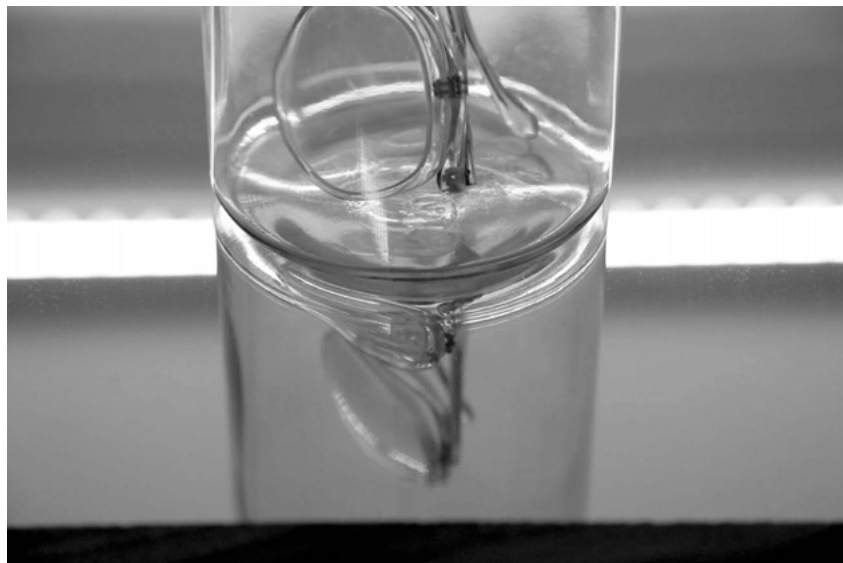
**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN  
// Die Monatszeitschrift

Immer auf dem  
Laufenden über das  
aktuelle Geschehen in  
Lateinamerika

**PROBEABO**  
// 3 Monate lesen für 10 Euro  
// endet automatisch  
// solidarisch // kritisch // unabhängig

Aktuelle Berichte,  
Reportagen,  
Kommentare und  
Interviews zu Politik,  
Gesellschaft und  
Kultur

Lateinamerika Nachrichten  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin  
[www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)



Nadja Rakowitz & Stefan Schoppengerd

### Ist Würde tarifierbar?

Gewerkschaftliche Ansätze zur „Aufwertung“  
von Care-Arbeit in Kitas und Krankenhäusern

Den gewerkschaftlichen Konflikten in Krankenhäusern und in der Kinderbetreuung („Kita-Streik“) wird wohl – im Care-Bereich – derzeit die größte Aufmerksamkeit zuteil. Das hat damit zu tun, dass sie sich auf den ersten Blick als „klassische“ gewerkschaftliche Kampagnen für bessere Tarifverträge betrachten lassen und dementsprechend mit den Ressourcen und Routinen einer Großorganisation durchführbar sind. Gleichwohl ist hier nicht alles wie gewohnt: Sowohl in der Kinderbetreuung als auch im Krankenhaus zeigen sich Motivationsmuster der beteiligten Belegschaften, die die Vertretung materieller Interessen aufs Engste mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen verbinden. Darüber hinaus zeigen sich am Beispiel des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 ebenso wie im Charité-Streik grundsätzliche gewerkschaftliche Richtungskonflikte, die nicht zuletzt die Form der Arbeitskampfführung betreffen. Wir gehen dem im Folgenden in drei Schritten nach: Zuerst wird der Arbeitskampf im SuE mit Schwerpunkt Kinderbetreuung betrachtet, dann der Streik in der Charité und seine inspirierende Wirkung bis heute, um abschließend Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Zukunftsweisendes an diesen Konflikten zu diskutieren.

#### Sozial- und Erziehungsdienst

Der Arbeitskampf im Sozial- und Erziehungsdienst zählt ohne Zweifel zu den Konflikten, die die öffentliche Wahrnehmung des Jahres 2015 als besonders intensives Streikjahr mitgeprägt haben (Artus 2017; vgl. Dörre u.a. 2016: 153ff). Insbesondere den Erzieher\_innen (95 Prozent Frauen) als größter Gruppe im Sozial- und Erziehungsdienst wurde eine ähnlich große mediale Aufmerksamkeit zuteil wie den Lokführer\_innen – bei deutlich höherer öffentlicher Sympathie. Zu Spitzenzeiten beteiligten sich etwa 150.000 Beschäftigte am Streik, der sich

als unbefristeter, bundesweiter Arbeitskampf über einen Monat hinzog, bis er in einer Schlichtung mit der geringen Zustimmung von 57 Prozent beendet wurde.

Zwei Aspekte sind entscheidend für die Vorgeschichte dieser Auseinandersetzung: Sie kann als Nachwirkung der Umstellungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes 2005 betrachtet werden; hinzu kommt in Folge der Diskussion um die PISA-Studien ein enorm gestiegenes Anforderungsprofil für die Einrichtungen der Kinderbetreuung bzw. frühkindlichen Bildung.

Am 1. Oktober 2005 hat der TVöD für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen den alten Bundesangestelltentarif (BAT) abgelöst. Für viele Erzieher\_innen entfiel in diesem Zuge der nach Berufsjahren gestaffelte Aufstieg in höhere Einkommensstufen. Bereits im Arbeitskampf 2009 war die Eingruppierung der Beschäftigten das zentrale Thema. Die damals unterzeichnete Eingruppierungsordnung war aus Gewerkschaftssicht nicht zufriedenstellend. Sie konnte erstmals zum Jahresende 2014 gekündigt werden; ver.di machte davon Gebrauch und initiierte die Kampagne „Richtig gut. Richtig was wert. Aufwerten jetzt!“, die sich als ausgesprochen erfolgreich entpuppte. Zentrale Forderung war die Neuordnung der Eingruppierung aller Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst, die sich in einer deutlich gestiegenen Bezahlung bemerkbar machen sollte.

Dass die Forderung nach spürbarer Aufwertung von zahlreichen Beschäftigten aktiv mitgetragen wurde, erklärt sich durch das gestiegene Selbstbewusstsein der Erzieher\_innen. Der quantitative Ausbau und die qualitative Intensivierung der Kinderbetreuung waren mit den seit 2000 durchgeführten PISA-Studien zu einem Anliegen geworden, das nicht nur dem Wohl der Kinder, sondern auch dem des Standorts Deutschland dienen sollte. In diesem Zusammenhang kam es zu einer enormen Aufstockung des Personals: Von 2008 bis 2014 nahm es um 38 Prozent zu. Das verweist allerdings mitnichten auf einen verbesserten Betreuungsschlüssel, sondern korrespondiert mit der erheblichen Steigerung der Zahl betreuter Kinder und Neugründungen, insbesondere im Bereich der Betreuung von Unter-Dreijährigen. Es herrscht Fachkräftemangel. Trotz insgesamt aufgestockten Personals müssen in einzelnen Einrichtungen die Schlüssel regelmäßig unterschritten werden, um den Betrieb aufrechterhalten zu können – und dies, obwohl die Anforderungen an die Betreuung von Kleinkindern zunehmen: „Sie soll flächendeckend und den ganzen Tag verfügbar sein, um den Eltern die Berufstätigkeit zu ermöglichen; die Kinder sollen möglichst individuell gefördert werden, um sie auf den kommenden Bildungswettbewerb vorzubereiten; die Angebote sollen allen zugänglich und bezahlbar sein. Für Städte und Gemeinden wie auch für private Unternehmen sind gute Kita-Plätze nicht selten ein Standortvorteil, wenn es um die Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz geht.“ (Seppelt 2015: 25)

Außerdem soll die frühkindliche Bildung zu einer Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen beitragen (ebd.: 26).

Im gewerkschaftlichen Engagement der Beschäftigten kehrt diese diskursive Aufwertung des Erzieher\_innen-Berufes als gewachsenes Selbstbewusstsein zurück; die pädagogischen Fachkräfte haben „eine Art Facharbeiterinnenbewusstsein“ entwickelt (Dörre u.a. 2016: 165), das sich vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels entschlossener artikuliert.

Im Februar 2015 fanden die ersten Verhandlungen zwischen ver.di, GEW und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) statt. Die Gewerkschaften forderten im Kern eine Änderung der Eingruppierungen, die im Schnitt zehn Prozent mehr Lohn gebracht hätte. In insgesamt fünf Runden, die von ersten Warnstreiks mit hoher Beteiligung begleitet wurden, bot die Arbeitgeberseite lediglich für kleine Teilgruppen Verbesserungen an. Ende April erklärte ver.di die Verhandlungen für gescheitert. In der folgenden Urabstimmung stimmten 93 Prozent (ver.di) bzw. 96 Prozent (GEW) für einen Arbeitskampf. Dieser begann am 8. Mai 2015 mit etwa 20.000 Beteiligten – anders als 2009 als unbefristeter, flächendeckender Erzwingungsstreik – und wuchs schnell auf 150.000 Beschäftigte an.

Erst am 28. Mai wurde ein erstes schriftliches Angebot vorgelegt, das inhaltlich nicht über die bereits vorgebrachte Position hinausging (Seppelt/Wodrich 2015: 49). Beteiligte gehen davon aus, dass von Beginn an auf Zeit gespielt wurde, um bis zu den Sommerferien durchzuhalten, in denen die Kitas ohnehin für einen längeren Zeitraum geschlossen sind, und nach denen die „Eingewöhnungsphase“ beginnt, die von vielen Beschäftigten als nicht bestreikbar angesehen wurde. Dass die VKA sich derart aufs Aussitzen verlegen konnte, liegt freilich an dem geringen ökonomischen Schaden, den ein Arbeitskampf in kommunalen Kitas anrichtet. Da in der Kinderbetreuung nicht im engeren Sinne produziert wird, bedeutet ein ausgefallener Arbeitstag nicht nur keine Produktionseinbußen, sondern sogar eine Kostenersparnis. Es muss kein Lohn gezahlt werden, und die entstehenden Probleme sind in erster Linie Probleme der Eltern und nicht der Arbeitgeber (vielleicht liegt hier auch die Antwort auf die Frage, warum in der Autoproduktion so viel mehr verdient wird als im Erziehungswesen).

Die gewerkschaftliche Strategie ist jedenfalls darauf verwiesen, öffentliche Unterstützung zu mobilisieren (Neubert in diesem Heft). Umfragen zeigten auch nach längerer Streikdauer ein hohes Maß an Unterstützung und großes Verständnis für die Forderungen. In den Kitas dürfte dafür nicht zuletzt die Art und Weise des Umgangs mit den Eltern verantwortlich gewesen sein – die Beschäftigten waren sich der Tatsache, dass sie mit den Eltern auch nach dem Streik



noch zusammenarbeiten müssen, sehr wohl bewusst (vgl. Kutlu 2015: 129). Auch scheint sich das Berufsethos der Erzieher\_innen von einem Streikhindernis zu einer Ressource im Konflikt verändert zu haben, indem ein Arbeitskampf nicht als schädlich für die Kinder betrachtet wird, sondern vielmehr als erforderlich zur Schaffung von Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Arbeit (vgl. Dörre u.a. 2016: 165).

Allerdings begann man bei ver.di offenbar um den Rückhalt zu fürchten, als das „Angebot“ der VKA (nach vier Wochen Streik) am 1. Juni Gegenstand von Verhandlungen war, nach deren neuerlichem Scheitern nicht auf die Fortführung des Streiks gesetzt wurde, sondern auf die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens samt Friedenspflicht. Spätestens an diesem Punkt traten gewerkschaftsinterne Konflikte offen zutage. Die Einschätzung, dass es für eine Fortführung des Streiks an Rückhalt bei Beschäftigten, Eltern und der sonstigen Öffentlichkeit mangle, wurde bei weitem nicht von allen geteilt. Insbesondere die Streikdelegiertenkonferenz (SDK) folgte der Gewerkschaftsführung nicht und setzte eine Mitgliederbefragung zum Schlichtungsergebnis durch, bei der knapp 70 Prozent das Ergebnis ablehnten. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings die Sommerferien schon begonnen und es war fraglich, ob die Streikdynamik danach wiedergewonnen werden könnte. Einem überarbeiteten Schlichtungsergebnis stimmten schließlich in einer neuerlichen Mitgliederbefragung im September gut 57 Prozent zu.

Die SDK ist ein besonderes Gremium, das erstmals im Arbeitskampf 2009 gebildet wurde, um der als mangelhaft empfundenen Repräsentanz des SuE-Bereiches in der Bundestarifkommission zu begegnen. Sie setzt sich zusammen aus Delegierten von Belegschaften, die sich am Streik beteiligen. Im Arbeitskampf 2015 kamen in diesem Gremium wiederholt etwa 300 Streikende aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen. Die SDK ist damit ein Ort, an dem der Arbeitskampf von den Beteiligten als bundesweite soziale Bewegung erfahren wird, auf deren Verlauf sie direkt und kurzfristig Einfluss nehmen können. Eine strukturelle Schwierigkeit dabei ist, dass die SDK als Vertretung der Streikenden die entschlossensten Betriebe und Regionen vertritt, wohingegen zögerliche Belegschaften nicht repräsentiert sind (Kutlu 2013). Nicht genau geklärt war das Verhältnis zur Bundestarifkommission. Diese wird nach den Regeln der repräsentativen Demokratie gebildet und setzt sich entsprechend meist aus langjährig Aktiven der Gewerkschaft zusammen. Der offene Konflikt mit der eigensinnigen SDK, die sich durch das Schlichtungsverfahren und -ergebnis übergangen sah – Delegierte berichten, dass sie von der Einleitung der Schlichtung aus den Medien erfuhren, statt über innergewerkschaftliche Kanäle –, war seitens der ver.di-Führung offenbar nicht in dieser Intensität erwartet worden.

## Arbeitskämpfe in den Krankenhäusern

Ein anderer Arbeitskampf, der im Jahr 2015 für ähnliche Schlagzeilen und Probleme bei ver.di gesorgt hat, ist die Auseinandersetzung an der Berliner Universitätsklinik Charité. Diese weist zum einen viele Parallelen zu den Kämpfen im SuE auf, hat aber auch gesundheits- und auch gewerkschaftspolitische Besonderheiten sowie eine eigene Vorgeschichte: In Krankenhäusern wurde bislang – nicht nur in Deutschland – selten gestreikt. In den 1990ern kam es zu vereinzelt Delegationsstreiks, bei denen einzelne Kolleg\_innen zu Streikkundgebungen delegiert wurden, während die Anderen normal weiterarbeiten. Alle Patient\_innen wurden versorgt, es entstand kein wirtschaftlicher Druck. In den 2000ern gab es einige Arbeitskämpfe, bei denen OPs bestreikt wurden, aber kaum Normal- und Intensivstationen. Aufsehen erregten zum ersten Mal die Streiks 2006. Z.B. wurde im Uniklinikum Homburg/Saar drei Monate lang für den Erhalt der Tarifbindung gestreikt; es folgte eine mediale Hexenjagd gegen die Streikenden, weil sie Patienten „im Stich ließen“. Ebenfalls 2006 kam es zu Streiks von nicht-ärztlichen Beschäftigten in Krankenhäusern und von Ärzt\_innen – organisiert vom Marburger Bund. Letzterer war durchaus umstritten und bestand oft aus dem vom Chefarzt erlaubten Abfeiern von Überstunden.

Noch im März 2014 schätzte die Wochenzeitung ZEIT das Pflegepersonal so ein:

„Deutsches Pflegepersonal streikt nicht. Das Idealbild der deutschen Krankenschwester leitet sich von der christlichen Ordensschwester her, und die rackert aus Nächstenliebe und für Gotteslohn. Streiken? Alle mögen streiken, Piloten, Lokführer, selbst Beamte und auch die Ärzte – die deutsche Schwester und ihre seltenere männliche Inkarnation, der Pfleger, bleiben am Krankenbett. Schlimmstenfalls gehen sie zur Demo, sofern für Vertretung gesorgt ist“ (Die ZEIT, 13. März 2014).

Allerdings waren 2014 schon längst andere Zeiten in deutschen Krankenhäusern angebrochen: Mit der Einführung einer anderen Finanzierung (über Fallpauschalen, siehe Soiland in diesem Heft) und kapitalistischer Konkurrenz sind die Abläufe in deutschen Krankenhäusern denen von Fabriken nachgebildet worden. Auf der anderen Seite schlugen die Kolleg\_innen in der Charité im Frühjahr 2011 ein neues Kapitel der Krankenhausgeschichte auf: Weil die Personaldecke besonders bei den Pflegekräften im Zuge der Ökonomisierung so dünn geworden war, dass die Notbesetzung aus der Notdienstvereinbarung von 2006 höher war als die reguläre Personalausstattung 2011, war an Streik im laufenden Betrieb nicht zu denken. Sie beschlossen deshalb den per Notdienstvereinbarung angekündigten Stations- und Bettenschließungsstreik. In der Streikbewegung mit dem Motto „300 Jahre Charité – 300 €“ wurden 1.500 Betten gesperrt, 90 Prozent

der Operationen fielen aus. Nach fünf Tagen erzielten die Kolleg\_innen ein gutes Ergebnis. Kurz darauf streikten die 2007 outgesourceten Servicemitarbeiter der Charité Facility Management GmbH (CFM) drei Monate lang für einen Tarifvertrag – noch erfolglos. Aber der „Aufstand der Töchter“ geht weiter.

Gestärkt durch die Streik-Erfahrung von 2011 trauten sich die Pflegekräfte der Charité noch mehr zu. Nachdem eine Befragung der KollegInnen ergeben hatte, dass sich die große Mehrheit mehr Personal wünscht, nahm die ver.di-Tarifkommission ihre Arbeit auf und entwickelte entsprechende Forderungen. Ein von der LINKEN in Auftrag gegebenes Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags klärte, dass die Forderung nach mehr Personal tariffähig sei, also nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Mit Unterstützung des 2013 gegründeten Bündnisses „BerlinerInnen für mehr Personal im Krankenhaus“ kam im Frühjahr 2015 die nächste Verhandlungsrunde: Wieder ohne Ergebnisse. Auch nach einem Warnstreik machte der Arbeitgeber kein akzeptables Angebot.

Im Juli 2015 traten die Kolleg\_innen dann in einen unbefristeten Streik für eine verbindliche Personalquote in der Charité. Mit dem Slogan „Mehr von uns ist besser für Alle“ und einer Notdienstvereinbarung im Rücken wurden 1.000 von 3.000 Betten „leergestreikt“, 20 Stationen geschlossen. Die Charité verzeichnete jeden Tag einen ökonomischen Schaden von 500.000 Euro. Patient\_innen kamen nicht zu Schaden, im Gegenteil: Es gab eine Pressekonferenz der Streikenden, bei der auch ein Patient sprach und den Kolleg\_innen volle Unterstützung attestierte, ebenso die Berliner Bevölkerung: Eine Umfrage des Berliner Kuriers, ob man den „Charité-Streik für angemessen“ halte, beantworteten 99 Prozent mit: Ja. „We are the 99 percent!“ feierten die KollegInnen den etwas ungelenten Slogan der Occupy-Bewegung aufnehmend. Prof. Dr. Ulrich Frei, der Ärztliche Direktor der Charité, kommentierte die gewerkschaftliche Strategie mit den Worten „Sie haben die Notdienstregelung zu einem Eskalationsinstrument gemacht“. In der Sache ist das zutreffend, und dieses Vorgehen sollte Früchte tragen. Nach elf Tagen wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Krankenhäuser ein Tarifvertrag über Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung im Krankenhaus vereinbart, der nun seiner schwierigen Umsetzung harrt ...

Doch das war nicht das einzig Besondere an diesem Arbeitskampf. Dass solche Auseinandersetzungen auch als Emanzipationschance ernst genommen werden können, zeigte die während des Streiks stattfindende von Aktivisten des Bündnisses und dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) organisierte „Streik-Uni“, in deren Rahmen mehr als 15 Workshops und Vorlesungen zu gewerkschafts- und gesundheitspolitischen Themen stattgefunden und an denen mehr als 300 Beschäftigte teilgenommen haben. In der zweiten Streikwoche

formulierten die Beschäftigten selbst Inhalte und Themen für die Seminare oder Workshops. Auch dies gelang mit mehreren Veranstaltungen. Die Idee sprach sich unter Krankenhausbeschäftigten in der ganzen Republik herum und im TVöD-Warnstreik im Frühjahr 2016 gab es in verschiedenen Städten ebenfalls kleinere Streik-Uni-Workshops. Irritierenderweise wurde dies in der offiziellen ver.di-Berichtserstattung über den Streik nicht erwähnt.

Hinsichtlich der Organisationsformen liegt die Besonderheit der Charité-Auseinandersetzungen im Konzept der so genannten Tarifberaterinnen: Vertreter\_innen aller Stations-Teams sollten an jedem entscheidenden Punkt gemeinsam mit der Tarifkommission diskutieren, damit es keine Abkoppelung der Gremien von der Basis gab, sondern gemeinsame Diskussion und enge Einbeziehung. Die Teams waren in den Verlauf des Arbeitskampfes eingebunden und konnten ihn aktiv mitgestalten, anstatt sich lediglich über das Ergebnis zu freuen oder zu klagen. Die Idee dahinter war, dass die Beschäftigten die Expert\_innen sind, die wissen wie viel Personal gebraucht wird. Die Treffen der Tarifberater\_innen waren mit oft mehr als 70 Teilnehmer\_innen sehr gut besucht und erwartungsgemäß war die Diskussion nicht einfach. Aber so kristallisierte sich eine Kerngruppe von gewerkschaftlich Aktiven heraus, von denen der Streik und alle Aktivitäten anschließend getragen wurde und wird. Die Voraussetzung dafür, Tarifberater\_in zu werden, war sehr niedrigschwellig. Eine ver.di-Mitgliedschaft war explizit nicht Voraussetzung. Auch wurde das Wort „Vertrauensleute“ vermieden. Freilich sind die meisten Tarifberater\_innen bereits ver.di-Mitglieder gewesen oder wie viele andere im Laufe der Auseinandersetzung eingetreten (alleine an der Charité 500 neue Mitglieder) – als Folge einer überzeugenden Gewerkschaftsarbeit, nicht als deren Voraussetzung.

Im Zuge der die Auseinandersetzungen begleitenden Bildungsarbeit wurde den Kolleg\_innen deutlich, dass ihr Kampf für eine Personalregelung mit der Perspektive auf eine Verallgemeinerung in Form einer gesetzlichen Regelung zugleich ein Angriff auf die Ökonomisierung des Gesundheitswesens ist. Die Kolleg\_innen fordern damit eine andere Logik als die des Marktes. Es geht um eine politische Planung und Steuerung, die orientiert sein soll an den Bedarfen, nicht an der betriebswirtschaftlichen Situation. Nur so können Pflegekräfte ihren Beruf gemäß dessen eigenem Ethos gut ausführen. Die Kolleg\_innen an der Charité gingen so weit, selbstbewusst Leistungseinschränkungen zu fordern, wenn es nicht genügend Personal gibt. Das kapitalistische quantitative Mehr wird von ihnen zugunsten qualitativer Kriterien in Frage gestellt. An diesem Punkt gestalten sich die laufenden Verhandlungen zur Umsetzung sehr schwierig, und der Tarifvertrag wird am 30. Juni 2017 auslaufen. Dann geht es in die nächste Runde.

Trotz aller Umsetzungsschwierigkeiten stellt der Charité-Vertrag ein Signal an die Politik dar und flankiert die Forderung nach gesetzlich geregelten Personalstandards. Darüber hinaus ist er eine Botschaft an die Beschäftigten in anderen Krankenhäusern. Wie sehr der Charité-Erfolg ermutigt hat, zeigt sich an den zwei Warnstreiktagen im Rahmen der Tarifverhandlungen zum TVöD, die am 25./26. April 2016 bundesweit stattfanden. In mehreren Krankenhäusern wurden die beiden Tage gewissermaßen für Testläufe genutzt, die Streikmethoden der Charité auszuprobieren – Betten- und Stationsschließungen – und sich so vorzubereiten auf die anstehenden Auseinandersetzungen um einen Entlastungstarifvertrag. Das Signal hatten allerdings auch die Arbeitgeber verstanden und reagierten zum Teil mit massiver Härte. Verantwortung gegenüber den Patient\_innen und das Berufsethos machen Arbeitsniederlegungen für die Beschäftigten schon immer schwer. Diesen Knoten hat erst die Streikstrategie an der Charité zum Platzen gebracht: Stationsschließungen sieben Tage vor Streik anzumelden, Bettenschließungen drei Tage vorher, und einen Notdienst selbstverständlich aufrechtzuerhalten. Die Streikleitung musste jederzeit gewährleisten, dass in einem Notfall das nötige Personal sofort wieder an die Arbeit geht. Diese Strategie hat sich als sehr sinnvoll erwiesen und den Beschäftigten die Last genommen, Schaden für Patient\_innen zu riskieren. Die Beschäftigten können vielmehr mit gutem Grund argumentieren, dass die „Normalbesetzung“ des Krankenhausalltags eine Gefahr für die Patient\_innen darstellt, nicht aber der Streik. Wenn die Arbeitgeber sich also weigern, eine Notdienstvereinbarung zu unterschreiben, haben die Beschäftigten zwar abstrakt das Recht zu streiken, konkret aber das Problem, dass sie die Station nicht verlassen können, so lange dort Patient\_innen unversorgt zurückbleiben.

Der Frühlingswind, der von den Charité-Erfolgen durchs ganze Land wehte, beflügelte viele Krankenhaus-Beschäftigte, es den KollegInnen nachzumachen. Von wegen, die Pflege streikt nicht! Als nächstes kündigte ver.di Saar/Trier an, einen landesweiten Kampf für mehr Personal in allen 21 Krankenhäusern des Saarlandes zu führen. In vielen weiteren Städten fingen Belegschaften während des letzten Jahres an, sich auf diesen Weg zu machen. Forste ver.di-Sekretäre kündigten gar im TV an, dass es zu einer bundesweiten Streikbewegung in deutschen Krankenhäusern kommen werde. Da wurde es wiederum der ver.di-Führung in Berlin, auch wegen der nicht ganz so vollen Streikkassen, mulmig und sie sah sich – ob zu Recht oder nicht – genötigt, Ordnung in den Prozess zu bringen. Diese sieht nun (2017) so aus, dass es in der Bewegung für Entlastung einen Dreiklang geben soll: Tarifliche Strategie (insgesamt ca. 20 Krankenhäuser aus allen Trägerschaften und aus jedem Bundesland sollen in den Arbeitskampf für

einen Tarifvertrag Entlastung geführt werden), betriebliche Strategie (ca. 80 KH machen Aktionen unterhalb der Streikebene, Ultimaten etc.) und politische Kampagnen für gesetzliche Personalbemessung auf der Ebene von parlamentarischer Einflussnahme, Öffentlichkeitsarbeit etc.

## Gemeinsamkeiten und Unterschiede von SuE und Krankenhäusern

Beschäftigte in sozialen Berufen müssen notgedrungen anders argumentieren als die Kolleg\_innen in den Industriegewerkschaften, die sich beim Entwickeln ihrer Lohnforderungen auf die Produktivitätsentwicklung und Inflation berufen können. Im Care-Bereich spielen ethische Konzepte eine deutlich höhere Rolle. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften argumentieren mit der Notwendigkeit gesellschaftlicher Aufwertung ihrer Tätigkeiten und setzen dabei voraus, dass die (Mehrheit in der) Gesellschaft den hohen ethischen Anspruch ihrer Profession und damit zusammenhängende Qualitätsansprüche teilt. Sie argumentieren damit, dass die aktuellen Bedingungen die Umsetzung genau dieser Qualitätsansprüche bzw. die Verwirklichung der ethischen Ansprüche verhindern. Diese Argumentationsmuster treffen nicht nur einen Nerv bei den Beschäftigten, sondern stoßen auch in der breiteren Öffentlichkeit auf große Sympathie. Bei der betrieblichen Macht sieht es dagegen unterschiedlich aus: In den Kitas geht sie gegen Null, in den Krankenhäusern, zumal in den privatisierten, ist sie zumindest, was die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen eines Streiks angeht, inzwischen relativ hoch. Je mehr dieser Sektor ökonomisiert wird, umso höher wird sie werden, ohne die Macht von streikenden Lokführern oder Autozuliefer-Betrieben erreichen, deren Streik ganze Industriezweige lahmlegen kann. Dennoch lässt sich feststellen, dass Privatisierungen und Ökonomisierung – zeitversetzt – eine zunehmende Konfliktrichtigkeit der „industriellen Beziehungen“ auch in nicht-industriellen Berufszweigen bedingen.

Doch steckt vielleicht noch mehr in der „logic of care“ in beiden Berufen? Ist das Berufsethos, das lange Zeit auch von den Beschäftigten in diesen Berufen selbst eher als Hindernis angesehen wurde, angesichts der Ökonomisierungsprozesse zur Ressource von Widerstand geworden? Entwickelt sich damit „eine Art Facharbeiterinnenbewusstsein“ (Vgl. Dörre u.a. 2016: 165) ähnlich dem in anderen Industrien, oder haben wir es hier, wegen der zum Teil eben nicht kapitalismuskompatiblen Inhalte der Arbeit, mit einer anderen Form von Klassenbewusstsein zu tun, das schneller als in anderen Branchen grundsätzlichere gesellschaftliche Fragen berührt: den Umgang mit Kranken, Pflegebedürftigen und Kindern, mithin den „unproduktiven“ Teilen der Gesellschaft? Stellen sich von hier aus

vielleicht schneller die grundsätzlichen Fragen, wie viel Kalkül wir zulassen in der Beziehung zu den „Schwächsten“ in der Gesellschaft?

In beiden Bereichen geht es auch um einen gewerkschaftsinternen Konflikt um Formen gewerkschaftlichen Engagements: Wie viel Demokratie? Wie viel Eigenverantwortung der Basis? Und in beiden Bereichen scheint das Mobilisierungspotential größer zu sein als (Teilen) der Führung lieb ist – die Basis hat Streik als Chance auf Emanzipation ernst genommen und entsprechende Erfahrungen gemacht. Das zeigen die Streikdelegierten, die Tarifberater\_innen und die „Streik-Uni“. Zugleich geht es hier um gewerkschaftliches Neuland, denn die Gewerkschaft bzw. die Beschäftigten argumentieren gesellschaftspolitisch. Gewerkschaftspraxis vertritt eine gesellschaftliche Utopie, die deutlich über Lohnprozente hinausgeht. Vermittelt über die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen werden Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders thematisiert, die sich nicht auf betriebswirtschaftliches Kalkül reduzieren lassen. Aber auch mit Blick auf Finanzierungsfragen werden in Krankenhäusern wie in der Kinderbetreuung durch die Arbeitskämpfe Probleme aufgeworfen, die nur im größeren Zusammenhang zu lösen sind – die Finanzierung der Krankenhäuser und Einrichtungen ist eine (verteilungs-)politische Frage (Steuern, Sozialversicherungen, Staatsausgaben ...). Das spricht allerdings nicht gegen gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, die erstmal „nur“ auf betrieblicher bzw. auf Branchenebene stattfinden: Mit Streiks in die Bredouille gebrachte Arbeitgeber können auch zu Verbündeten für einen größeren politischen Kurswechsel werden.

Für Gewerkschaften ergibt sich die Aufgabe, im Rahmen der laufenden Konflikte über größere Zusammenhänge aufzuklären und Sachzwangargumente der Gegenseite zu entmystifizieren. Anders ausgedrückt: Gewerkschaften haben gar keine andere Wahl, als solche Konflikte unter Wahrnehmung ihres gesellschaftspolitischen Mandats zu führen und ihr betriebs-/branchenbezogenes Handeln als einen Baustein im Kampf um eine gerechtere Wirtschaftsordnung zu rahmen. Ein stumpfes Schwarzer Peter-Spiel zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern unter Ausblendung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen ist für die nachhaltige Aktivierung von Beschäftigten eher hinderlich.

Es bleibt dabei aber das Problem, das zwar im Rahmen von Tarifaufeinandersetzungen und insbesondere im Rahmen von Streikaktivitäten wie Kundgebungen oder Veranstaltungen nach dem Vorbild der Streik-Uni alles Mögliche zum Thema gemacht werden kann, so dass die Diskussionen im Rahmen von Arbeitskämpfen in Verbindung mit der kollektiven Außer-Kraft-Setzung der Routine, des Alltags und mit der konkreten Erfahrung von Solidarität einen beachtlichen utopischen Überschuss freisetzen können – am Ende bleibt als unmittelbares, handfestes

Ergebnis dennoch nur das, was in Form eines Tarifvertrages festgehalten werden kann. Eine besondere Herausforderung dürfte darin bestehen zu verhindern, dass sich dieser Realitätsschock gegen das „Prinzip Gewerkschaft“ wendet. Noch besser ist allerdings, wenn schon beim Aufstellen der Forderungen tarifpolitische Kreativität waltet – so wie das mit der erstmaligen Tarifierung von Personalmindeststandards in der Charité gemacht wurde, statt wieder einzig bei einer Lohnforderung zu landen, die der Problemwahrnehmung der Beschäftigten nicht entsprechen kann, sondern bestenfalls ein laues Substitut für „Anerkennung“ und „Würde“ ist.

### Literatur

- Artus, Ingrid 2017: Das „ungewöhnlich intensive“ Streikjahr 2015. Ursachen, Ergebnisse, Perspektiven. In: Prokla Nr. 186, 1/2017, S. 145-162
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel 2016: Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West. Frankfurt a.M.
- Kutlu, Yalcin 2013: Partizipative Streikführung. Der Erzieherinnenstreik. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, S. 226-241
- 2015: Kampf um Anerkennung: Die Sozial- und Erziehungsdienste im Streik. In Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 103, September 2015, S. 126-140
- Seppelt, Jana 2015: SOS Kita: Wann, wenn nicht jetzt? Über Rahmenbedingungen frühkindlicher Bildung. In: Redaktion express (Hg.): Gewerkschaften und Care-Arbeit. Express-Texte 2009 bis 2015. Ränkeschmiede Nr. 23, S. 25-29
- Seppelt, Jana/Wodrich, Benjamin 2015: Wie weiter im Sozial- und Erziehungsdienst? Oder: Was wir aus der Tarifrunde lernen können. In Sozialismus 12/2015, S. 47-52

*Nadja Rakowitz, Kantstr. 10, 63477 Maintal*

*E-Mail: nadja.rakowitz@online.de*

*Stefan Schoppengerd, express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt*

*E-Mail: stefan.schoppengerd@posteo.de*



Wolfgang Hien

## „Man geht mit einem schlechten Gewissen nach Hause“ – Krankenhausarbeit unter Ökonomisierungsdruck

Arbeit im Krankenhaus – in betriebswirtschaftlicher Sicht: eine personenbezogene Dienstleistung – befindet sich in einer doppelt paradoxen Situation: Zum einen wird sie wie Industriearbeit organisiert, zum anderen sollen die Beschäftigten, wie in der Industrie auch, ihre ganze Persönlichkeit in die Arbeit einbringen. Dies führt unter dem herrschenden Ökonomisierungsdruck zu einer Erosion berufsethischer Handlungsebenen und in der Folge dessen zu moralischen Dissonanzen und Gewissensstress. Den sollen die Krankenhausarbeiter\_innen gleichsam als Privatperson alleine mit sich selbst ausmachen. Entscheidend ist die Frage der Personalmessung, die zu einem politischen und tarifpolitischen Thema gemacht werden muss. Eine betroffenenorientierte Arbeitswissenschaft kann, wenn sie ihrem eigenen Ethos sich verpflichtet fühlt, nicht „neutral“ bleiben. Sie muss den Beschäftigten helfen, gesundheitsgerechte Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

### Personalknappheit: ein politisch gewolltes Faktum

Krankenhausarbeit ist keine Industriearbeit, auch wenn mit einem gewissen Recht von der „Industrialisierung des Krankenhauses“ (Feuerstein 1997) oder der „Krankenhaus-Fabrik“ (VDÄÄ 2015) gesprochen werden kann. Die Arbeit von Schwestern, Pflegern und Ärzt\_innen im Krankenhaus war immer schon eine hochgradig anstrengende Arbeit, auch wenn es in den vergangenen Jahrzehnten zuweilen ein erhebliches Macht- und damit auch Gestaltungsgefälle zwischen Medizin und Pflege gegeben hat. In den 1970er und 1980er Jahren erlebten Versuche einer ganzheitlichen Behandlung und Pflege zwar eine erstaunliche Konjunktur, doch scheiterten die hoch gesteckten Ziele an den ökonomischen Rahmenbedingungen, letztlich an der Wertigkeit, dem das herrschende Gesellschaftssystem der Gesundheit beimisst. Ebenfalls in den 1970er und 1980er Jahren entstanden die Grundkonzepte zur Ökonomisierung und Vermarktlichung des Gesundheitswe-

sens, insbesondere auch der Krankenhäuser. Wie sieht die Situation heute aus? Die Kliniklandschaften weisen – weltweit – eine Mischung von patientenbezogener Behandlung und Bezugspflege einerseits und taylorisierten, d.h. zergliederten und unpersönlichen Behandlungs- und Pflegeabläufen andererseits auf. Wie viel Zuwendung und wie viel „Abfertigung“ jeweils dem Patienten und der Patientin zuteil werden, hängt von einer Vielzahl von ökonomischen, politischen, kulturellen sowie regional- und personalpolitischen Einflüssen ab, die sich im Zeitverlauf schnell ändern können. Die Privatisierungswelle, die wir gegenwärtig erleben, ist nur einer von vielen Faktoren. Mit gutem Recht kann von „kapitalistischer Landnahme“ (Krenn 2014) gesprochen werden. Der Ökonomisierungsdruck nimmt gewaltig zu, und dies nicht nur in privatisierten Krankenhäusern. Das zeigt sich – von einigen exklusiven Privatkliniken abgesehen – in mehr oder weniger radikalen Kürzungen des Personalbestandes bzw. der Personalbemessung. Zwischen 1991 und 2014 hat die Patientenfallzahl in Krankenhäusern von 14 Millionen auf knapp 19 Millionen jährlich zugenommen. Die Zahl der Krankenhaus-Beschäftigten blieb im gleichen Zeitraum mit 1,1 Millionen nahezu konstant. Die Rede vom „Fachkräftemangel in Krankenhäusern“ (Sachverständigenrat 2012) grenzt an eine ideologisierende Realitätsverzerrung. Tatsächlich baut das Management Stellen ab. Zu sehen ist der Versuch, Randbelegschaften auf Niedriglohnbasis aufzubauen. Einen Mangel gibt es nur insofern, als unter den gegebenen Arbeitsbedingungen, den tradierten Arbeitszeitmodellen, unter der Bedingungen einer befristeten Anstellung und einer zunehmend skandalös schlechten Entlohnung insbesondere jüngere qualifizierte Kräfte der Option einer Arbeit im Krankenhaus eher skeptisch gegenüberstehen.

Die Personalknappheit und die massive Arbeitsverdichtung in der Krankenhausarbeit sind politisch, gesundheitsökonomisch und betriebswirtschaftlich gewollt. Die Einführung der Fallpauschalen schuf den Rahmen, innerhalb dessen nun die Konzerne, die kirchlichen und sonstigen Träger und die noch kommunal gesteuerten Häuser – unterstützt und ermuntert von Heerscharen unternehmerischer Agenten – sich im Ökonomisierungswahn geradezu zu überbieten versuchen. Die Krankenhausarbeit ist von einer absurden Paradoxie gekennzeichnet: Zum einen sollen das medizinische und pflegerische Personal möglichst selbststeuernd und mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit die notwendige Arbeit leisten, zum anderen aber sollen Patient\_innen nicht mehr als Menschen, sondern als Wirtschaftsgüter betrachtet werden, die nicht nur kostendeckend, sondern gewinnbringend „bearbeitet“ werden müssen. Die „Gesundheitswirtschaft“ unterwirft ihre Beschäftigten gleichsam einem Doppelpostulat der Subjektivierung und Abstraktifizierung der Arbeit. Subjektivierung wird in diesem Zusammenhang

ausschließlich als Inkorporation unternehmerischen Denkens verstanden. Die Interaktions- und Gefühlsarbeit ist betriebswirtschaftlich dysfunktional und steht auf der „Kann-Wegfallen-Liste“. Die Folgen für die psychische Belastung der Krankenhausarbeiter\_innen sind verheerend. Sie kommen zunehmend in eine emotionale Klemme. Stichpunkte wie Gewissensstress und moralischer Distress im Krankenhaus sind bereits Gegenstand internationaler Studien (Houston et al. 2013; Whitehead et al. 2015). Der von der Arbeitssoziologie festgestellte Trend zur „Deprofessionalisierung von Gesundheitsfacharbeit“ (Bräutigam et al. 2014) trifft das Problem nur teilweise. Die Personalengpässe führen zur schleichenden Neo-Hierarchisierung der Krankenhausarbeit, sodass beispielsweise Essensanreicherung und sonstige patientennahe Hilfe zunehmend von Arbeitenden übernommen wird, die als „Assistent\_innen“ oder schlicht als „Hilfspersonal“ bezeichnet werden. Dies ist ein Trend, entscheidende Bereiche des Patientenkontaktes aus der Profession herauszunehmen. Zugleich werden dort, wo Entlastungen möglich wären, so z.B. in der Dokumentation, keine entsprechenden Fachkräfte eingestellt.

### Krankenhausarbeit zerrüttet die Gesundheit

Die Datenlage ist eindeutig: Krankenhausarbeit, insbesondere wenn sie mit wiederkehrender Nacharbeit verbunden ist, erhöht das Risiko für Diabetes 2 und Herz-Kreislaufkrankungen (Pan et al. 2011; Vetter et al. 2016). Auch die Sterblichkeit der Schwestern und Pfleger ist – das zeigt eine gerade veröffentlichte dänische Großstudie – signifikant erhöht (Jorgensen et al. 2017). Zu den „klassischen“ Belastungen kommen neue hinzu. Es ist hinreichend bekannt, dass mit dem demographischen Wandel auch die Arbeit im Krankenhaus vielfältiger und intensiver wird. Der höhere Altersdurchschnitt der Patient\_innen und die damit einhergehende Multimorbidität verlangen der Arbeit der versorgenden Fachkräfte viel ab. Die Arbeit der Pflegekräfte und in vielen Bereichen auch die Arbeit der Stationsärzt\_innen stößt angesichts der zunehmenden Belastungen an ihre Grenzen. Das stellen übereinstimmend alle empirischen Untersuchungen fest (Bräutigam et al. 2014). Doch werden diese empirischen Daten recht dünn, wenn es um die tiefere Beschreibung und Analyse der Belastungen und insbesondere der Grenzerfahrungen geht. Standardisierte Befragungen, ebenso wie standardisierte Beobachtungen, erfassen die betriebliche Wirklichkeit immer nur durch die Brille vorgegebener Kategorien und vorgegebene Schemata. Derartige Methoden sind zuweilen recht präzise, erfassen aber nur einen Teil der Wirklichkeit. Sie erfassen nicht das Ungeplante, Chaotische und Paradoxe der Wirklichkeit. Doch gerade diese Aspekte sind für Krankenhausarbeit typisch. Und sie sind es, die sich nicht

selten zu zeitweilig extremen psychischen Spitzenbelastungen anhäufen. Die Arbeit im Krankenhaus ist keine, die den normalen Regeln industrieller Arbeit folgt – auch wenn das manche Krankenhaus-Management-Systeme glauben machen wollen. Patient\_innen sind keine Werkstücke oder Autoteile, die bestimmte, einheitliche und genormte Arbeitsschritte erfordern. Solche sind zwar vonnöten, doch sie wechseln sich ab mit unbestimmten, variablen und zuweilen spontan-kreativen Arbeitsschritten, die weder genau vorplanbar noch genau evaluierbar sind. Das ärztliche und pflegerische Personal ist immer wieder mit Situationen konfrontiert, die an innere Zerreißproben grenzen, insbesondere dann, wenn berufsethische Fragen involviert sind. Dieser in der Literatur als „moral distress“ oder „stress of Conscience“ bezeichnete Gefühlszustand ist – gleichwohl er methodisch nur schwer zu erfassen ist – im skandinavischen Raum seit einigen Jahren Gegenstand arbeitswissenschaftlicher Studien (Glasberg et al. 2007; Ahlin et al. 2013; Houston et al. 2013; Tremolata et al. 2015; Whitehead et al. 2015). Die kausale Kette ist evident: Personalabbau, Durchrationalisierung, Zeitstress, zunächst noch Gewissensstress, auf mittlere und längere Sicht aber Burnoutsyndrome wie emotionale Erschöpfung und Depersonalisation, d.h. Gefühlskälte, moralische Gleichgültigkeit und Abstumpfung. Ahlin et al. (2013) finden bei schwedischen Schwestern fast ein Drittel emotional Erschöpfte. Das deutsche Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) fordert für jeden Arbeitsplatz bzw. Arbeitsplatztypus eine genaue Untersuchung und Beurteilung der gesundheitlichen Gefährdungen. Anders als in der Industrie braucht die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen im Krankenhaus eine Methode, die in der Lage ist, das Ungeplante, Chaotische und Paradoxe, die Zerrissenheit und den Gewissensdruck in Arbeitssituationen zu sehen, sich „hineinzuempfinden“, ggf. „mitzuerleben“, und diese Phänomene hinsichtlich angepasster arbeitswissenschaftlicher Kriterien einzuordnen und zu bewerten. Eine solche Methode ist die teilnehmende Beobachtung. Sie kann als arbeitsanalytische Methode verstanden werden, die den in schriftlichen Befragungen gewonnenen groben Tatbeständen feinanalytisch nachgeht (Hien 2016, S. 126-134). Mit Hilfe dieser Methode wurden vom Autor in den letzten Jahren mehrere Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt. Sie waren i.d.R. im Rahmen von betriebsverfassungsgesetzlichen Einigungsstellen initiiert und beauftragt worden, also im Rahmen von betrieblichen Interessenkonflikten.

Dass unangemessene Belastungen (sog. Fehlbelastungen) mit zunehmender Dauer und zunehmender Anzahl der Belastungsfaktoren das relative Risiko für psychische und psychosomatische Erkrankungen signifikant erhöhen, ist in arbeitswissenschaftlichen und epidemiologischen Studien vielfach belegt (Siegrist 2015). Als vorherrschende Einzeldiagnose sind die depressiven Erkrankungen zu

nennen, die eine große Schnittmenge mit dem – nicht als Krankheit im Sinne des ICD-Schlüssels anerkannten – Burnoutsyndrom aufweisen. Pflegekräfte haben eine Frühberentungsquote von 40 % und stehen damit gleichauf mit Maurern und anderen Schwerstarbeitern an der Spitze aller Frühberentungen (Hien 2009). Hauptdiagnosegruppen sind Muskel-, Skelett- und psychische Erkrankungen. Dass die hohe Erkrankungsrate der Krankenhausarbeiter\_innen mit den hohen physischen und psychischen Belastungen – und hier ist insbesondere der extreme Zeitdruck zu nennen – korreliert, steht als empirisches Faktum zweifelfrei fest (Hien 2009; Bartholomeyczik et al. 2009; Bräutigam et al. 2014). Doch mit der Anerkennung dieser Tatsache tut sich das Führungspersonal schwer. Es beharrt – bedauerlicherweise unterstützt von manchen psychologischen Unternehmensberatern – auf ihrer Ansicht, dass alleine die Persönlichkeitsstruktur und die mangelnde Resilienz für die steigende Zahl psychischer und psychosomatischer Erkrankungen verantwortlich seien. Selbstredend variieren die Individualitäten und damit auch die „mitgebrachten“ Resilienzen. Die Vielzahl der Studien zeigt jedoch, dass hohe Arbeitsbelastungen, welche im Zeitverlauf anhalten, sowohl durchschnittlich als auch bei der Untergruppe besonders Resilienter gesundheitliche Schäden hervorrufen. Die inneren Belastungen bzw. Beanspruchungen setzten mehr oder weniger schnell Effekte, die sich anhäufen und im weiteren Verlauf zu manifesten Erkrankungen ausformen können, z.B. (Benkert 2005):

- Hypertonie und Herz-Kreislauf-Schäden,
- Verspannungen und Rückenerkrankungen,
- cortisolbedingte Erniedrigung des Serotonins,
- Zunahme psychischer Erschöpfung,
- Depression, Depersonalisation und
- somatoforme Störungen.

Die gleichen neuro-psychischen Auswirkungen sind zu erwarten, wenn die chronische Angst vor wiederkehrenden Stress-Situationen einen dauerhaften inneren Stress – eine psychische Fehlbeanspruchung – erzeugt. Hat die Angst einen realen Erfahrungshintergrund, ist sie also eine Realangst und keine neurotische Angst, muss die in den realen Bedingungen verortete Ursache bearbeitet werden. Geschieht dies nicht, verfestigt sich die Realangst zu einem dauerhaften gesundheitlichen Risiko (Hüther 1997).

### Gefährdungsbeurteilungen: Beispiele aus zwei Kliniken

Im Rahmen einer einwöchigen teilnehmenden Beobachtung insbesondere in der Nachtschicht – in einer Pflegestation einer Fachklinik hat der Autor eine

Fülle von Beobachtungsinterviews durchgeführt. Die Belegungssituation der Station mit einer Mischung aus längeren Belegzeiten und ambulanten Fällen und die Krankheitsbilder, in denen sich Haupterkrankungen und gleichzeitige Folge- und Nebenerkrankungen summieren, führte u.a. zu großen Problemen bei der Vorbereitung und Durchführung der Medikamentengabe, die aus Sicht des Arbeitswissenschaftlers vor allem der unzulänglichen Personalbesetzung im Drei-Schicht-System geschuldet ist.

Tätigkeiten wie das Tablettenstellen erfordern ein Höchstmaß an Konzentration, werden aber durch „Patientenklängen“ unterbrochen. Der Absprachebedarf zwischen den Schichten und Stationen ist beträchtlich.

Die beobachteten Pflegekräfte wie ihre Kolleg\_innen wiesen den Arbeitswissenschaftler eindringlich darauf hin, dass die für eine „gute Pflege“ notwendige Einfühlungs- und Kommunikationsarbeit nur mangelhaft bis ungenügend geleistet werden kann. Man gehe oftmals in dem Gefühl nach Hause, seine Arbeit „nur unvollständig“, „nicht richtig“, „nicht ordentlich“, „zu oberflächlich“ gemacht zu haben. So bliebe nicht aus, „dass man sich zu Hause Sorgen über einzelne Patienten“ mache: Im Kopf liefen dann nochmal bestimmte Szenen ab und es stellten sich teilweise massive Gewissensbisse ein, bestimmte Dinge nicht getan zu haben. Zugleich kämen freilich Legitimationsgedanken, dass dafür die Zeit einfach nicht reiche. Dies führe zu inneren Zerrissenheiten zwischen eigenen berufsethischen Ansprüchen und der tatsächlich geleisteten und tatsächlich leistbaren Arbeit. „Man geht mit einem schlechten Gewissen nach Hause“, so eine oft gehörte Aussage. Im arbeitswissenschaftlichen Gutachten musste angesichts der beobachteten Situation und deren Bewertung die Empfehlung ausgesprochen werden, die Nachtwache auf einer Station um eine weitere Fachkraft aufzustocken. Die Unternehmensleitung akzeptierte dies nicht und holte ein weiteres Gutachten ein, das aber letztlich zum gleichen Ergebnis kam, sodass ein entsprechender Einigungsstellenspruch erfolgte. Doch die Auseinandersetzungen im Betrieb gehen weiter.

In einer weiteren Beobachtung im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung auf einer pädiatrischen Station konnten vom Autor ebensolche Belastungen bei den dort tätigen Assistenzärzt\_innen festgestellt werden. Zusammengefasst überlagerten sich Belastungen durch Doppelfunktionen („Station plus Notaufnahme“) mit Überforderungsgefühlen und -belastungen bei den sich noch in Ausbildung befindlichen Ärzt\_innen, die mit der Aussage „Man hat mehr Verantwortung als man tragen kann!“ auf den Punkte gebracht werden. Die Folgen, z.B. der Mitnahme der Probleme in die arbeitsfreie Zeit oder berufsethische Zweifel an der eigenen fachlichen Arbeit zeigen, dass die Belastungen der ökonomisierten

Krankenhausarbeit auf den jeweiligen Hierarchieebenen je spezifisch begründet und ausgeprägt sind.

### Das Dilemma betroffenenorientierter Wissenschaft

In beiden Kliniken, in denen die Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt wurden, bestehen die Einigungsstellen weiter. Die Juristen der jeweiligen Betriebsparteien sowie der jeweils vorsitzende Arbeitsrichter sind in eine weitreichende Auseinandersetzung darüber eingetreten, inwieweit Personalbemessungsfragen durch das ArbSchG abgedeckt sind oder nicht. So ist am Falle der Pflege-Nachtschicht beispielsweise die Frage aufgeworfen worden, ob nicht bestimmte Arbeitsschritte wie das Tablettenstellen bereits in der Spätschicht bewerkstelligt werden können. Dies wäre eine mögliche und eine aus chronobiologischer Sicht durchaus sinnvolle Variante, würde aber bedeuten, die durch diese arbeitsorganisatorische Veränderung induzierte Belastungserhöhung erneut zu untersuchen und Maßnahmen zu deren Bewältigung, ggf. erneut personalpolitische Maßnahmen, in die Diskussion zu bringen. Im Falle des ärztlichen Dienstes in der Pädiatrie führte die Empfehlung des Arbeitswissenschaftlers zu gravierenden Verwerfungen, d.h. die Personalverwaltung beharrte auf der Auffassung, dass personalpolitische Maßnahmen nicht zum Setting einer Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen gehören und der Arbeitswissenschaftler somit seinen Auftrag verfehlt habe. Personelle bzw. personalpolitische Maßnahmen erlaubt hingegen das ArbSchG insofern ausdrücklich, als „unzureichende Qualifikation und Unterweisung der Beschäftigten“ als Gefährdung benannt werden und Maßnahmen so zu gestalten sind, dass „Arbeitsorganisation“, „soziale Beziehungen“, „Arbeitszeit“ und sonstige Arbeits- und Umweltbedingungen sachgerecht zu verknüpfen sind. Die Außerkraftsetzung der Ruhebereitschaft beispielsweise ist ein Gefährdungsfaktor, dem alleine durch eine Personalanpassung zu begegnen ist.

Das sieht auch eine Kammer des Arbeitsgerichts Berlin so, das über eine Klage der Charité-Leitung gegen eine mit Streikaktionen geführte Tarifausschließung bzw. gegen die Gewerkschaft ver.di zu befinden hatte. Die Beschäftigten der Berliner Uniklinik Charité waren die ersten, die mehr Personal tariflich durchsetzen wollten und dies auch teilweise durchgesetzt haben. Erstmals wurden für bestimmte Bereiche, wie z.B. für die Kinderklinik und insbesondere für die Intensivmedizin, Mindestbesetzungen festgeschrieben. Ein von den Betriebsparteien paritätisch besetzter Ausschuss wacht über die Einhaltung. Die Charité hat dagegen geklagt, mit dem Argument, dies sei ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Das Berliner Arbeitsgericht stellte demgegenüber fest: „Unternehme-



rische Freiheit hört dort auf, wo der Gesundheitsschutz für die Beschäftigten anfängt“ (zit. nach: Langenberg 2016). Selbstredend gehen die juristischen Auseinandersetzungen weiter, und wie immer in der Geschichte wird auch die Frage der Personalbemessung durch die betrieblichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse entschieden.

In welcher Situation befinden sich arbeitswissenschaftliche Gutachter, die ihren Auftrag nicht nur als Geschäftsfeld, sondern als Engagement für die Beschäftigten und insgesamt für menschenwürdige Verhältnisse begreifen? Bei einem Blick auf die neuere Geschichte springt der Kampf der italienischen Arbeiter\_innen Anfang der 1970er Jahre bei Fiat, Olivetti und vielen weiteren Fabriken Norditaliens für eine andere Arbeitsmedizin, für eine Arbeitermedizin, ins Auge (Wintersberger 1988). Denn nicht die Arbeit, sondern die Arbeiter\_innen sollen geschützt werden. Ganz entscheidend war das Motto: „Non delegata!“ Nicht die medizinischen Experten, d.h. die Betriebsärzte, sollten über Gesundheit und Krankheit entscheiden, sondern die Beschäftigten selbst. Denn die Betriebsärzte standen zu dieser Zeit überwiegend noch in der Tradition der faschistischen Selektions- und Leistungsmedizin. Es galt also, so etwas wie Betriebsgesundheitsgruppen zu bilden, die die Belastungen erheben und beurteilen sollten, durchaus mit Unterstützung außerbetrieblicher betroffenenorientierter Expert\_innen, um schließlich und endlich betriebliche Strategien zur Verbesserungen der Arbeitsplatzverhältnisse zu entwickeln und durchzusetzen. In dieser Tradition der betroffenenorientierten Expert\_innen sehen sich Arbeitswissenschaftler\_innen, die mittels teilnehmender Beobachtung oder mittels Gesundheitszirkel oder Arbeitssituationsanalysen versuchen, gesundheitsschützende Maßnahmen vorzuschlagen und auf die Agenda zu setzen. Derartige Vorschläge liegen seitens der Beschäftigten ohnehin „in der Luft“ – sie müssen nur noch einmal klar formuliert und ggf. mit wissenschaftlichen Argumenten untermauert werden. Dies bringt freilich die darin involvierten Arbeitswissenschaftler\_innen in ein Dilemma. Denn lege artis sollen sie „wertneutral“ wirken. Doch eine Wissenschaftlichkeit, die über das instrumentelle Erkenntnisinteresse hinausgeht, d.h. eine Wissenschaft, der zugleich ein kommunikatives und emanzipatorisches Erkenntnisinteresse eigen ist (Habermas 1968), muss in der Konsequenz Partei ergreifen. Dies steht im Gegensatz zur Rollenzuweisung, wie sie nicht zuletzt vom Betriebsverfassungsgesetz formuliert wird. Es wird ein Wille zum Konsens gefordert. Doch wenn die Unternehmensseite in teilweise hoch aggressiver Form Tabuzonen errichtet und Wissenschaftler\_innen diffamiert, die sich schlicht und einfach für Gesundheitsschutz einsetzen, der diesen Namen verdient, ist das Koordinatensystem verschoben. Bei Personalbemessungsfragen hat ein Klassenkampf von oben eingesetzt. Die Unternehmensseite

hat eine Grenze überschritten, jenseits derer konsensuale Beratungen wenig Sinn machen. Betroffenenorientierte Betriebsärzt\_innen sind in einer ähnlich misslichen Lage. Auch sie können nur in einem dauerangespannten Konfliktkontext versuchen, eine persönlich halbwegs erträgliche Linie einzuhalten. Abzuraten ist vom Einzelkampf-Dasein, d.h. auf jeden Fall sind betriebliche und überbetriebliche Bündnisse erforderlich. Auch gewerkschaftsintern gilt es, um diese Fragen zu werben und zu kämpfen. Beschäftigte im Saarland haben die tarifpolitische Initiative der Charité-Belegschaft aufgegriffen. Die Linke und Teile von SPD und Grünen fordern die Wiedereinführung einer gesetzlichen Pflege-Personal-Regelung (PPR), die in den 1990er Jahren ausgesetzt worden war. Es ist zu hoffen, dass diese Initiativen sich fortsetzen und verbreiten werden.

### Welchen Beitrag kann Arbeitswissenschaft leisten?

Es ist dringend angezeigt, die Arbeitssituation der Krankenhausarbeiter\_innen hinsichtlich ihrer Belastungen arbeitswissenschaftlich anders, d.h. tiefgreifender und in einer die ethisch-moralischen Aspekte ihrer Arbeit umfassenden Art und Weise zu untersuchen. Die teilnehmende arbeitswissenschaftliche Beobachtung ermöglicht handlungstheoretisch und praktisch eine Verzahnung von Deskription, Analyse und Handlungsperspektive. Aus sozial-, arbeits- und organisationswissenschaftlicher Sicht ist es unerlässlich, den partizipativen Untersuchungsprozess durch externe Arbeitswissenschaftler\_innen durchführen zu lassen sowie im weiteren Verlauf die Auseinandersetzungen durch Moderator\_innen und Supervisor\_innen zu begleiten. Hier bieten sich themenorientierte „Werkstattzirkel“ aus interessierten Ärzten, Pflegekräften, Patientenvertreter\_innen und weiteren Expert\_innen an, in denen der Personalschlüssel und Personalbesetzungsfragen, aber auch beispielsweise eine verbesserte Aufnahmeprozedur, ein verbessertes Bettenmanagement, neue Arbeitszeitmodelle und die Einführung geeigneter Krankenhaus-Informationssysteme diskutiert und begleitet werden könnten. Der Umstand, dass Konzerne und Unternehmensorganisationen auf Leitungsebene Entscheidungen treffen, die das Arbeiten und Leben der Mitarbeiter\_innen nachhaltig beeinflussen, ohne dass diese im Vorfeld auch nur wirksame Korrekturen, zu schweigen von anderen Modellen und Vorgehensweisen, einbringen könnten, ist unerträglich. Veränderungen, die sich an einem menschlichen Maß orientieren, sind nur denkbar, wenn der Macht der Ökonomie und ihrer Agenten eine Gegenmacht gegenübergestellt wird. Diese zu entwickeln, ist eine übergreifende politische und gewerkschaftliche Aufgabe, die durch genaue und teilnehmende Arbeitsanalysen unterstützt werden kann.

Die vorgestellten negativen Befunde zur Situation in Krankenhäusern weisen zwingend auf die makropolitische Dimension, d.h. auf die Frage, welchen Stellenwert Gesundheit und die Versorgung Kranker in der Gesellschaft haben soll. Es geht letztlich um die Frage, ob das Gesundheitswesen weiter der Vermarktlichung unterworfen werden soll. Die Alternative wäre die Wiedergewinnung einer gemeinwirtschaftlichen Orientierung, innerhalb derer stationäre, ambulante und sozialraumbezogene Handlungsebenen miteinander verbunden werden. Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Umkehr, die zu Recht als „care revolution“ bezeichnet wird (Winker 2015).

### Literatur

- Ahlin, J. et al. 2013: Longitudinal relationships between stress of Conscience and concepts in importance. *Nursing Ethics* 20 (8), S. 927-942
- Bartholomeyczik, S. et al. 2009: Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Dortmund/Berli/Dresden
- Benkert, O. 2005: Stress-Depression. Die neue Volkskrankheit und was man dagegen tun kann. München
- Bräutigam, C. et al. 2014: Arbeitsreport Krankenhaus. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 306. Düsseldorf
- Feuerstein, G. 1997: Industrialisierung des Krankenhauses? In: Rehberg, K.-S. (Hg.): Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften. Opladen, S. 278-282
- Glasberg, A.L. 2007: Burnout and 'stress of conscience' among healthcare personnel. *Journal of Advances Nursing* 57, S. 392-403
- Habermas, J. 1968: Erkenntnis und Interesse. In: Derselbe: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt a.M., S. 146-168
- Hien, W. 2009: Pflegen bis 67? Die gesundheitliche Situation älterer Pflegekräfte. Frankfurt a.M.
- 2016: Kranke Arbeitswelt. Ethische und sozialkulturelle Perspektiven. Hamburg: VSA.
- Houston, S. et al. 2013: The intensity and frequency of moral distress among different healthcare disciplines. *Journal of Clinical Ethics* 24, S. 98-112
- Hüther, G. 1997: Biologie der Angst – Wie aus Stress Gefühle werden. Göttingen.
- Jorgensen, J.T. et al. 2017: Shift work and overall and cause-specific mortality in the danish nurse cohort. *Scand J Work Environ Health* 43 (2), S. 117-126.
- Krenn, M. 2014: Kapitalistische Dynamik und die gesellschaftliche Organisation von Pflege- und Sorgearbeit. Working Paper der DFG-Forscherinnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena
- Langenberg, H. 2016: Operation Entlastung, Verdi Publik – die Mitgliederzeitung, Nr. 7/2016, S. 1
- Pan, A. et al. 2011: Rotating night shift work and risk of typ 2 diabetes: two prospective cohort studies in women. *PLoS Med* 8: e1001141

- Siegrist, J. 2005: *Medizinische Soziologie*. 6. Auflage. München
- 2015: Arbeitswelt und stressbedingte Erkrankungen. Forschungsevidenz und präventive Maßnahmen. München
- Tremolata, M. et al. 2015: Stress, burnout and job satisfaction in 470 health professionals in 98 apheresis units in Italy: A SIdEM collaborative study. *J Clinical Apheresis*
- Vetter, C. et al. 2016: Association between rotating night shift work an risk of coronary hart diseases among women. *JAMA* 315 (16), S. 1726-1734
- VDÄÄ (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte) 2015: Einladung zur Mitarbeit an einer Kampagne gegen die DRGs Schluss mit der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens! URL: <http://krankenhaus-oder-fabrik.de>
- Whitehead, P.B. et al. 2015: Moral distress among healthcare professionals: report of an institution-wide survey. *Journal of Nursing Scholarship* 47, S. 117-125
- Winker, G. 2015: *Care Revolution*. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld
- Wintersberger, H. 1988: *Arbeitermedizin in Italien*. Eine Kulturrevolution im Spannungsfeld von Arbeit und Gesundheit. Berlin

Wolfgang Hien

E-Mail: [kontakt@wolfgang-hien.de](mailto:kontakt@wolfgang-hien.de)

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

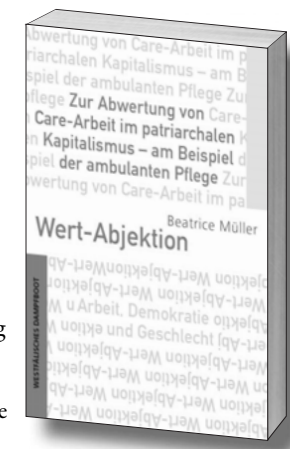
Beatrice Müller

### Wert-Abjektion

Zur Abwertung von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus - am Beispiel der ambulanten Pflege (Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 24)

2016 - 232 Seiten - 27,90 €  
ISBN: 978-3-89691-856-7

Die Themen Care und Care-Arbeit sind in den vergangenen Jahren verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt. Im feministischen Diskurs spielt dabei häufig die Abwertung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit eine zentrale Rolle. Im Kontext feministisch-marxistischer Theorien geht Beatrice Müller der Frage nach, wie diese Abwertung zu erklären ist.





Nadja Rakowitz & Stefan Schoppengerd

## Ökonomisierung und Proteste im Gesundheitswesen in den USA

Ein Interview mit Kolleginnen der  
New York Nurses Association

In einem Aufsatz aus dem Jahr 2014 über „Wettbewerb und Konflikte. Gewerkschaften der Beschäftigten und in der Krankenhausbranche in den USA wachsen“ vertritt der Gewerkschaftsforscher und -aktivist Kim Moody die These, dass die Ökonomisierung der Krankenhausbranche und der daraus resultierende Druck auf die Beschäftigten dazu führen, dass die Gewerkschaften der Krankenhausbeschäftigten in den USA – gegen den allgemeinen gesellschaftlichen Trend – Zulauf bekommen. Im verschärften, aber spezifischen Wettbewerb im privatisierten Krankenhaussystem bedient sich das Management, so Moody, der Methoden der ‘lean production’, wie man sie aus der Industrie kennt. Krankenhäuser werden, ganz wie in Deutschland, immer mehr in Fabriken verwandelt – mit dem Ergebnis, dass sich die Beschäftigten immer mehr gewerkschaftlich zusammenschließen und manchmal auch schon wie Fabrikarbeiter zur Wehr setzen. Spezifisch seien die Bedingungen des Wettbewerbs und der Auseinandersetzungen der Beschäftigten mit den Arbeitgebern auch deshalb, weil im Falle der Krankenhäuser in der Regel nicht glaubhaft mit Schließung oder Verlagerung (ins billigere Ausland) gedroht werden kann. Das Argument der Krankenhausbetreiber, dass – sachfremde – gewerkschaftliche Eigeninteressen in Konflikt geraten könnten mit der professionellen Arbeit und der Patient\_innenversorgung, kontern die US-Gewerkschaften – ganz ähnlich wie die Kolleg\_innen z.B. an der Charité – damit, dass es die Maßnahmen des Managements und der ökonomische Druck sind, die die Qualität der Versorgung gefährden. Auch die US-Gewerkschaften kämpfen deshalb für bessere und gesetzliche Personalschlüssel bzw. Pflege-Patient\_innen-Quoten im Krankenhaus. Indem sie diese Ziele mit anderen gewerkschaftlichen Zielen, wie Festanstellungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Überstundenregelungen, höhere Löhne etc. verbinden, gelingt

es den Gewerkschaften, immer mehr Mitglieder in der Berufsgruppe zu gewinnen, der man auch den USA nachsagte, dass sie nicht streiken. „We do not strike unless we have to ...“ sagt eine der von uns interviewten Kolleginnen der New York Nurses Association (NYSNA), die auch Moody in seinem Text als Beispiel für die Veränderungen erwähnt. Dennoch haben auch die US-Gewerkschaften nach wie vor das Problem, dass der Organisationsgrad mit ca. 15 Prozent sehr niedrig ist. Das liege zum einen an der großen Fluktuation von Beschäftigten in den Krankenhäusern wegen mangelnder Festanstellungen, aber auch an den geringen Ressourcen, die US-Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Dennoch sieht Moody in der andauernden und sich verschärfenden Ökonomisierung auch eine Chance auf eine weitere gewerkschaftliche Organisation in den Krankenhäusern.

Wir hatten am 9. Juni dieses Jahres die Möglichkeit, mit zwei Kolleginnen der New York Nurses Association, Marsha Niemeijer und Theresa Schloth, zu sprechen und sie zu fragen, ob sie die Thesen von Kim Moody teilen und in welchen Konflikten sie gerade stecken. Sie waren nach Deutschland gekommen, um hier KollegInnen zu treffen, die bei Fresenius arbeiten, und mit diesen mögliche gemeinsame Strategien zu diskutieren, da Fresenius in den USA extrem gewerkschaftsfeindlich agiert. Außerdem haben sie mit KollegInnen von der Charité und von ver.di über den Kampf für eine gesetzliche Personalquote gesprochen.

*Marsha Niemeijer:* Der Kampf um sichere Personalbemessung findet auf mehreren Ebenen statt. Wir haben unsere jährliche Lobbyveranstaltung, bei der wir mit tausenden Pflegerinnen nach Albany, die Hauptstadt des Bundesstaates New York, fahren, um mit den Vertreter\_innen der Legislative zu sprechen. Letztes Jahr wurde unser Gesetzesvorschlag, nachdem wir drei oder vier Jahre darum gerungen haben, das erste Mal im Unterhaus angenommen. Im Staat New York muss ein Gesetz durch alle Ausschüsse, dann geht es ins Unterhaus, wenn es dort angenommen wird, muss der Senat zustimmen, und dann muss es vom Gouverneur unterzeichnet werden. Wenn es nicht all diese Schritte in einer Wahlperiode nimmt, muss man ganz von vorn anfangen.

Es ging also durchs Unterhaus, kam aber nicht mehr in den Senat. Unser Problem ist, dass es im Senat keine Mehrheit der Demokraten gibt, die das Gesetz unterstützen. Deswegen haben wir uns auch um eine neue Sitzverteilung bemüht. Es gab einen vakanten Senatsposten in Long Island, und NYSNA und andere Gewerkschaften haben sich mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass dieser Sitz mit einem Demokraten besetzt wird, Todd Kaminsky, der jetzt unser Senator ist. Außerdem gibt es eine ehemalige Community Organizerin von NYSNA, Marisol Alcantara, die für einen Senatsitz kandidiert und gewonnen hat. Sie ist die erste

Frau lateinamerikanischer Abstammung im Senat und vertritt dort Northern Manhattan und Washington Heights.

Außerdem haben wir die Kampagne für Patient\_innensicherheit aufgebaut. Sie ist ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften und etlichen Initiativen, Stadtteilgruppen usw. Und wir organisieren das Pflegepersonal im Alltag, damit sie aktiv werden, wenn die Betreuungsrelation wirklich kritisch wird. In meiner Einrichtung haben wir ein Verhältnis von eins zu sechs bei normalen Patient\_innen. Aber es kann vorkommen, dass an einem Tag alle sechs beatmet werden, was dazu führt, dass die Behandlung bei weitem nicht mehr so unkompliziert ist. Oder es kommen Patient\_innen mit komplizierterer Medikation. Wir haben viele Patient\_innen mit hohem Sturzrisiko, die aus dem Bett aufstehen und fallen. Oder Leute, die desorientiert sind und einfach die Station verlassen. Oder Patient\_innen, die Wundversorgung benötigen.

In meinem Krankenhaus in der Bronx gehen wir mit Personalproblemen beispielsweise zum Ortsbeirat (Community Board). Wenn wir dafür sorgen, dass Intensivpfleger\_innen aus der Neonatologie oder Beschäftigte aus der Notfallversorgung dort sprechen, kann es sein, dass der Ortsbeirat sagt: wir haben die gleichen Probleme wie ihr! Wenn wir in die Notaufnahme gehen, ist fraglich, ob wir ein Bett bekommen, und wenn ja, ob es einen Raum dafür gibt, oder ob wir auf dem Gang liegen, oder sogar einfach einen Stuhl im Gang bekommen, weil das Krankenhaus derart überfüllt ist. Wir arbeiten also viel mit dem Ortsbeirat zusammen.

Wir haben bereits eine Reihe Tarifverträge abgeschlossen, die Betreuungsschlüssel enthalten. Es sind nicht die gleichen Schlüssel, die wir in dem Gesetz wollen. Wir versuchen also, bessere Abschlüsse mit besseren Schlüsseln auszuhandeln, oder zumindest die Krankenhäuser dazu zu bringen, mehr Pflegepersonal einzustellen, wenn sie keine vertragliche Vereinbarung über Betreuungsschlüssel unterzeichnen wollen.

Viele Krankenhäuser wollen so genannte Hybrid-Stationen schaffen. Wir bemühen uns darum, eine Station so genau wie möglich zu definieren – Chirurgie, Kardiologie, Intensivstation – aber in den gemischten Stationen ist es für uns schwerer, die Betreuungsschlüssel festzulegen. Sie sind eine Mischung aus Kardiologie und Intensivstation. Es gibt bei uns so eine gemischte Station mit zehn Betten, die immer mit drei Pfleger\_innen besetzt wird – so lang wie sich niemand krank meldet, dann kümmert sich niemand um Ersatz – und es spielt dabei keine Rolle, ob sie zwei oder sechs Intensivpatient\_innen da haben.

Ich glaube, die Patient\_innen in New York sind im Schnitt kränker als in Deutschland. Die großen Unterschiede zwischen den beiden Gesundheitssystemen

men bedeuten auch, dass wir wesentlich weniger Vorsorge haben. Viele Patient\_innen kommen mit multiplen Erkrankungen zu uns. Diabetes ist weit verbreitet, hoher Blutdruck, chronische Herzerkrankungen ...

New York ist in seinen Außenbezirken sehr arm. Es gibt dort viele Leute, die keine ärztliche Untersuchung in Anspruch nehmen, obwohl sie zum Beispiel Schwellungen haben, hohen Blutdruck, Appetitlosigkeit ... Viele dieser Menschen leben in Stadtvierteln, in denen die Supermärkte zugemacht haben. Sie leben von Essensmarken, haben aber keinen Zugang zu Geschäften mit Frischware, sondern nur zu Kiosken oder Fast Food-Läden. Und Leute, die in drei verschiedenen Jobs arbeiten, haben zweitens keine Zeit, sich gesund zu ernähren, sie haben keine Zeit zum Arzt zu gehen, und drittens gab es bis ungefähr vor zwei Jahren kein Gesetz zu Krankheitstagen. Für Leute in gewerkschaftsfreien Betrieben gab es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Drei oder vier Jahre lang hat sich ein großes Bündnis für ein Gesetz gekämpft, das festlegt, dass Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten das Recht auf Lohnfortzahlung für 40 Stunden pro Jahr haben.

Hinzu kommen die Umweltfaktoren. Die Bronx gehört zu den kränksten Gemeinden des Landes. Was man dort sehr häufig findet, ist Asthma, wegen all der Straßen. Man kann alle Präventivmedizin der Welt auffahren, aber wenn man weiter diesen Dreck einatmet ... Ich denke, es ist das gesamte soziale Gefüge, das gesamte ökonomische Gefüge, das dazu führt, dass wir sehr kranke Patient\_innen haben, und manchmal können sie sich nicht um sich selbst kümmern, weil sie keine Krankenversicherung und keine Lohnfortzahlung haben und keine Zeit, zum Arzt zu gehen.

Wir sind darüber hinaus in der Klimaschutzbewegung aktiv und nehmen an allen großen Demonstrationen teil – zur großen Frauendemo in Washington anlässlich der Amtseinführung Donald Trumps haben wir drei Busse geschickt. Vor zwei Tagen hatten wir eine sehr große Demonstration in New York, die sich gegen Trump und seine Gesundheitsreform gerichtet hat.

*Theresa Schloth:* Fresenius ist in den USA einer von beiden großen Anbietern von Dialyседienstleistungen und beschäftigt etwa 116.000 Menschen. Wir fordern höhere Löhne, eine Neuverhandlung der Altersversorgung und vor allem die Wiedereinführung der sogenannten Bewährungsaufstiege. Zudem muss dringend mehr Pflegepersonal eingestellt werden. Natürlich beklagt Fresenius, in New York City nicht genügend Gewinne zu machen. Wir hatten in den letzten Jahren viele Lohnzugeständnisse gemacht: In der Hoffnung, dass Fresenius sich dadurch kooperativer zeigt, haben wir sechs Jahre lang auf Lohnerhöhungen verzichtet und wir haben zugelassen, dass der Betreuungsschlüssel heraufgesetzt wurde von

neun Patient\_innen auf zwölf pro Pflegekraft. Dennoch ist Fresenius den Gewerkschaften in keiner Weise entgegengekommen. Vier von sieben Kliniken sollen in ein neues Gebäude umziehen. Als Gewerkschaften hatten wir die Zusage, auch in der neuen Klinik die Rechte der Arbeitnehmer\_innen vertreten zu können, aber es zeigte sich schnell, dass Fresenius in der neuen Klinik Gewerkschaften verhindern will. Um in den USA als Gewerkschaft einen Betrieb organisieren zu können, muss die Belegschaft in einer Urabstimmung über die Zulassung der Gewerkschaft entscheiden. Normalerweise gibt es bei Fresenius-Kliniken in den USA gar keine Gewerkschaften. New York ist eine Ausnahme, weil New York eine Gewerkschaftstradition hat. Durchschnittlich geht der Organisationsgrad bei Fresenius gegen Null. Mit dem schicken, modernen Neubau ergibt sich für Fresenius die Möglichkeit, die Kliniken, in denen es bisher gewerkschaftliche Organisation gibt, dichtzumachen und die Gewerkschaften in der neuen Klinik nicht anzuerkennen. Für die Beschäftigten bedeutet das, dass es einfacher ist, sie zu feuern – ohne wirklichen Grund. Ohne den Schutz der Gewerkschaft wird kaum eine Beschäftigte sich trauen, sich für ihre Rechte, geschweige denn für das Wohl der Patient\_innen einzusetzen. Wir haben neulich 24 Stunden lang mit 400 Krankenpfleger\_innen, technische Angestellten und Sozialarbeiter\_innen gestreikt. Fresenius hat an diesem Tag einfach die Kliniken für die PatientInnenversorgung geschlossen und bereits vorher die Verhandlungsgespräche abgebrochen. Vor jeder Fresenius-Klinik in New York hatten wir Streikposten und lautstark auf unsere Anliegen aufmerksam gemacht und dem Unternehmen gezeigt, dass wir auch weiterhin gemeinsam kämpfen werden. So lange, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Theresa Schloth ist Krankenschwester und Mitglied der Tarifkommission bei NYSNA, Marsha Niemeijer ist Organizerin bei NYSNA.

Das Interview führten Stefan Schoppengerd und Nadja Rakowitz.

### Literatur

Moody, Kim 2014: Competition and conflict: Union growth in the US hospital industry. In: Economic and Industrial Democracy 2014, Vol. 35(1), S. 5-25

*Nadja Rakowitz, Kantstr. 10, 63477 Maintal  
E-Mail: nadja.rakowitz@online.de*

*Stefan Schoppengerd, express/AFP eV., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt  
E-Mail: stefan.schoppengerd@posteo.de*



Roland Anhorn

## Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS)

Die jüngere, in den frühen 2000er Jahren einsetzende Geschichte des AKS (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit) hat *zwei* historische Wurzeln und *eine* übergeordnete Antriebskraft.

Die gegenwärtigen Aktivitäten des AKS knüpfen an die Traditionen einer kritischen Sozialen Arbeit an, wie sie mit dem „alten“ oder – wenn man so will – dem „ursprünglichen“ AKS (seinerzeit als „Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit“ ausbuchstabiert) im Kontext des großen emanzipatorischen Aufbruchs seit den späten 1960er Jahren repräsentiert und in den 1970er Jahren zu einem wirkmächtigen Faktor in der Entwicklung der Sozialen Arbeit wurde. An den Anspruch des „originären“ AKS, das Projekt einer kritisch-materialistisch begründeten und auf Befreiung gerichteten Theorie- und Handlungspraxis in der Sozialen Arbeit voranzutreiben, konnte (und wollte) die (Re-)Initiierung des AKS in den frühen 2000er Jahren unmittelbar anknüpfen. Die dabei kurzfristig aufgekommene Diskussion, ob es angemessen sei, mit dem Rückgriff auf das etablierte Kürzel „AKS“ eine Kontinuität zu suggerieren, die angesichts der offensichtlichen Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen und Diskurse nicht mehr gegeben oder zumindest fraglich zu sein schien, wurde im Folgenden mit der Beibehaltung der Selbstbezeichnung als „AKS“ im Sinne einer dezidierten Betonung der Kontinuität und der zeitgemäßen Fortschreibung einer kritisch-materialistischen Theorie-Tradition beantwortet. Trotz aller in den gängigen Diskursen recht freizügig postulierten Paradigmenwechsel, Zäsuren, Brüche und Diskontinuitäten blieb und bleibt die Soziale Arbeit – so die mit dem AKS-Etikett bekräftigte Ausgangsposition – im Kern in die Kontinuitäten einer herrschaftlich organisierten, kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaftsformation mit historisch spezifischen Konflikt-, Ungleichheits- und Ausschließungsverhältnissen „eingebettet“.

Die Vergegenwärtigung einer im AKS der späten 1960er und 1970er Jahre repräsentierten kritischen Tradition Sozialer Arbeit hätte jedoch als Impuls für seine Rekonstituierung mehr als 30 Jahre später gewiss nicht hingereicht. Vielmehr

bedurfte es – und damit kommen wir zum zweiten Moment der (Re-)Initiierung des AKS – einer besonderen gesellschaftspolitischen Konstellation und Entwicklungsdynamik, wie sie sich um die Jahrhundertwende mit der Agenda 2010 und den sozialpolitischen „Reformprojekten“ der rot-grünen Bundesregierung unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder einstellte. Vor diesem Hintergrund fand sich in den frühen 2000er Jahren eine Gruppe von Hochschullehrer\_innen der Evangelischen Hochschule Darmstadt zusammen und setzte sich angesichts der sich abzeichnenden gesellschafts- und sozialpolitischen Veränderungen mit folgender zentralen Frage auseinander: Wie und was gilt es auf der Ebene der Analyse und Kritik, der sozialpädagogisch-sozialarbeiterischen Theoriebildung und der (Hochschul-)Politik einer Entwicklung entgegen zu setzen, für die der US-amerikanische Präsident Clinton wenige Jahre zuvor mit der programmatischen Formulierung, „the end of welfare as we know it“ herbeiführen zu wollen, die globale (sozial-)politische Richtung vorgegeben hat, und die nunmehr auch hierzulande vom Gros der Sozialen Arbeit als „Modernisierungsnotwendigkeit“ mehr oder weniger stillschweigend hingenommen und z.T. auch als „Chance“ bewusst aufgegriffen und begrüßt wird. Jedenfalls wurde sie kaum grundsätzlich in Frage gestellt. Letzter, unmittelbarer und ganz konkreter Auslöser, die Initiative für eine Revitalisierung des AKS zu ergreifen, bildete dabei der – in diesem Fall nun einmal zurecht so titulierte – sozialpolitische Paradigmenwechsel, der mit den so genannten Hartz-Gesetzen (und hier insbesondere mit Hartz-IV) in der hiesigen Sozialpolitik eingeleitet und vollzogen wurde, und der – so unsere gemeinsame Einschätzung – die Bedingungen, das Selbstverständnis und die Handlungsorientierungen der Sozialen Arbeit in grundlegender Weise verändern sollte.

Die einvernehmliche Diagnose eines historischen gesellschafts- und sozialpolitischen Einschnitts, dem es nunmehr mit einer theoretisch fundierten, radikalen politisch-praktischen Kritik zu begegnen galt (und gilt), wurde im Weiteren noch verstärkt durch den weitergehenden Befund, wonach die Soziale Arbeit, nachdem der klassenpolitische und kritisch-emanzipatorische Impetus bereits seit den späten 1970er Jahren im Gefolge des „Psychobooms“ sichtbar an Schwungkraft und gesellschaftlicher Relevanz verloren hatte, in der 1990er-Dekade auf einem vorläufigen Tiefpunkt ihres (unausgeschöpften) kritischen Potenzials und ihrer theoretischen wie praktischen Widerständigkeit angekommen zu sein schien. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz durch den Zusammenbruch und die Auflösung des „realsozialistischen Blocks“, der damit einhergehenden Ausrufung eines „Endes der Geschichte“ und der triumphalistischen Deklaration der Alternativlosigkeit eines neo-liberal orchestrierten globalen Kapitalismus stellten sich nicht zuletzt

auch in der Sozialen Arbeit mehr oder weniger offensichtliche „Anpassungen“ an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ein. Eine *klassenpolitische* Orientierung, die auf Kämpfe um die gesellschaftliche (Un-)Gleichverteilung primär materieller und – in ihrem Gefolge – symbolischer Ressourcen gerichtet ist, wurde zunehmend von einer *identitäts- und anerkennungspolitischen* Zelebrierung von Differenz und Diversity verdrängt, der es in erster Linie um die – nunmehr in den Vordergrund gerückte – symbolische, weitgehend entmaterialisierte Anerkennung von Heterogenität, der Vielfalt von Identitäten, Lebensstilpräferenzen und -differenzen geht.

Unter der Voraussetzung, dass es dieser in Teilen gewiss stimmigen und notwendigen, im Ganzen aber nicht unproblematischen Umorientierung der Sozialen Arbeit auf analytisch-theoretischer wie politisch-handlungspraktischer Ebene offensiv entgegenzutreten galt, wurde 2005 zu einem ersten bundesweiten Treffen ins nordhessische Treysa (dem zweiten Studienstandort der Evangelischen Hochschule Darmstadt) mit dem Ziel einer Rekonstituierung des AKS eingeladen. Übergeordnetes Ziel war, die vielfältigen verstreuten und vielfach „vereinzelt“ Aktivitäten und Akteur\_innen einer im weitesten Sinne kritischen Sozialen Arbeit (an Hochschulen, in Initiativen und unterschiedlichsten Praxisfeldern, von Studierenden, Praktiker\_innen, Wissenschaftler\_innen, Forscher\_innen...) in einen kollektiven Kooperations-, sprich Arbeits- und Denkszusammenhang zusammenzuführen, um auf dieser Grundlage das Projekt einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit in einer den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angemessenen Form weiter voranzutreiben. Aus diesem bewusst informell gehaltenen Arbeitsbündnis sind in der Folge eine Reihe von Tagungen, Publikationen, Foren und Diskussionsveranstaltungen und – als ursprünglich so nicht-intendierter Nebeneffekt – zahlreiche regionale AKS-Gruppen hervorgegangen, die sich vor Ort in das kommunal- und hochschulpolitische Handgemenge lokaler Kämpfe und Konflikte begeben. (Mittlerweile dürfte der ursprüngliche Nebeneffekt, Anlass für lokale und regionale AKS-Gründungen gegeben zu haben, möglicherweise zu einem der wesentlichen Haupteffekte der Treysaer AKS-Treffen geworden sein).

Die zu Beginn der Rekonstituierung des AKS angedachten und punktuell praktizierten Kooperationen mit institutionellen Akteur\_innen (z.B. Gewerkschaften) oder bewegungsorientierten Initiativen haben sich allerdings nicht über Ansätze hinaus entwickelt. Vor allem im Hinblick auf die Nutzer\_innen Sozialer Arbeit lassen sich nicht einmal Spurenelemente eines Kooperationsverhältnisses erkennen. Das stellt gewiss ein zentrales Manko einer sich kritisch verstehenden Sozialen Arbeit dar. Vielleicht stellt es aber auch – zumindest unter den gegenwärtigen

Bedingungen, die emanzipatorische soziale Bewegungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz vorerst nicht erkennen lassen – eine Überfrachtung mit Ansprüchen dar, die ein informelles Arbeitsbündnis, das unter dem Eindruck eines Defizits kritischer Analyse- und Theoriearbeit seinen Ursprung in den Hochschulen hat, aktuell einzulösen nicht in der Lage ist.

*Roland Anhorn, Evangelische Hochschule Darmstadt, Studienstandort Darmstadt,  
Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt  
E-Mail: anhorn@eh-darmstadt.de*

# FORUMRECHT

**Ausgabe 2/17: Umweltzerstörung -  
ein survival kit jetzt erhältlich**

Onlineshop, ältere Ausgaben und  
call for papers:

[www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de)  
[twitter.com/\\_ForumRecht](https://twitter.com/_ForumRecht)



Psychosozial-Verlag

Volker Roelcke

## Vom Menschen in der Medizin

Für eine kulturwissenschaftlich  
kompetente Heilkunde



ca. 190 Seiten • Broschur • € 22,90  
ISBN 978-3-8379-2690-3  
Erscheint Oktober 2017

Volker Roelcke plädiert für eine humane, am ganzen Menschen orientierte Medizin, die ihr methodisches Spektrum nicht auf die Naturwissenschaften beschränken, sondern in systematischer Weise die Kulturwissenschaften einbeziehen sollte. Ziel dieses Buches ist es, die Medizin zu einer systematisierten Selbstreflexion ihres Menschenbildes, ihres Krankheits- und ihres Wissenschaftsverständnisses zu motivieren.

Thomas A. Kohut

## Eine deutsche Generation und ihre Suche nach Gemeinschaft

Erlebte Geschichte  
des 20. Jahrhunderts



455 Seiten • Broschur • € 44,90  
ISBN 978-3-8379-2496-1

Die Generation der kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs Geborenen erlebte ein bewegtes Jahrhundert. Viele traten auf der Suche nach Gemeinschaft Gruppierungen der Jugendbewegung bei und schlossen sich nach dem Zweiten Weltkrieg im 1947 gegründeten Freideutschen Kreis wieder zusammen. Thomas A. Kohut verknüpft charakteristische Aussagen aus Befragungen und Interviews mit VertreterInnen dieser Gruppe zu einer repräsentativen Collage deutscher Erfahrungsgeschichte.

Walltorstr. 10 • 35390 Gießen • Tel. 0641-969978-18 • Fax 0641-969978-19  
bestellung@psychosozial-verlag.de • [www.psychosozial-verlag.de](http://www.psychosozial-verlag.de)





Imke<sup>1</sup>

## Arbeitssuche zu Zeiten großer Nachfrage nach Sozialpädagoginnen – ein Erfahrungsbericht

Im August 2016 begab ich mich mit einem Bachelorstudium der Sozialen Arbeit und einem Bildungswissenschaften-Masterabschluss in der Tasche auf die Suche nach Arbeit. Ich hatte außer meinem Anerkennungsjahr in der ambulanten Jugendhilfe wenig Berufserfahrung. Zudem fehlte mir eine konkrete Vorstellung, in welchem Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit ich tätig sein wollte. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – begann ich die Suche recht entspannt, denn die Lage auf dem Arbeitsmarkt wirkte arbeitnehmerfreundlich.

Bei der Suche nach ansprechenden Stellenausschreibungen stieß ich auf recht viele Vollzeit- oder 30-Stunden-Stellen. Es gab deutlich mehr unbefristete Stellenangebote, als ich erwartet hatte, bzw. oft eine Mindestbefristung von zwei Jahren und größtenteils tarifliche Bezahlung. Zusätzliche Konditionen wie 30 Tage Jahresurlaub oder Zuzahlungen zur Fahrkarte waren an der Tagesordnung. Durch die entspannte Situation auf dem Arbeitsmarkt ergab sich für mich keine Notwendigkeit, mich arbeitslos zu melden und dem Stress durch das Jobcenter auszusetzen – insbesondere da ich direkt in die Maschinerie des SGB II geraten wäre und ich mich den damit einhergehenden Repressalien nicht ausliefern wollte. Ich vertraute darauf, schnell eine passende Arbeitsstelle zu finden, und falls nötig erstmal irgendeine Arbeit anzunehmen. Also begann ich, Bewerbungen zu schreiben. Dabei konzentrierte ich mich größtenteils auf den Bereich der beruflichen Bildung sowie die Sozialarbeit mit Geflüchteten. In einem Monat schrieb ich zehn Bewerbungen und wurde zu fünf Vorstellungsgesprächen eingeladen. Viermal nahm ich die Gespräche wahr und bekam vier Zusagen. Die gute Quote verschaffte mir eine entspannte Haltung in den Verhandlungen und nahm den Druck, das erste Angebot anzunehmen.

---

<sup>1</sup> Die Autorin dieses Beitrags möchte nicht mit ihrem Klarnamen genannt werden, sie ist der Redaktion jedoch bekannt. Daher fehlt am Ende des Beitrags auch die Adresse.

Die Stellenbeschreibungen sowie die gewünschten Qualifikationen und Erfahrungen erforderten sowohl im Bereich der beruflichen Bildung als auch der Arbeit mit Geflüchteten ein Studium der Sozialen Arbeit. Bei dem ersten Vorstellungsgespräch für eine Stelle bei einem Bildungsträger zeigte sich aber, dass ich im Vergleich mit den Mitbewerberinnen überqualifiziert war. Wir trafen uns im Rahmen eines Assessmentcenters. Hier mussten wir uns gegenseitig vorstellen, eine Gruppenaufgabe lösen und unser Ergebnis präsentieren. Bei den Mitbewerberinnen handelte es sich größtenteils um Quereinsteigerinnen ohne pädagogische Ausbildung. Die Arbeitgeber hätten mich gerne genommen. Allerdings sahen sie sich aufgrund des Konkurrenzkampfes zwischen den Trägern gezwungen, den Branchenmindestlohn der Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem SGB II bzw. SGB III zu zahlen (14 €/Stunde) oder sogar noch zu unterbieten. Gleichzeitig waren vergleichsmäßig viele Stellen im Bereich der beruflichen Bildung auf ein Jahr befristet und setzten trotzdem eine sechsmonatige Probezeit voraus. Nachfragen nach besseren Konditionen wurden mit dem Hinweis auf die Konkurrenz der Träger abgewehrt. Es wurde lediglich die Möglichkeit einer anschließenden Entfristung in Aussicht gestellt und auf die Erhöhung des Mindestlohns ab 01.01.2017 verwiesen (0,60 €).

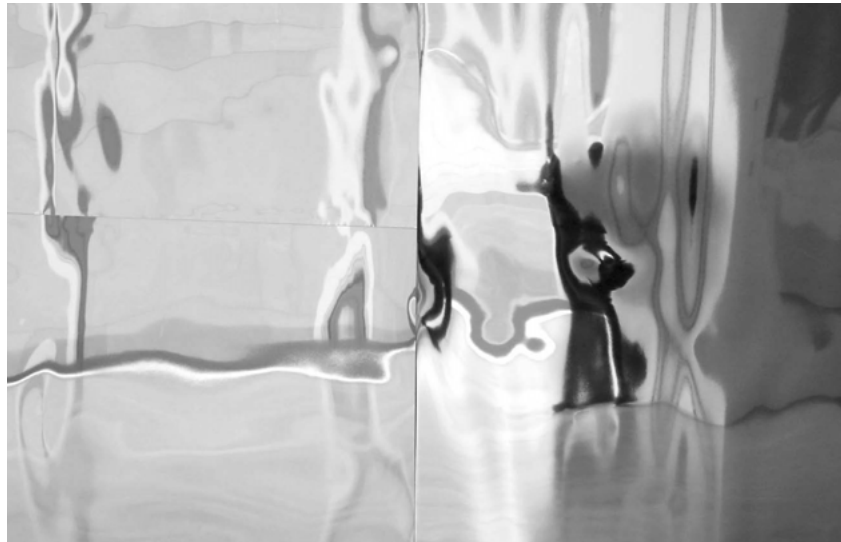
Für die Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen wurde der Auswahlprozess teilweise auf eine Recruitingfirma ausgelagert und ein mehrstufiges Auswahlverfahren genutzt. Insgesamt musste ich zu drei Terminen erscheinen, um eine Zusage zu erhalten. Auch hier traf ich auf Mitbewerberinnen, die teilweise keine pädagogische Ausbildung besaßen und/oder aus dem Ehrenamt kamen. Allerdings wurde in diesem Bereich anders als bei der beruflichen Bildung angemessene tarifliche Bezahlung, längere Befristungen oder auch unbefristete Verträge angeboten. Der Grund hierfür war vermutlich die hohe Dringlichkeit in dieser Thematik sowie die zugleich geringen Bewerberinnenzahlen. Allerdings wurde bei manchen Stellen aufgrund der ständigen Veränderungen in dem Arbeitsfeld räumliche und zeitliche Flexibilität gefordert, um auf Neuerungen und Wandel reagieren zu können.

Nach nur einem Monat Arbeitssuche habe ich schließlich ein gut bezahltes, unbefristetes Angebot angenommen. Die arbeitnehmerinnenfreundliche Lage auf dem Arbeitsmarkt für Sozialpädagoginnen ermöglichte mir eine entspannte Suche und eine Auswahl nach meinen Interessen und gewünschten Arbeitsbedingungen. Allerdings wurde ich im Laufe der Suche doch ein wenig desillusioniert. Ich hatte erwartet, als Masterabsolventin für ein Bachelorgehalt zu arbeiten. Der Branchenmindestlohn hat mich aber dann doch verwundert. Die Dequalifizierung der Sozialen Arbeit durch Quereinsteigerinnen ärgerte mich.

Dadurch wird der Eindruck erweckt, die pädagogischen Handlungsweisen und Methoden sowie die rechtlichen Aspekte der Arbeit könne Jede oder lerne man nebenbei. Eine größere Anerkennung oder flächendeckende Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit aufgrund der mangelnden Fachkräfte konnte ich nicht entdecken.

Imke

<b>express</b> ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT		Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 <b>express-afp@online.de</b> www.express-afp.info
	Ausgabe 7/17 u.a.:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stefan Sell: »Ziemlich schwanger?« – Zur Verfassungsmäßigkeit des Tarifeinheitsgesetzes</li> <li>• Dan DiMaggio: »Gleiche Arbeit, weniger Lohn« – Gewerkschaftliche Solidarität und Kämpfe in Callcentern weltweit</li> <li>• AG Wahlbeobachtung: »Durchmarsch Macron« – Mit 32 Prozent zur absoluten Mehrheit</li> <li>• Ralf Kliche: »Entwicklungsland« – Die aktuelle wirtschaftliche Lage in Griechenland</li> <li>• »Krankes System« – Marsha Niemeijer und Theresa Schloth über das Gesundheitssystem der USA und die Strategie der Gewerkschaft NYSNA</li> </ul>		○ <b>Probepreis?</b> 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)



Meike Günther

## Freiheit, Freiheit, ist die einzige, die fehlt<sup>1</sup>

Überlegungen zur aktuellen Definition Sozialer Arbeit

Im Rahmen der Neufassung der Definition Sozialer Arbeit durch die internationale Vereinigung der Sozialarbeiter\*innen wurden in der Version für Deutschland in Abstimmung mit dem Fachbereichstag Soziale Arbeit „empowerment“ und „liberation“ mit „Stärkung von Autonomie und Selbstbestimmung“ übersetzt. In anderen deutschsprachigen Ländern lautet die Übersetzung nach wie vor „Empowerment“ und „Befreiung“. Im Gegensatz zu vielen anderen Teilen der Definition, die schon durch Fußnotenzusätze aufzeigen, dass es sich um erklärungsbedürftige oder für den deutschsprachigen Raum zunächst ungewöhnliche Begrifflichkeiten handelt, wurden diese Neuübersetzungen nicht weiter erläutert.

Nun stellt sich generell die Frage, ob die Definition überhaupt als etwas anderes als ein weltweiter politischer Minimalkonsens verstanden werden darf, schaut man sich an, welche Ungleichheiten, historischen Ereignisse und deren Rezeption im internationalen Kontext die Definition und auch die Diskussion um diese maßgeblich beeinflussen (vgl. z.B. Straub 2014, 2015). Daraus ergibt sich weiterhin die Frage, wie sinnvoll eine theoretische Auseinandersetzung in Bezug auf einzelne Begriffe ist, wenn diese im Wesentlichen ein politischer Kompromiss sind und es weniger um ihre Inhalte geht, die zudem weltweit unterschiedlich gedacht und genutzt werden. An dieser Stelle soll daher weniger versucht werden, den ursprünglich intendierten Gehalt der einzelnen Begriffe der Definition herauszufiltern, sondern anlässlich der Neuübersetzung die Frage aufzuwerfen, was aus Sicht der Profession Sozialer Arbeit in Deutschland im Zentrum einer solchen Definition stehen sollte. Der folgende Text hat zum Ziel, Praktiker\*innen und Wissenschaftler\*innen Sozialer Arbeit zu einem (Neu-)Einstieg in die Diskussion über Ziele, Inhalte und Methoden Sozialer Arbeit anzuregen. Hintergrund ist die Beobachtung, dass Zielbestimmungen in der Sozialen Arbeit auch verbunden

---

<sup>1</sup> Refrain des Songs „Freiheit“ von Marius Müller Westernhagen, 1989.

sind mit methodischen und theoretischen Rückgriffen und insofern keine rein akademischen, sondern auch sehr praktisch relevante Implikationen enthalten.

## Die internationale Fassung der Definition der Sozialen Arbeit

Im Jahr 2014 wurde die aktuelle internationale Definition der Sozialen Arbeit von der Generalversammlung des IFSW (International Federation of Social Workers) in Melbourne beschlossen:

“Social work is a practice-based profession and an academic discipline that promotes social change and development, social cohesion, and the empowerment and liberation of people. Principles of social justice, human rights, collective responsibility and respect for diversities are central to social work. Underpinned by theories of social work, social sciences, humanities and indigenous knowledge, social work engages people and structures to address life challenges and enhance wellbeing” (IFSW 2014).

Die deutsche Übersetzung erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurde der Text relativ direkt übertragen, wobei „liberation“ als Befreiung und „empowerment“ als Stärkung übersetzt wurden (DBSH o.J.). Nach Diskussionen in Fachgremien, Verbänden, dem Berufskongress und im Fachbereichstag Soziale Arbeit auf nationaler Ebene wurde Ende 2016 die bisher letzte Version der Übersetzung online gestellt:

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte [1] Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung [2] von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt [3] bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit [4], der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. [5] Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein. [6] Diese Definition kann auf nationaler und/oder regionaler Ebene weiter ausgeführt werden“ (DBSH 2016).

Sechs Fußnoten erläutern einzelne Begrifflichkeiten näher. Herausgegriffen werden sollen für die folgenden Überlegungen der in der Globaldefinition genannte Begriff „liberation“ in seiner Kombination mit „empowerment“. In der aktuellen Definition wird „liberation“ als „Selbstbestimmung von Menschen“ übersetzt. Aus dem englischen „empowerment“ wurde die „Stärkung der Autonomie“. Interessant ist, dass es laut Dr. Rory Truell, dem Generalsekretär des IFSW, international so gut wie keine Diskussionen um den Begriff „liberation“ gab, im Gegensatz zu diversen anderen Begriffen, über die intensiv gerungen wurde. Erst zwei Jahre nach der ersten deutschen Fassung, die noch die Übersetzung „Befreiung“ enthielt,

wurden aus „empowerment“ und „liberation“ die „Förderung von Autonomie und Selbstbestimmung“ als Ziele Sozialer Arbeit. Bevor sich diese Definition etabliert, soll an dieser Stelle darüber nachgedacht werden, welche Argumente für und wider diese Engführung der Begriffe sprechen. Dabei geht es nicht darum, die eine ‘Wahrheit’ in Bezug auf die Übersetzungen oder Inhalte zu suchen, sondern, wie Hans Thiersch mit Bezug auf Ernst Blochs Ideologiekritik formuliert, neben inhaltlichen und konzeptuellen Punkten insbesondere nach der Bedeutung von Begriffen im Kontext ihrer Zeit zu fragen (vgl. Thiersch 2009: 68).

## Internationaler Kommentar und nationaler Diskurs

Vorab soll ein Blick in den internationalen Kommentar verdeutlichen, in welchem Zusammenhang die Begriffe „liberation“ und „empowerment“ in der internationalen Definition als Ziele Sozialer Arbeit stehen. Diese werden demnach erreicht, indem ein kritisches Bewusstsein für strukturelle Privilegien oder Unterdrückungsverhältnisse auf der Grundlage von Kategorien wie Gender, Klasse, Religion etc. entwickelt wird, das Grundlage für Selbstreflexion bietet. Diese Reflexion dient dazu, Handlungsstrategien für eine emanzipatorische Praxis zu entwickeln, die strukturelle und persönliche Barrieren in den Blick nimmt und Menschen bei deren Überwindung unterstützt bzw. sie bei dem Versuch, sich von diesen zu befreien, ermutigt und bei der Selbstermächtigung unterstützt (vgl. IFSW 2014). Mit Blick auf die Theorie und die Praxis Sozialer Arbeit ließe sich formulieren, dass die Ziele Sozialer Arbeit umgesetzt werden sollen durch die Methode der kritischen Reflexion, die es ermöglicht, emanzipatorische Praxen und Barrieren jeder Art im Blick zu behalten. Übersetzt als Förderung von Selbstbestimmung statt als Befreiung oder Freiheit stellt sich die Frage, ob die konkreten Praxen, die sich entwickeln lassen, nicht deutlich beliebiger bzw. weniger stark gekoppelt an strukturelle Diskriminierungs- und Depriviligerungspraktiken gedacht werden können als es die ursprüngliche Bedeutung nahelegt.

## Was ist das Ziel Sozialer Arbeit?

Zu den Zielen Sozialer Arbeit ließen sich nun bündeweise Blatt beschreiben. Zu der aktuellen Definition existieren viele Diskussionen, jedoch noch nicht allzu viele verschriftlichte Kommentare aus der Profession. Peter-Ulrich Wendt hat sich in der aktuellen Auflage des „Lehrbuches Methoden der Sozialen Arbeit“ mit der Bedeutung Sozialer Arbeit laut der internationalen Definition befasst, in der diese seiner Meinung nach als „Ermächtigung und Befreiung von Menschen,

um ihr Wohlbefinden zu heben“ umrissen wird. Er schließt aus der englischen Version für den deutschen Kontext, dass

„Soziale Arbeit (...) aufgerufen [ist, M.G.], Menschen dabei zu unterstützen, sich selbst von Umständen und Verhältnissen frei zu machen, die ein gutes Leben ('Wohlbefinden') be- oder verhindern. Dieser Prozess der (Selbst-) Befreiung wird meist als Mündigkeit oder Emanzipation (...) bezeichnet, die Förderung von Menschen (z.B. durch Soziale Arbeit), sich zu emanzipieren, als Ermächtigung oder Empowerment (...)“ (Wendt 2017: 27).

Wendt übersetzt die Begriffe direkt und eröffnet einen Zusammenhang mit einerseits dem individuellen Wohlergehen und andererseits gesellschaftlichen Verhältnissen, die diesen entgegenstehen. Die Frage ist, ob die Übersetzung als „Förderung von Selbstbestimmung“ dieselben Zusammenhänge gleichfalls nahe legt. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Begrifflichkeiten betreffen verschiedene Aspekte und Dimensionen. Im Folgenden sollen daher ausgewählte Aspekte der Begriffe Selbstbestimmung, Befreiung und Freiheit herausgegriffen werden, um die Diskussion um die Ziele Sozialer Arbeit in der neuen Definition anzuregen. Die Fragen, die verhandelt werden, betreffen dabei den Kern der Profession selbst: Welche Ziele Sozialer Arbeit sollen in einer solchen Definition stehen? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Profession aus den jeweiligen Übersetzungen? Und auch: In welche Richtung soll Soziale Arbeit weiter entwickelt werden?

### Selbstbestimmung: Kein Mensch ist eine Insel

Selbstbestimmung ist ein Begriff, der in der Regel in Diskussionen über die Grenzen von Selbstbestimmung auftaucht. Häufig verwendet wird er im Zusammenhang mit Beeinträchtigung und Behinderung, aber auch bei Entscheidungen über den eigenen Körper oder das eigene Leben – ebenso wie der Begriff der Autonomie. Selbstbestimmung ist ein Wort, das positiv klingt, aber im Kern seine eigene Begrenzung und die Pädagogisierung von Lebenswelten meist schon in sich trägt. Selbstbestimmung ist im Kontext von Autonomie etwas, was zunächst als zu befürwortendes Ziel Sozialer Arbeit daherkommt, aber gleichzeitig erkennt, dass Menschen als genuin soziale Wesen unter einem guten Leben meist ein Leben in einer sich gegenseitig gewogenen und unterstützenden Gemeinschaft welcher Art auch immer verstehen. Dass der Selbstbestimmungsbegriff notwendig wird, weist häufig darauf hin, dass Menschen zunächst unzulässig in einer Art eingeschränkt sind, dass sie über Grundsätzliches in ihrem Leben nicht verfügen können. Sei es durch den Mangel an Möglichkeiten, an Geld, an Bildung, an Einschränkungen körperlicher oder psychischer Art. Soziale Arbeit sollte

sich sicher darum bemühen, Menschen ein Plus an Selbstbestimmung über ihre Umstände zu ermöglichen. Die Frage ist nun aber, ob wir hiermit nicht als Ziel Sozialer Arbeit eine Selbstverständlichkeit bemühen, die wir teilweise in Form von stationären Unterbringungen, Zeitnot und Finanzknappheit erst mitproduziert haben. Wir sind mit beteiligt, wenn Menschen aufgrund ihrer Beeinträchtigung kollektive Wohnformen ohne Privatsphäre zugemutet werden – um dann Empowermentprogramme aufzulegen, die die Selbstbestimmung innerhalb dieser Zustände erhöhen sollen: Resultate solcher Bewohner\*innenermutigungen sind dann Äußerungen dahingehend, dass der Kühlschrank auf eine Höhe umgebaut werden soll, dass auch Rollstuhlnutzer\*innen ihn erreichen, oder dass es in der Heimeinrichtung auch Stunden geben soll, in denen keinE Betreuer\*in unangemeldet ins Zimmer kommt, oder dass ein anderer Supermarkt als der um die Ecke besucht werden darf. Die Gefahr ist, dass Selbstbestimmung auf diese Momente eines eigentlich selbstverständlichen Daseins heruntergebrochen wird, das Soziale Arbeit erst verunselbstständigt hat. Mit Selbstbestimmung im Sinne der Freiheit zu handeln, mit der Teilgabe in und Teilhabe an sozialen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen darf ein so gefüllter Begriff von Selbstbestimmung nicht verwechselt werden. Wenn Freiheit jedoch als etwas gedacht ist, was sich nur zwischen Menschen realisiert, als genuin sozialer Prozess ohne Herrschaftsförmigkeit, dann ist Soziale Arbeit statt auf Selbstständigkeit oder Unselbstständigkeit fokussiert auf die spontane Begegnung und das Einlassen auf die Einmaligkeit und Eigensinnlichkeit jedes einzelnen Menschen (vgl. Weber 2016: 17, Levinas 1995: 2002). Dann sind es nur nicht Ermutigungsprogramme, die die schlimmsten vorher geschlagenen Rillen wieder glätten, sondern auch Prozesse, die beiden Seiten Begegnung abverlangt.

Klaus Holzkamp formuliert in Bezug auf den Begriff der Freiheit, dass ein „(...) Individuum in dem Grade [frei ist, MG], wie es an der vorsorgenden gesellschaftlichen Verfügung über seine Lebensbedingungen teilhat (...)“ (Holzkamp 1983: 352). Hier wird deutlich, dass Freiheit durchaus etwas mit Selbstbestimmung zu tun hat: Die Grade der Selbstbestimmung über die jeweiligen Umstände entscheiden wesentlich darüber, ob und wie es möglich ist, Entscheidungen zu treffen, die nicht nur ein Problem abwenden oder Schlimmeres zu verhindern suchen. Freiheit ist hier gedacht als über die reine Notabwendung hinausgehende, genuin menschliche Möglichkeit, sich an der Gestaltung seiner Lebensumstände gemeinsam mit anderen zu beteiligen. Im Alltag Sozialer Arbeit oder auch in der Fachdebatte stellt sich die Frage, wo und wie wir positiv auf diese Art Freiheitsgrade schauen oder inwiefern nicht eher die Grade der Unfreiheit so stark im Zentrum stehen, dass die Freiheit kaum mehr Platz in unserem Denken und Handeln erhält. In einem

Seminar zum Thema Lernen erzählte jemand neulich von seiner Arbeit in der Wohngruppe, die schwierig sei, weil die Bewohner\*innen nicht verstünden, dass sie, obwohl sie keine Arbeit hätten, dennoch aufstehen und ihre Zimmer verlassen sollen, um, so die Konzeption der Wohngruppe, das „normale Leben“ zu lernen. Wer diese Vorgabe nicht einsieht, muss die Wohngruppe zeitnah verlassen. In der folgenden Diskussion wurde deutlich, dass neben einem einseitigen Begriff von Lernen hier ein ganz bestimmtes Verhalten gekoppelt wird an die Wohnsituation, das sich kein Mensch, der eine eigene Wohnung hat, gefallen lassen würde. Freiheit besteht in diesem Fall aus der zynischen Option, sich anzupassen an die fremdbestimmten Regeln oder wieder ohne Wohnung dazustehen. Auch im Bereich der zunehmend durch die Knappheit günstiger Wohnungen unter Druck geratenen Wohnungshilfe finden sich solche Wenn-Dann-Verbindungen: Geholfen wird zunehmend denjenigen, die in der Lage oder willens sind, im Gegenzug ein bestimmtes Verhalten abzurufen, da sonst lieber jemand anders gefördert wird, bei dem der Erfolg im Sinne eines Wohnungserhaltes wahrscheinlicher ist. Diese Beispiele zeigen, dass wir im Alltag häufig weit entfernt von einem Denken in der Zielbestimmung des Förderns von Freiheit und Eigensinnlichkeit sind. Dennoch erscheint es bei der gegebenen Knappheit von Wohnungen, von eingeschränkter Kraft und Zeit, eine sinnvolle Handlungsoption in der Praxis, in dieser Form zu denken und zu handeln. Jede\*r Sozialarbeiter\*in hat unzählige dieser Alltagsdilemmata zu bewältigen, aus denen es keinen pauschalen Ausstieg gibt. Was wir aber tun können und sollten, ist gerade dann, unser eigenes Elend als Profession nicht noch zu zementieren. Joachim Weber formuliert in Auseinandersetzung mit Hannah Arendts Freiheitsbegriff:

„Die Ermöglichung von Freiheit bedeutet zuzulassen, dass bestehende Routinen und Abläufe durchbrochen werden. Wer seine Intention so realisieren möchte, dass möglichst niemand ihm dazwischen kommt, dem bleibt nur die Möglichkeit, sich aus dem Sozialen zurückzuziehen und seinen Willen entweder unabhängig von anderen oder in Unterwerfung anderer durchzusetzen. In beiden Fällen geht die Freiheit und mit ihr das Dazwischen verloren“ (Weber 2016: 22).

Wenn Selbstbestimmung als Ziel Sozialer Arbeit funktionieren soll, muss gleichzeitig klar sein, dass es sich nicht um eine rein individuell gedachte Selbstbestimmung handeln kann. Selbstbestimmung ist eingebettet in ein Umfeld – kein Mensch ist eine Insel. Damit ist Soziale Arbeit immer auch Teil von dem, was das Gegenüber ermutigt oder beschneidet. Andernfalls wird Selbstbestimmung zu einer hohlen Idee, aufgrund derer wir den von uns zunächst unerreichbar gemachten Kühlschranks umbauen und meinen, jetzt Freiheit zu ermöglichen – dabei wurde nur eine grobe Diskriminierung und Unfreiheit relativiert. Soziale Arbeit läuft auf

diesem Wege Gefahr, ihre Praxis und Methoden mit ihren Zielen zu verwechseln oder zu ersetzen. Selbstverständlich ist die Abwendung von Wohnungsverlust ein sinnvolles Ziel, jenseits dessen wäre es jedoch erstrebenswert, darüber hinaus ein mehr an Freiheit denkbar und sichtbar werden zu lassen. Soziale Arbeit erschöpft sich dann nicht auf einer methodischen Ebene, auf der sie, um ihren Zielen (Freiheit) näher zu kommen hilft, ein Übel (Unfreiheit) abzuwenden.

### Freiheit statt Befreiung?

Ein wesentliches Argument der Diskussion gegen das Wort „Befreiung“ als Übersetzung von „Liberation“ war offensichtlich, dass dieses eher aus einer lateinamerikanischen politischen Bewegungsperspektive herrührt. Daher ließe es sich in dieser Form für den deutschsprachigen Kontext nicht sinnvoll übernehmen. Dieses Argument ist zunächst nachvollziehbar: Befreiung hat bei uns schon historisch weniger mit der positiven Ermächtigung von Menschen als Gruppe im politischen Prozess zu tun. Vielmehr ist der Begriff geprägt durch Ereignisse, wie der der Befreiung von Auschwitz durch die ehemaligen Kriegsgegner. Daraus lässt sich jedoch im Umkehrschluss nicht zwingend schließen, dass aus „Empowerment und Liberation“ „Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung“ werden müssen. Frei nach Hannah Arendt könnte es ein Anlass sein zu überlegen, ob Soziale Arbeit an dieser Stelle möglicherweise Freiheit und Befreiung verwechselt: Soziale Arbeit unterstützt Menschen bei der Befreiung aus Notlagen. Diese Befreiung ist zunächst nichts Positives, sondern wendet in verschiedenen Bereichen, beispielsweise der Gesundheit, schlimmeres Unheil ab.

„Der Gedanke liegt nahe, bei der Befreiung aus der Armut ginge es im Wesentlichen um Geld (...) Um Geld geht es tatsächlich. Aber genauso wichtig oder vielleicht sogar noch wichtiger sind eine bessere Gesundheit und die erhöhte Wahrscheinlichkeit, lange genug zu leben, um es zu einem gewissen Wohlstand zu bringen. (...) Die Menschheit begann vor rund 250 Jahren die Ketten von Tod und Entbehrung zu sprengen, und diese Befreiung dauert bis heute an“ (Deaton 2017: 14 und 20).

Befreiung meint auch bei Deaton in einem ökonomischen Kontext die Sprengung der unmittelbaren Ketten, die die Voraussetzung darstellt, Entscheidungen zu treffen, die nicht nur durch die Abwendung von Übel geprägt sind. Erst die Möglichkeit, jenseits von akuten Notsituationen zu handeln, ermöglicht es, Freiheiten überhaupt in den Blick zu bekommen. Wenn wir in der Suppenküche Eintopf oder in der Kältehilfe Tee ausschenken, dann befreien wir ein wenig von Hunger und Kälte. Dies sind Methoden, um Elend zu mindern und Beziehung herzustellen, aber nicht erschöpfender Inhalt und Ziel Sozialer Arbeit.

Befreiung und Freiheit beziehen sich nicht auf identische Inhalte. Grob gesagt kann Befreiung als ein äußerlicher und Freiheit als ein innerer Akt gedacht werden, wobei beide in engem Wechselverhältnis stehen, da man nur frei ist „(...) wenn man die Möglichkeit hat zu handeln“ (Arendt 1965, Zugriff März 2017). Freiheit als ein Ziel Sozialer Arbeit zu denken, beinhaltet nicht nur eine politische Dimension, sondern die Hoffnung auf eine Initiative für einen Neuanfang, – ein Handeln in mehr Freiheit jenseits der reinen Notabwendung. Arendt denkt vor diesem Hintergrund jeden einzelnen Menschen selbst als einen Neuanfang, der „gleichsam existentiell vorbestimmt ist, insofern er ja selbst einen Anfang darstellt“ (Arendt 1994: 272). Freiheit könnte jedoch auch als Ziel und Aufgabe diesen neuen Anfang zu machen, definiert werden. Dass „der Mensch in der Tat dies vermag – einen Anfang machen, *novus ordo saeculorum*“ (Arendt 1994: 276) nimmt Arendt allein schon dadurch an, dass jeder Mensch selbst einen Neuanfang für sich und die Welt darstellt – durch die Tatsache seiner Geburt. Die Möglichkeit, frei zu handeln benötigt jedoch ein Außen, das nicht nur informiert, berät, weiterleitet (aber auch)<sup>2</sup>. Sie benötigt auch ein Gegenüber, das die Hoffnung auf einen Neuanfang im Sinne eines Grabens nach Wegen zu mehr Freiheit und nicht nur nach mehr Selbstbestimmung im Gegebenen als möglich unterstellt und durch diese Annahme das Gegenüber dabei unterstützt, einen Anfang überhaupt denkbar werden zu lassen. „Selbstbestimmung kann es nie für Einzelne geben in einem reflexiven Sinn, selbst zu bestimmen (...), sondern nur als transitive Selbstbestimmung, nämlich etwas selbst zu bestimmen, also die gemeinsamen Angelegenheiten zusammen mit anderen“ (Weber 2016: 19f).

Wenn Menschen beispielsweise in der Selbsthilfegruppe erleben, dass auch andere Menschen trotz ihrer spezifischen Bedingungen Neuanfänge und Lebenswege (er)finden und dass ihnen dies von anderen auch zugetraut wird, dann können (Neu-)Anfänge denkbar werden. Soziale Arbeit könnte hiervon lernen – nicht, um Peer-Gruppen zu ersetzen, sondern um ihre Angebote um dieses eine wichtige Element zu bereichern oder es zumindest nicht von vornherein auszuschließen.

### Zur paradoxen Koppelung der Begriffe Freiheit und Disziplinierung

Abschließend noch einige Gedanken zu einem Bereich, in dem Freiheit als Begriff wieder in öffentlichen Diskussionen in den letzten zehn Jahren aufgetaucht

2 Auch in ständiger Auseinandersetzung mit dem Reich der Notwendigkeiten und nicht nur jenseits dessen, wie beispielsweise eine feministische Kritik an Hannah Arendt formulieren muss.

ist: der Erziehung. So definierte Bernhard Bueb in seinem Bestseller „Lob der Erziehung“ Freiheit als etwas, was Konsequenz von Unterwerfung und Resultat von Disziplin ist. Diese wiederum lässt sich seines Erachtens nach nur mit Strafe, Einschränkung und Beschneidung des Willens erreichen (vgl. Bueb 2006). Durchgängig bemüht er das Bild eines inkompetenten Kindes, das nur durch systematischen Zwang aller Erziehungsinstanzen zu einem gesellschaftlich gewollten und funktionierenden Menschen werden kann. Hans Thiersch bemerkt dazu treffend, dass Ratgeber wie dieser auf eine gesellschaftliche Stimmung treffen, in denen der Ruf nach Härte und Selektion in allen Bereichen en vogue ist (Thiersch 2009: 67ff). Was mit den Hartz IV-Gesetzen und ihrem Geist des Forderns mehr als des Förderns rechtlich verankert wurde, hat bei vielen Menschen in den letzten Jahren Abstiegsangst und Unsicherheit, die sich auch als Abwehr von bisher Unbekannten und Unbekanntem äußern, verstärkt. Absurderweise findet dies zeitgleich mit einer Entwicklung statt, in der die Wahrscheinlichkeit des Aufstiegs durch eigene Leistung für Menschen in westeuropäischen Ländern zurückgeht. Thomas Piketty (2014), Branko Milankovic (2016) oder Oliver Nachtwey (2016) haben in der letzten Zeit aus ökonomischer und soziologischer Perspektive auf die Verschiebungen im weltweiten Ungleichheitsgefüge hingewiesen. So unterschiedlich die Ansätze und Lösungsideen sein mögen, deutlich wird, dass beispielsweise durch die Vermögenskonzentrationen, die so hoch sind wie zu Zeiten der Erbaristokratie im 19. Jahrhundert (Piketty), ein Fahrstuhleffekt nach oben immer weniger wahrscheinlich ist. Daraus resultiert, dass Aufstiegsversprechen nicht mehr funktionieren, auch weil Arbeit häufig nicht mehr absichert und sich Anstrengung durch Arbeit für viele Menschen nicht mehr zu lohnen scheint (Nachtwey). Die real vorhandenen Konflikte um ungleich verteilte materielle Ressourcen müssen auch für die Soziale Arbeit aktualisiert werden. Sinnvoll wären inhaltliche Begriffsbestimmungen, die mehr denn je Wert darauf legen, sich nicht auf eine Betrachtung individuellen Verhaltens oder Verwaltens zu reduzieren. Soziale Arbeit benötigt eine Perspektive, die verstärkt deutlich macht, dass aus diesen strukturellen Problemen, mit denen Menschen kämpfen, innere Konflikte resultieren und diese unterschiedlich gut in gesellschaftlich erwünschter Weise gelöst werden. Die Diskurse und Praktiken in der Sozialen Arbeit zeigen jedoch, dass die Rufe nach Strafe und einer Selektion zwischen vermeintlich guten, weil willigen, und schlechten, weil, nicht so deutlich willigen Klient\*innen, auch dort angekommen sind. Aus verschiedenen Studien der letzten Jahre wissen wir, dass Praktiker\*innen aus dieser Situation sehr unterschiedliche Konsequenzen ziehen (vgl. z.B. Lutz 2010, Humboldt Universität Berlin 2015).

Joachim Weber plädiert in Anschluss an Hannah Arendt dafür, unser Hilferverständnis generell stärker als ein Verstricken von Menschen in Handlungszusammenhänge zu verstehen. Er folgert, dass es wichtig wäre, weniger in der klassischen Zweierbeziehung der Hilfsituation zu agieren, die zu Privatisierung und Herrschaftsförmigkeit neigt. Im Zentrum einer solchen Perspektive stehen neue Handlungszusammenhänge, in denen administrative hinter beziehungsstiftenden Aspekten – nicht unbedingt vom Umfang, aber doch von der inhaltlichen Fokussierung her – zurückfallen.

„Soziale Arbeit stellt sich dann dar als Handeln in Freiheit, indem sie innerhalb bestehender Initiativen agiert, als Handeln für Freiheit, indem ihr vorrangiges Ziel darin besteht, die Handlungsoption von einzelnen, sozialen Gruppierungen oder auch in sozialen Bewegungen insgesamt zu erweitern (...): sie versteht sich schließlich als Handeln durch Freiheit, insofern Soziale Arbeit sich selbst freiheitlich und damit eigenwillig und initiativ vollzieht“ (Weber 2016: 29).

Schließlich wäre das vorläufige Plädoyer an dieser Stelle, in eine Diskussion über die in der aktuellen Definition aufgeführten Ziele (wieder) einzusteigen. Dabei wäre es denkbar, die Begriffe der Befreiung, Ermächtigung und Ermutigung als methodische zu verstehen, die die (Wieder-)Erlangung *von*, bzw. das neu Denken *über* mögliche Freiheiten oder Freiheitsgrade als Ziel Sozialer Arbeit unterstützen. Mit diesen Gedankengängen im Hintergrund hätte die Definition nicht nur eine Bedeutung in Bezug auf die Inhalte Sozialer Arbeit und ihr methodisches Vorgehen, sondern auch in Bezug auf die Analyse von Arbeits- und Diskursbedingungen in der Sozialen Arbeit selbst.

### Literatur

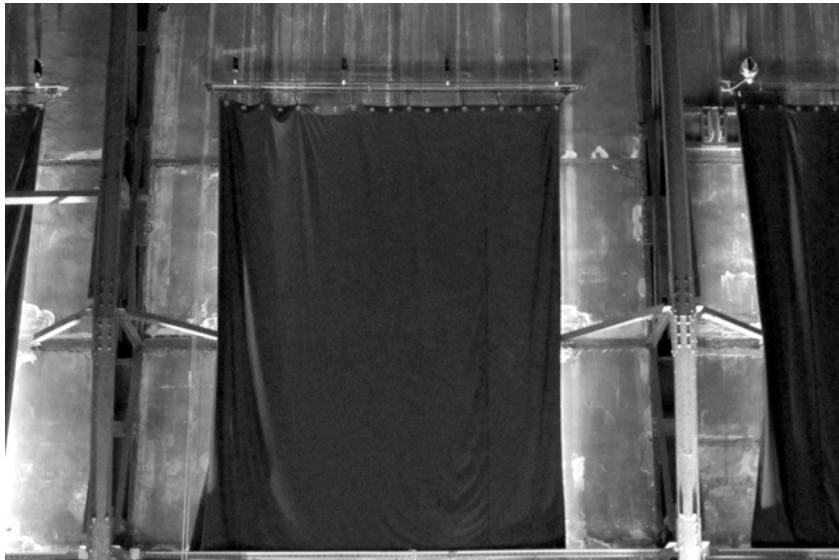
- Arendt, Hannah 1965: Das Recht auf Revolution, Gespräch zwischen Prof. Dr. Carlo Schmid und der Philosophin Hannah Arendt In: [www.hannaharendt.net](http://www.hannaharendt.net), Zeitschrift für politisches Denken: <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/296/423>, Zugriff März 2017
- 1994: Über die Revolution (On Revolution New York 1963). München 1994
- Bueb, Bernhard 2006: Lob der Disziplin. Eine Streitschrift. List, Berlin 2006
- DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.) o.J.: Übersetzung der „Global Definition of Social Work“ Online: [https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/%C3%9Cbersetzung\\_der\\_Definiton\\_Sozialer\\_Arbeit\\_deutsch.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/%C3%9Cbersetzung_der_Definiton_Sozialer_Arbeit_deutsch.pdf), Zugriff Juni 2017
- 2016: Online: Abgestimmte deutsche Übersetzung des DBSH mit dem Fachbereichstag Sozialer Arbeit, Online: <https://www.dbsh.de/beruf/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html>, Zugriff März 2017

- Deaton, Angus 2017: Der große Aufbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen. Stuttgart
- Holzkamp, Klaus 1983: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt
- Humboldt Universität Berlin 2015: Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Online: <https://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/stadtsoz/forschung/projekte/studie-zr-web.pdf>, Zugriff März 2017
- IFSW (International Federation of Social Workers) 2014: Global Definition of Social Work. Online: <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/>, Zugriff Juni 2017
- Levinas, Emanuel 1995: Zwischen uns. Versuche über das Denken an den Anderen. München/Wien
- 2002: Totalität und Unendlichkeit Versuch über die Exteriorität (3. Auflage) München
- Lutz, Tilman 2010: Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs. Jugendhilfe und ihre Akteure in postwohlfahrtstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden
- Milanović, Branko 2016: Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Übersetzung Stephan Gebauer. Berlin
- Nachtwey, Oliver 2016: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin
- Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Straub, Ute 2014: „Whose voice is being heard?“ – Die Diskussion um die neue Definition für Soziale Arbeit von IASSW und IFSW. In: FORUM sozial 2/14: 29/30 Staub, Ute 2015: Machtungleichgewichte – Konflikte in der Internationalen Sozialen Arbeit. Die neue Globale Definition und indigene Soziale Arbeit. In: Konflikte – theoretische und praktische Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Reihe „Theorie, Forschung und Praxis Sozialer Arbeit“. Opladen: 58-68
- Thiersch, Hans 2009: Schwierige Balance: Über Grenzen, Gefühle und berufsbiografische Erfahrungen, Weinheim
- Weber, Joachim 2016: Freiheit als soziales Ereignis. Hannah Arendt sozialpädagogisch gelesen. In Widersprüche Heft 142: 13-33
- Wendt, Peter-Ulrich 2017: Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit, Weinheim Basel

Meike Günther, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB),  
Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin  
[meike.guenther@khsb-berlin.de](mailto:meike.guenther@khsb-berlin.de)



## „Sozialraum“ als bürokratische Herrschaft und als Kampfarena



Über: *Mechthild Seithe/Matthias Heintz: Ambulante Hilfe zur Erziehung und Sozialraumorientierung. Plädoyer für ein umstrittenes Konzept der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Nützlichkeitsideologie. Opladen/Berlin/Toronto 2014, Verlag Barbara Budrich; 481 Seiten, 79,90 €*

*David Tobis: From Pariahs to Partners. How Parents and their Allies changed New York City's Child Welfare System. New York 2013, Oxford Universität Press; 250 Seiten, 25,77 €*

Für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft ist der „Sozialraum“ der Raum, in dem Beschäftigte eines Betriebes ihre Sachen unterbringen und ihr Mittagessen zu sich nehmen. Für die Soziale Arbeit hingegen ist „Sozialraum“ zum Kampfbegriff geworden, mit dem sich die verfeindeten Seiten einen tief gestaffelten „Stellungskrieg“ liefern. Die eine Seite entlarvt den Begriff als Code für Sparen, Entrechtung und neoliberale Formierung; die andere Seite will mit ihm die lange nur propagierte Lebenswelt- und Alltagsorientierung zu einem praktischen und zugleich emanzipatorischen Projekt machen, das den BewohnerInnen eines Quartiers nützt und nicht den Eigeninteressen kommunaler und freier Träger. Diese Auseinandersetzung steht im Mittelpunkt der umfangreichen Erörterung von Seithe/Heintz. Der spannende Bericht von David Tobis gibt dagegen Auskunft, wie dieser „Stellungskrieg“ wieder in einen „Bewegungskrieg“ über-

führt werden kann, oder weniger militaristisch ausgedrückt: Wie es Akteure quer zu ihren angestammten Organisationen und sozialen Zugehörigkeiten in einem sozialen Raum der Konflikte schaffen können, in 20 Jahren die Fremdplatzierung von Kindern um über 80% zu reduzieren.

Schon im Titel der Arbeit von Seithe/Heintz wird die genannte Stoßrichtung deutlich. Es geht weniger um eine wissenschaftliche Analyse als um ein fachpolitisches Plädoyer für ein umstrittenes Konzept – wobei als strittig hier nicht die Sozialraumorientierung gilt, sondern die ambulante Hilfe zur Erziehung in Form der Einzelfallhilfe. Diese sehen die Autorin und der Autor, wie sie schon in der Einleitung deutlich machen, durch die neoliberale Nützlichkeitsideologie (in Form von Dienstleistungs- und Sozialraumideologie) gefährdet und fordern ein Zurück zu einer spezifisch sozialpädagogischen Einzelfallhilfe. „Wir werden die Mängel benennen, das Ungenügen aussprechen und die Ursachen für diesen Mummenschanz zu ergründen suchen ... Dass die Politik sich zur Diskreditierung der ambulanten Hilfe zur Erziehung ausgerechnet der Sozialraumorientierung (SRO), ..., bedient, ist eine besondere Provokation“ (22). Denn: „Nach unseren Recherchen sind beide Ansätze wertvoll. Sie sind weder alternativ noch konkurrieren sie miteinander“ (23).

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile, wobei Teil I und II auch als separate Bücher hätten erscheinen können und Teil III als eigenständiges Essay. Teil I (Kapitel 1 bis 6) gibt einen umfangreichen und vertieften Einblick in den „aktuellen Versuch, die ambulante Hilfe zur Erziehung wegzudrängen“, so der Untertitel dieses Teils, der mit „Ambulante Erziehungshilfe unter Druck“

überschrieben ist. Teil II (Kapitel 7 bis 9): „Sozialraumorientierte Arbeit und Einzelfallhilfe im Kreuzverhör“ will in einer ausführlichen Pro- und Contra Argumentation herausfinden, ob die beiden Ansätze „Konkurrenten oder gleichwertige Handlungsstrategien“ sind (so der Untertitel dieses Teils). In Teil III (Kapitel 10 und 11): „Soziale Arbeit als Ganze auf dem Prüfstand“ geht es abschließend um die Frage: „Individualisierung oder politische Kraft?“ (so hier der Untertitel). Insbesondere in Teil I und II gibt es Wiederholungen und Redundanzen. Wer sich schon etwas in dieser Diskussion auskennt, sollte mit Teil II beginnen und bei Bedarf den Verweisen auf Teil I folgen. Für ganz Eilige gibt Teil III eine zugespitzte Zusammenfassung der Positionierung von Seite und Heintz.

Dem Charakter der gesamten Arbeit als Plädoyer entsprechend will ich versuchen, den Gedankengang der vorliegenden Argumentation sehr gestrafft zu rekonstruieren, da eine hinreichende Würdigung der vielen einzeln ausgeführten Aspekte zu umfangreich werden würde:

Mit der Studentenbewegung, die zahlreiche Impulse zur Erneuerung der Sozialen Arbeit mit sich brachte, differenzierte sich vor dem Hintergrund einer übermächtigen Heimlandschaft zunehmend eine ambulante Angebotspalette heraus, die sich in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts vor allem als Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) qualifizierte. Nach einer langen und kontroversen Diskussion wurde 1989/1990 ein modernes Kinder- und Jugendhilferecht (KJHG) geschaffen, das zum ersten Mal in den §§ 27 bis 35 einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung garantierte. Auch

wenn durchaus die Gefahr einer Versäulung der Hilfeformen gesehen wurde, blühte in den neunziger Jahren eine qualifizierte, an den Bedürfnissen der AdressatInnen ausgerichtete ambulante Einzelfallhilfe auf. Parallel dazu entwickelte sich aus der Gemeinwesenarbeit kommend eine Orientierung an dem Stadtteil bzw. dem Quartier, deren zentrales Kennzeichen Strukturveränderungen überindividueller Art war und ist. Hier dominiert also ein starker Bezug auf die Veränderung des politischen Systems. Da dieser Anspruch nur selten oder wenig realisiert werden konnte, kam es zu einer entsprechenden Verschiebung. Mit der Idee einer „Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip“ wurde unter anderem die Grundlage für eine stadtteilorientierte Sozialarbeit gelegt, die wiederum die Basis für die heutige Sozialraumorientierung darstellt. Beide Ansätze kritisierten sich zwar gegenseitig, was aber auch gelegentlich zur Aufnahme neuer Ideen führte. So wurde zum Beispiel die Idee des Empowerment in beide Handlungsstrategien implementiert. Der Angriff auf die ambulante Hilfe zur Erziehung durch die Sozialraumorientierung geschah mit dem Einbruch des Neuen Steuerungsmodells in die Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit. Hilfen zur Erziehung wurden ab Ende der 1990er Jahre in Verträgen nach § 78a bis h SGB VIII vergeben. Fälle wurden jetzt mit vorher ausgehandelten (bzw. eher von den sozialen Diensten einseitig festgelegten) Fachleistungsstunden abgerechnet, egal wie hoch die tatsächlichen Kosten waren oder sind. Mit zunehmender Verarmung und teilweiser Verelendung großer Teile der Bevölkerung wurde die Nachfrage nach ambulanten Hilfen immer größer, aber der wirkliche Bedarf wurde nie wirklich gedeckt. Stattdessen

versuchte nun die Politik, die sich in wenigen Jahren verdoppelten Ausgaben wieder zu reduzieren. Um die damit verbundenen Sparziele zu erreichen, startete die Politik einen perfiden Angriff auf die Leistungsrechte nach §§27 ff. SGB VIII und benutzte dazu das Fachkonzept der Sozialraumorientierung. Führende Protagonisten dieses Konzeptes unterstützten diese Spar- und Disziplinierungsorientierung sogar noch (wenn auch zum Teil unbewusst), indem sie der Einzelfallhilfe Versagen, Individualisierung und Ausschließung unterstellten. Darüber hinaus – das wurde von Seiten der KritikerInnen immer wiederholt, von der anderen Seite aber auch immer wieder dementiert – sollten statt fallbezogener Entgeltabrechnung sozialraumbezogene Budgets eingeführt und so der Rechtsanspruch ausgehebelt werden. Die Kinder- und Jugendhilfe muss, will sie nicht zum Büttel des Staates werden, genau wie die gesamte Soziale Arbeit überhaupt, wieder zurückkehren zu ihrer wichtigsten Wurzel – und die heißt Beziehungsarbeit.

„Bei den VertreterInnen der SRO wird allerdings die durch die Neue Steuerung zum großen Teil deformierte, verkürzte und ihrer lebensweltlichen Möglichkeiten beraubte ökonomisierte Hilfe zur Erziehung (vgl. Kap. 4) mit der Hilfe zur Erziehung als solcher gleichgesetzt, so als könne die Einzelfallhilfe gar nicht anders sein als so, wie wir sie heute erleben. Es sind aber gerade die Verkürzungen inhaltlicher und zeitlicher Art, die es heute einer sozialpädagogischen Familienhelferin nicht mehr möglich machen, mit ihren Familien zum Beispiel Netzwerkarbeit zu betreiben, Kontakte nach außen aufzubauen und sich um mögliche Ressourcen im Stadtteil zu kümmern. Dass ambulante Hilfen zur Erziehung im KJHG aber explizit lebensweltorientiert gedacht sind, wird von den VertreterInnen der SRO negiert“ (421).

Im Unterschied zu den vielen argumentativen und materialreich belegten Abschnitten werden etliche Passagen letztlich mehr oder weniger polemisch auf eine Formel gebracht: Der ungerechte und unmoralische Staat verhindert eine eigentlich gute und klientenfreundliche Soziale Arbeit. Wenn er mehr Personal und Geld/Zeit zur Verfügung stellen würde, könnte die Soziale Arbeit erst richtig wirken – so wie in den 1980er und 90er Jahren. So muss sie sich heute mit den Folgen der Armut herumschlagen, „ohne dass sie aber von den herrschenden Kräften dieser Gesellschaft im Rahmen politischer Planungen und Entscheidungen ins Boot geholt wird“ (243).

Dieser Widerspruch zwischen Staatskritik und dem Wunsch, dazuzugehören, scheint nicht zuletzt darin begründet zu sein, dass wichtige Positionen in der Diskussion um soziale Räumlichkeit nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen werden. Leider ist es inzwischen fast üblich, dass die KritikerInnen der Sozialraumorientierung weder die französischen Autoren um Pierre Bourdieu noch die Forschungen von Martina Löw und anderen zur Kenntnis nehmen, die den sozialen Raum nicht als Container konzipieren, in den alles Mögliche hineingepackt wird, sondern als prozessierendes Geflecht von Relationen, Interaktionen und Aktivitäten verschiedenster Art. Dass aus dieser Perspektive die Kontroverse in der Sozialen Arbeit nicht zwischen Einzelfallhilfe und sozialräumlichen Ansätzen zu verorten ist, sondern zwischen einer institutionell und rechtlich bornierten „Angebotsseite“, deren Selbstreferenz sich in dem Maße verfestigt, wie immer mehr Geld in das System gepumpt wird, und einer subjektbezogenen, lebensweltlichen „Nachfrageseite“ der NutzerInnen und

Nutzer der Gebrauchswerte Sozialer Arbeit, wird besonders deutlich, wenn man den tatsächlichen Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion rezipiert. Aber weder das grundlegende „Handbuch Sozialraum“ (Kessl u.a. 2005) noch die bislang umfangreichsten Forschungsergebnisse zu den Hilfen zur Erziehung (Albus u.a.: Wirkungsorientierte Jugendhilfe, 2010) wurden ausgewertet. Das ist ärgerlich, insbesondere wenn die AutorInnen mit dem Gestus der „Besserwissenden“ auftreten.

Der zentrale Kritikpunkt liegt allerdings darin, dass Seithe und Heintz in ihrer verkürzten (Staats-)Kritik und ihrer normativen Fixierung auf Einzelfallhilfe nicht sehen, dass gerade die auch von ihnen kritisierte neue Steuerung geradezu der Motor der Ökonomisierung geworden ist. Ebenfalls etwas polemisch formuliert ist die fallbezogene Abrechnung so etwas wie die Erlaubnis, Geld zu drucken. Jeder Träger ist bemüht, möglichst viele „gute Fälle“ zu bekommen, in Konkurrenz zu anderen und mit der Gewissheit, dass er, wenn er gut wirtschaftet, den Überschuss gegebenenfalls für einen „Maserati“ verwenden kann. „Einzelfallhilfe“ wird damit zu einer neoliberalen Kodierung in der Tendenz zu einem „Care-industriellen Komplex“, in dem die Interessen von staatlichen und freien Trägern geradezu eine Symbiose eingehen. Dieser nun wirklich neoliberale Umbau wird von den AutorInnen nicht benannt, geschweige denn thematisiert. Dass erst mit einem Budget, das nicht auf Fall-Produktion basiert, die Interessen, Vorstellungen, Wünsche und Kompetenzen der Nutzerinnen und Nutzer an erster Stelle stehen und nicht die Selbstreferenz der Institutionen, ist für jede und jeden Unvoreingenommenen die logische Konsequenz. Damit ist allerdings keinesfalls

die Aufgabe eines individuellen Rechtsanspruches verbunden, wie schon vor über 20 Jahren die alternative KJHG-Interpretation von Thomas Klatetzki (Flexible Erziehungshilfen, 1995) gezeigt hat. Sein Konzept der flexiblen Hilfen löst die „Hühnerleiter“ der §§ 28 bis 35 SGB VIII zu Gunsten situativ jeweils neu bestimmter Settings im sozialen Raum auf, die von Fachkräften sowie Nutzerinnen und Nutzern gemeinsam erarbeitet und festgelegt werden.

Dass aus der Perspektive einer nutzerorientierten und in diesem Sinne sozial-räumlichen Sozialen Arbeit tatsächlich so etwas wie eine Alternative in, aber auch zur institutionell verfassten Hilfe zur Erziehung entstehen kann, zeigt die zweite hier zu besprechende Arbeit. Sie ist damit eine Art sozialräumlicher Kontrapunkt zu dem institutionellen und rechtlich/ökonomischen Überhang in der gesamten Fachdebatte, die dadurch einen folgenschweren strukturalistischen Bias erhält.

Ausgangspunkt der Arbeit von David Tobis, die sowohl ein lebhafter Bericht eines spannenden Projektes ist als auch dessen Evaluation, war die Tatsache, dass Mitte der neunziger Jahre in New York City zunehmend mehr Kinder in staatliche Obhut genommen wurden, insbesondere in Pflegeverhältnisse (Foster Care). Diese Situation schildert Tobis im ersten Kapitel, in dessen Mittelpunkt die Dominanz der Träger steht, die an Religionsgemeinschaften gebunden sind und ein Interesse an der Erhaltung des status quo haben. Die bis dahin vorherrschende Praxis war, dass bei praktisch jeder Gefährdungssituation in der Familie oder jeder Auffälligkeit von Kindern diese als erste Reaktion fremdplatziert wurden. Dieses allerdings vor allem deshalb, weil alternative (sogenannte prä-

ventive) Angebote nicht bzw. nur unzureichend zur Verfügung standen. Nach einigen dramatischen Todesfällen und weil immer häufiger Fremdplatzierungen als ungerecht empfunden wurden, kam es zu einer fast märchenhaft anmutenden Initiative: Eine sehr wohlhabende junge Frau wollte ihre Millionen-Erbschaft sinnvoll anlegen (XXIX, 53). Mit dieser Starthilfe gründete David Tobis den Child Welfare Fund, mit dem er unterschiedliche Projekte unterstützte, deren Gemeinsamkeit es war, Eltern von Kindern zu unterstützen, die fremdplatziert worden waren. Daraus entstanden verschiedene Initiativen, die mit 25.000 \$ bis 50.000 \$ unterstützt wurden (vgl. Kapitel 2 und 3). Aus diesen Ansätzen entwickelte sich eine diese Initiativen zusammenfassende Organisation: das Children Welfare Organizing Project (CWOP). Es wurde die Basis für eine Partnerschaft zwischen den Müttern, deren Kinder fremdplatziert (gewesen) waren, und den Professionellen, die für eine Reform der Jugendhilfe kämpften. Im Vorstand dieser Vereinigung waren die Hälfte betroffene Mütter, in der Praxis des Vereins stellten sie zwei Drittel der „Mütter-Anwältinnen“ (Parents Advocates). Deren Aufgabe war und ist es, Mütter, deren Kinder von Fremdplatzierung bedroht sind, in den Verhandlungen mit dem Familiengericht zu unterstützen. Denn jede Fremdplatzierung musste und muss gerichtlich angeordnet werden. Zunächst gelang es der Organisation, in einem Bezirk an allen Gerichtsverhandlungen mit einer derartigen Advokatin teilzunehmen; nach einigen Jahren konnte es erreicht werden, diese Praxis auf das gesamte Gebiet von New York City auszuweiten. Inzwischen sind einige hundert Elternadvokaten unterwegs. (Kapitel 4 und 5).

In einer Evaluation dieser Eltern-Unterstützung wurde von den Befragten als wichtigstes Ergebnis genannt, dass sie sich unterstützt und ermutigt fühlten, viele Dinge, die sie bislang nicht angehen wollten oder konnten, wieder in die Hand zu nehmen, sei es Ausbildung oder neue Arbeit zu suchen, sei es an Hilfs- oder Entzugsprogrammen teilzunehmen. Neben diesen qualitativen Aspekten sind auch die quantitativen beeindruckend: die Anzahl der Fremdplatzierungen wurde von fast 50.000 Mitte der neunziger Jahre auf ca. 12.000 im Jahr 2013 reduziert (inzwischen liegt die Zahl bei unter 9000 pro Jahr, wie mir David Tobis berichtete). Nach der Finanzkrise 2008 kam es auch in diesem Bereich zu stärkeren Kürzungen. Allerdings war der Widerstand dagegen so groß, dass die schlimmsten Einschnitte verhindert werden konnten. Nur so konnte gesichert werden, dass das Geld, das nicht mehr für Fremdplatzierungen ausgegeben wurde, für alltags- und lebensweltentlastende Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung stand und steht, wie Haushalts-Zuschüsse, Gesundheitsversorgung, Ausbildung und vergleichbare Hilfen.

Auch wenn in der Arbeit von Tobis nicht von „sozialem Raum“ die Rede ist, ist es dennoch ein Mut machendes Beispiel von sozialräumlicher Aktivierung, die nicht auf der Basis von Forderungen mächtiger Administrationen beruht, sondern auf der Verfolgung eigener Interessen der NutzerInnen in Kooperation mit Anderen.

Die fachliche und politische Produktivität dieses Verständnisses von „Sozialräumlichkeit“ steht im Kontrast zu den teils larmoyanten, teils politisch naiven Appellen an die herrschenden Kräfte, der Sozialen Arbeit ihre Handlungsspielräume wie-

derzugeben. Diese Appelle stärken in ihrer Wirkungslosigkeit letztlich die beklagten Formen modernisierter bürokratischer Herrschaft. Den sozialen Raum hingegen als „Kampfarena“ zu sehen, macht Mut, sich auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu verbünden, die ein eigenes Interesse an der Transformation neoliberaler

Hegemonie haben. Hier trifft sich das Fachliche mit dem Politischen, ohne es zu vermengen oder das eine auf das andere zu reduzieren.

*Timm Kunstreich*  
*Spliedtring 26, 22119 Hamburg*  
*E-Mail: TimmKunstreich@aol.com*

**DIE  
 SINNE  
 SCHÄR-  
 FEN!!!  
 JETZT  
 TESTEN:**

**4 Ausgaben für 10 €**  
 Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ak**

**analyse & kritik**  
 Zeitung für linke  
 Debatte und Praxis

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, so dass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind dabei in einer Vierteljahreszeitschrift nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: [TimmKunstreich@aol.com](mailto:TimmKunstreich@aol.com)

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen:

Heft 146: 10.10.2017  
 Heft 147: 10.01.2018  
 Heft 148: 10.04.2018

*Die Redaktion*



AKS Freiburg

## Wir sind die Guten!? – Soziale Arbeit in ein- und ausgrenzenden Verhältnissen

Bundestreffen der Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit 2017  
von Freitag, 17.11. bis Sonntag, 19.11.2017  
an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Wir wollen an die Thematik des letztjährigen aks-Bundestreffens in München anknüpfen. Die Verhältnisse, in denen wir leben, produzieren Eingrenzungen, Ausgrenzungen und Begrenzungen, von denen wir in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Aspekte dieser Verhältnisse sind beispielsweise Rassismus, Prekarisierung von Arbeit und Leben, Benachteiligungen aufgrund von Merkmalen wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder der Behinderung von Menschen u.a. durch mangelnde Barrierefreiheit. Sie existieren nebeneinander, sind aber auch miteinander verwoben.

Soziale Arbeit ist einerseits mit diesen vielfältigen Ein- und Ausgrenzungsformen konfrontiert, andererseits ist sie selbst Teil dieser Verhältnisse und somit in diese verstrickt. Teilweise agieren wir als Akteur\_innen Sozialer Arbeit hilflos, teilweise unterstützen wir diese Strukturen oder produzieren sie sogar durch vermeintlich professionelles Handeln selbst.

Aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit möchten wir uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Wie können wir uns als Akteur\_innen Sozialer Arbeit in und zu diesen Verhältnissen positionieren?
- Was können wir Ein- und Ausgrenzungen entgegensetzen?
- Wie kann Soziale Arbeit so gestaltet werden, dass sie nicht so sehr Teil dieser Prozesse von Ein- und Ausgrenzung wird?
- Welche professionellen Strategien oder Haltungen sind hierfür erforderlich bzw. hilfreich?

Wir verstehen das aks-Bundestreffen in Freiburg als ein Forum, um sich über diese und weitere Fragen auszutauschen, zu diskutieren und zu streiten.

Mit Vorträgen von Rudolf Leiprecht (Universität Oldenburg) und Nausikaa Schrilla (Katholische Hochschule Freiburg) sowie vielen Workshops.

Kontakt und Anmeldung unter:  
[aks-bundestreffen-freiburg@gmx.de](mailto:aks-bundestreffen-freiburg@gmx.de)

Weitere Informationen unter:  
[www.aksfreiburg.wordpress.com](http://www.aksfreiburg.wordpress.com)

Die Veranstaltung wird finanziell unterstützt durch  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg  
 Freie Arbeiter\*innen Union Freiburg – FAU

*AKS Freiburg*

# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen  
 des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,  
 nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.  
*Niko Diemer (1952 – 1992)*

## Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.